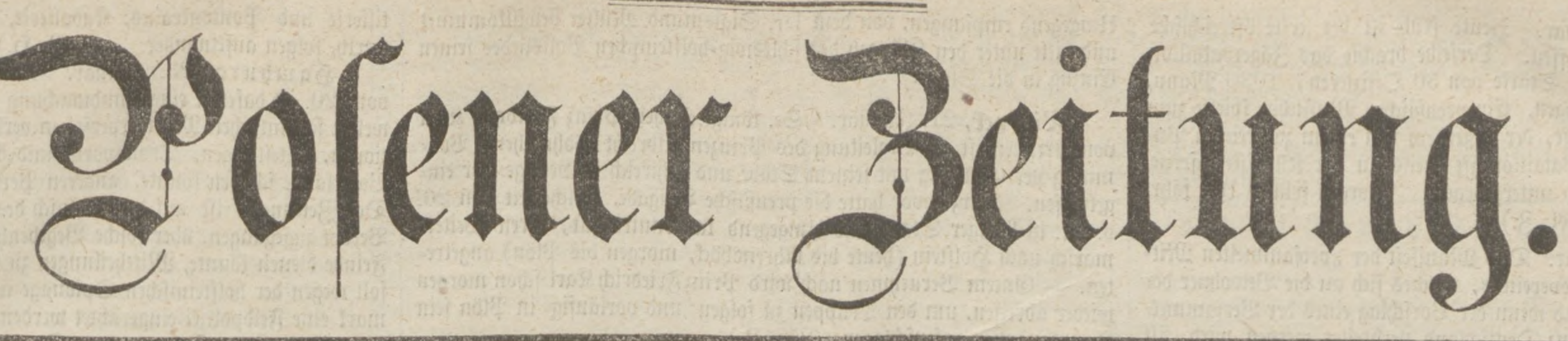
20.

Montag den 25. Januar 1864.

20.



Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Geheimen Regierungsrath, Professor Dr. Schoemann zu Greifswald und den Königlich hannoverschen Ober-Medizinalrath, Professor Dr. Woehler zu Göttingen, nach stattgehabter Wahl zu stimmfähigen Rittern des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu ernennen, ferner dem seitherigen Regierungs-Präsidenten Freiherrn von Schleinitz zu Bromberg die erledigte Stelle eines Regierungs-Präsidenten zu Trier zu übertragen.

Dem Oberlehrer Dr. A. Krönig an der Königlichen Realschule hierselbst ist der Professortitel verliehen worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., Sonntag 24. Januar. Morgen früh geht die schleswig-holsteinsche Landesdeputation nach München, um dem Könige von Bayern für seine seitherige Unterstützung zu danken und ihn zu ersuchen, sich der schleswig-holsteinschen Sache auch ferner warm anzunehmen.

Der Text der Adresse der schleswig-holsteinschen Landesdeputation an den Bundestag lautet:

Hohe Bundesversammlung! Holsteins Volk und Land hat Jahrhunderte hindurch dem deutschen Vaterlande gegenüber nach redlichem Bemühen seine Schuldigkeit gethan. Unsere Väter haben deutsches Recht und deutsche Sitte, deutsche Treue und deutschen Sinn allen Anfechtungen gegenüber zu wahren gewußt und sind als die rechten Grenzwächter Deutschlands im Norden befunden worden. In diesen Tagen der Entscheidung hat Holstein abermals unzweideutig bewiesen, daß es am alten Rechte und am alten theuern Vaterlande beharrlich festhält. Das ganze Volk hat sich einmüthig erhoben, dem Erben der Schleswig-Holsteinschen Herzogkrone, Herzog Friedrich VIII., unserm rechtmäßigen Landesherrn, die Huldigung darzubringen. Das ganze Holstenvolk ist einig in dieser Anerkennung seines Herzogs und in der heiligen Absicht, bis zum letzten Blutstropfen das verbrüderte Duldervolk in seinem Recht und seiner Freiheit zu vertreten.

Hohe Bundesversammlung! Als ein Zeichen der über alle Theile, Stände und Parteien des Landes verbreiteten Gesinnung sendet das Volk von Holstein uns, die ehrerbietige Deputation, um der höchsten Behörde des deutschen Vaterlandes unsere heißesten Wünsche ans Herz zu legen. Zahlreiche Gemeinden und Vereine Holsteins haben uns abgeordnet, damit wir persönlich der hohen Bundesversammlung an den Tag legen, daß die Holsten von ganzem Herzen sich Söhne des großen Deutschlands fühlen, daß sie von ihrer altvererbten Liebe zu den Brüdern in Schleswig nimmer lassen wollen, und daß sie ihres Landes altehrwürdiges Recht nicht anders gesichert glauben, als mit der durch Gottes Rathschluß verhängten Trennung von Dänemark und mit dem von Deutschland demnächst anzuerkennenden Regierungsantritt unseres rechtmäßigen Herrn, Seiner Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein, unsers geliebten Fürsten, Friedrich VIII.

Hohe Bundesversammlung! Durch unsern Mund ruft das Volk und Land von Holstein, tiefbewegt von qualvoller Ungeduld über das Hinausschieben eines Beschlusses, welcher über sein ganzes Dasein, ja darüber entscheidet, ob das alte Holstenland bei Deutschland bleiben oder zu Grunde gehen soll, die Fürsten und freien Städte Deutschlands wollen endlich dem Rechte sein Recht werden lassen und ohne Verzug und freudig den durchlauchtigen Herrn, in welchem ganz Holstein seinen Herzog erkennt, in die Reihe der deutschen Souveräne aufnehmen, unser Recht also mit der Anerkennung Deutschlands besiegeln und die Wünsche des gesammten deutschen Volkes und der Mehrheit seiner Fürsten und Obrigkeiten, die Gottlob mit uns sind, zur Erfüllung bringen.

Ω Die dänischen Kriegsvorbereitungen.

Ueber die Befestigungsanlagen der Dänen am Dannewerk und im südlichen Schleswig berichten neue völlig zuverlässige Mittheilungen: Friedrichsstadt befindet sich mit dem auf dem holsteinschen Eiderufer gelegenen Brückenkopfe vollständig armirt und für eine Besatzung von 3000 Mann reichlich mit allem Nöthigen versehen. Das 5. dänische Infanterie-Regiment, 2 Kompagnien Artillerie und ein Detachement Pioniere nebst 1 Eskadron vom 3. Dragoner-Regiment bilden gegenwärtig die Garnison dieses festen Platzes, doch soll die Letztere mit dem Eintreten ernster Verwicklungen sofort noch um ein Bataillon verstärkt werden. Dahinter befindet sich der bei dieser Stadt in die Eider einmündende Treenefluß zur Sicherung der Dannewerkstellnng vor einer Umgehung aus dieser Richtung durch 14 in ihm angelegte Schleusen vorbereitet, die das ganze Flachland westlich dieser Position bis Schubye und Idstedt aufwärts unter Wasser setzen, und ist diese Ueberschwemmung theilweise und namentlich vor Hollingstedt, wo das Dannewerk bekanntlich seinen Anfang nimmt, sogar schon in Ausführung gesetzt worden. Das mächtige Kronwerk bei dem letztgenannten Ort ist gleicherweise schon vollkommen zur Vertheidigung vorbereitet, an den sich gegen den rothen Krug von hier aus anschließenden kleineren Verschanzungen wurde dagegen mit Eintritt des jetzigen gelinderen Wetters eifrig gearbeitet. Ebenso waren mit diesem Termin die zwischen dem rothen Krug und Husbye gelegenen Hauptwerke noch kaum in ihren Umrissen vollendet. Von hier bis Wedelspang, auf der Straße von Rendsburg nach Stadt Schleswig, zieht sich eine Reihe schon vollständig armirter Schanzen. Hinter Wedelspang bei Bustorf befindet sich zwischen dem Bustorfer Teich und der Schlei ein gewaltiges, für sich eine Art Fort bildendes Blockhaus errichtet und mit 26 Geschützen armirt. Die von hier nach Husbye projektirte zweite Vertheidigungslinie war dagegen zu dem vorgedachten Zeitpunkte eben erst angefangen worden und zu der dritten, von Stadt Schleswig nach Schubye projektirten Reihe von Verschanzungen befanden sich sogar nur erst die Anlagestellen abgesteckt. Namentlich fehlte es sehr an schwerem Geschütz, um die sämmtlichen Werke damit ausrüsten zu können. Bei Missunde und Kappeln sind, einen Uebergang der deutschen Truppen über die Schlei zu verhindern, ebenfalls weitläuftige Verschanzungen aufgeworfen und zum Theil mit Schiffsgeschützen bewaffnet worden. Wie das Gerücht ging, sollte die Vertheidigung dieses besonders wichtigen Punkts noch durch das Vorlegen des dänischen Panzer-Kuppelschiffs „Rolf Krake“ mehr geschützt werden.

An Schiffen liegen nach den Mittheilungen aus Kopenhagen mit jedem Augenblick zum Auslaufen bereit das schon erwähnte Kuppelschiff „Rolf Krake“ und die beiden mit je 3 Geschützen armirten und mit einem zweizölligen Panzer versehenen Panzerschooner. Das Schrauben-Linienschiff „Skjold“ von 64 Geschützen, die Schraubenfregatten „Tylland“ mit 34 Kanonen, „Niels Juel“ und „Sjalland“ zu je 42, und „Tordenskjold“ mit 44 Kanonen, außerdem 2 Schraubenkorvetten mit je 16, eine mit 12, zwei Schraubenschooner mit je 3, und 6 Schrauben-Kanonenboote mit je 2 Kanonen. Vier Raddampfer zu je 6—8 Geschützen befanden sich noch in der Ausrüstung begriffen. An die 12 Segelfahrzeuge, dabei 2 Linienschiffe und 3 Fregatten, aber angeblich alle alt und kaum noch seetüchtig, war noch keine vorbereitende Hand gelegt worden. Der Bau einer Schraubenfregatte zu 56 und einer Panzerkorvette zu 15 Geschützen wurde aus allen Kräften beschleunigt.

Was die Landmacht betrifft, so waren die 44 Linien-Bataillone zu 22 Regimentern à 2 Bataillone vereinigt worden. Die sich aus Holstein rekrutirenden Regimenter Nr. 16, 17, 18 und 19 hatten sich indeß wegen der Unmöglichkeit, ihre Reserven einzuziehen, noch nicht formiren können, und das aus Südschleswig rekrutirte Regiment Nr. 14 war wegen Unzuverlässigkeit wieder nach Kopenhagen und Friedericia zurückgenommen worden. Eben dort und auf den dänischen Inseln standen auch die holsteinschen Bataillone, doch war die Absicht, dieselben durch dänische Reserven auszufüllen und die holsteinschen Mannschaften dafür zum Theil in dänische Truppenkörper unterzustecken. In Friedericia und auf Alsen standen als Kern der Besatzung das 11. und 12., bisher als Ersatztruppen benutzte Regiment, 5000 Rekruten waren dagegen in Kopenhagen und auf Seeland zu neuen Ersatzabtheilungen zusammengestellt worden. Alle übrigen disponiblen dänischen Truppen befanden sich in der Stellung am Dannewerk zusammengezogen. Die Stärke derselben kann auf 32—35,000 Mann, dabei 6 Reiter-Regimenter mit gegen 3400 Pferden und 12 Feldbatterien mit 96 Geschützen, geschätzt werden. Der dänische Obergeneral de Meza befehligte 1850 die 3. dänische Brigade und wurde ihm damals vorzugsweise die glückliche Entscheidung der Schlacht bei Idstedt zugeschrieben.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 24. Januar. [Das Ende der Session und der Charakter ihres Ausganges; das Ultimatum gegen Dänemark; Konfiskation.] So viel mir bekannt, ist auch heute über den Schluß der Session keine Bestimmung getroffen worden. Es scheint danach, daß die Tagesordnungen für Montag, Dienstag und Mittwoch, die Militärnovelle, der Bericht der Untersuchungskommission und die Eisenbahnvorlagen, noch ihre Erledigung im Abgeordnetenhause finden werden. Thatsächlich, kann man wohl sagen, ist die Session zu Ende: die Frist, die ihr etwa noch beschieden, kann weder nach ihrer voraussichtlichen Dauer, noch nach den Gegenständen der Berathung an ihren Ergebnissen und ihrem Charakter etwas ändern. Ich glaube, daß ein hiesiges liberales Blatt sehr Recht hatte, wenn es neulich äußerte, mit dieser Session schließe überhaupt eine Phase unserer Verfassungskämpfe, und eine neue, in anderer Form und Gestalt, werde anheben. Schreien uns doch im Grunde dasselbe, nur in ihrer Tonart, die feudalen Blätter alle Tage in die Ohren. Wir können uns auf neue Oktroyirungen gegen die Freiheit der Presse, durchgreifender, als die Juni-Ordonnanzen, und über kurz oder lang auch auf die Oktroyirung eines neuen Wahlgesetzes vorbereiten. Die erstere Maaßregel ist durch die Einbringung der Preßnovelle wohl mit Absicht avisirt, und dürfte dem Schluß der Session auf dem Fuße folgen; zu der zweiten, vor der man sich heute jedenfalls noch sträubt, wird die Regierung durch den Lauf der Dinge bis zum Januar nächsten Jahres von selbst hingedrängt werden. Ihre bedeutenden militärischen Rüstungen erfordern kategorisch bereite Geldmittel in erheblichen Beträgen, die Geldmittel müssen und werden beschafft werden, gleichviel, ob in Form von Vorschüssen auf künftige Anleihen, oder in anderer Form, und die Nothwendigkeit, eine das Geld bewilligende Landesvertretung zu erhalten, wird das Motiv für ein neues Wahlgesetz abgeben. Damit wird denn dem Widerstreit zwischen den Rechten der Krone und den konstitutionellen Volksrechten, wie sie bisher von den liberalen Parteien verstanden worden sind, der Boden der Verfassung, auf dem er sich bisher bewegte, bis auf den letzten Streifen entzogen sein, und die Verfassungskämpfe werden sich auf andere Gebiete des Volkslebens hinüberziehen. Die Vorgeschichte des Jahres 1848 wird ihre Fortsetzung erhalten. Nachdem die Erfahrung dargethan hat, daß die konstitutionelle Mitwirkung der Volksvertretung an der Legislative gegenüber dem Oktroyirungsrecht der Krone unkräftig, daß der konstitutionelle Antheil des Abgeordnetenhauses an der Finanzgewalt, der Feststellung des Staatshaushalts und der Kontrahirung von Staatsschulden, gegenüber dem Nothrecht der Regierung und der Verfassungslücke illusorisch, daß die allgemeinen Grundsätze der Verfassung, welche die individuelle und kommunale Freiheit, die Freiheit der Presse, der Vereinigung, der städtischen Selbstverwaltung garantiren sollen, gegen die Beschränkungen der Spezialgesetze und die elastischen Befugnisse der Polizeibehörden keinen genügenden Schutz gewähren, daß endlich die allgemeinen Verheißungen der Charte hinsichtlich ihres künftigen organischen Ausbaues ohne praktische und zwingende Bedeutung sind, werden die kommenden Kämpfe nothgedrungen eine andere Formulirung und andere Garantien der Volksrechte auf die Fahne der verfassungsmäßigen Freiheit schreiben. Und wenn es auch sehr möglich, ja vielleicht wahrscheinlich ist, daß nach der bisherigen Unfruchtbarkeit der liberalen Bestrebungen, die den Boden der Verfassung in ihrem Sinne zu behaupten versuchten, innerhalb der letzteren eine Periode scheinbarer Erschöpfung oder doch Ermattung eintritt, so wird doch nicht leicht ein vernünftiger Mensch behaupten wollen, mit der uns etwa in der nächsten Zukunft bevorstehenden Reaktion werde das letzte Wort in den preußischen Verfassungskämpfen gesprochen sein. Die Sonne bewegt sich doch.

Aus Kopenhagen wird geschrieben, man nehme dort an, die Stipulationen zwischen Preußen und Oestreich gingen dahin, gegen Dänemark nicht eher abzustehen, als bis außer der Aufhebung der Novemberverfassung folgende Forderungen bewilligt seien: 1) Inkorporation des südlichen Theiles Schleswigs in Holstein, 2) Personalunion zwischen Holstein und Dänemark, 3) Erhebung von Rendsburg zur Bundesfestung, und 4) Bezahlung sämmtlicher Exekutions- und Occupationskosten, auch aus den Vorjahren. Diese Forderungen würde auch das zu erwartende Ultimatum aufstellen. Da das dänische Kabinet entschlossen zu sein scheint, über das Versprechen hinaus, wegen Aufhebung der Novemberverfassung dem Reichsrath eine Vorlage zu machen, weitere Zugeständnisse zur Abwendung der Occupation Schleswigs den deutschen Großmächten gegenüber nicht zu bewilligen, andernfalls der Occupation bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, so sieht man den Ausbruch der Feindseligkeiten als unvermeidlich an. Unsere militärischen Kreise thun dies wenigstens, geben sich dabei aber einer kaum glaublichen Zuversicht in Betreff der weiteren internationalen Verwickelungen hin. Nach diesen Anschauungen ist die Passivität der übrigen Großmächte ebenso zweifellos, wie die Ohnmacht des übrigen Deutschlands und schlimmsten Falls — auch die Besiegung Frankreichs. — Die heutige Morgennummer der „National-Zeitung“ ist wegen des Leitartikels polizeilich mit Beschlag belegt worden. — Nachdem das Thermometer gestern hier bis + 8° gestiegen war, ist es heute Nachmittag bis zum Gefrierpunkte gefallen.

— Se. Majestät der König empfing gestern um 10½ Uhr den Obersten und Flügel-Adjutanten von Treskow, welcher seine Rückberufung von Warschau meldete, den General-Lieutenant Grafen Monts, den Hauptmann Grafen von Waldersee, der die Orden seines Vaters, des verstorbenen Kriegs-Ministers a. D. überreichte, und den Oberstlieutenant und Flügeladjutanten Prinzen Hohenlohe, der zum Hauptquartier des General-Feldmarschalls von Wrangel nach Holstein kommandirt ist. Um 11 Uhr begann der Vortrag des Militair-, um 1 Uhr der des Civil-Kabinets, an welchen sich der des General-Feldmarschalls von Wrangel und des Generallieutenans von Falkenstein anschloß.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Mehrere Blätter berichten, der Finanzminister Herr v. Bodelschwingh habe durch Hindeutung auf die Schwierigkeiten, welche eine längere Fortdauer der Budgetlosigkeit für die Finanzverwaltung mit sich führte, wie auf seine Absicht, diesen Schwierigkeiten eventuell durch einen Rücktritt aus seiner Stellung sich zu entziehen, die Budgetkommission des Herrenhauses dazu vermocht, dem Hause die Annahme des Staatshaushaltsetats für 1864, wie derselbe aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, zu empfehlen. Der jetzt vorliegende Bericht der Budgetkommission ergiebt bereits, daß diese Angabe thatsächlich unwahr ist. Wir bemerken jedoch noch ausdrücklich, daß die Notiz auch in Bezug auf die vermeintliche Stellung des Hrn. Finanzministers zur Budgetfrage völlig unbegründet ist.

— Der „Staats-Anz.“ von heute publicirt Vorschriften über die Befähigung zu den technischen Aemtern der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung.

— Indem die „N. Pr. Ztg.“ den baldigen Schluß der Session ankündigt, fügt sie einen frommen Wunsch hinzu, indem sie sagt: Wichtig ist es, daß nach dem Abspielen der diesmaligen Session hoffentlich eine lange Pause in dem parlamentarischen Unwesen eintreten, und so Gott will, zu gründlicher Heilung mancher Schäden benutzt werden wird.

— Durch eine ältere gesetzliche Verordnung ist ausdrücklich bestimmt worden, daß junge Männer, welche sich vor der Erfüllung der Militärpflicht ansäßig machen, oder verheirathen, hierdurch ihrer Verpflichtung zum Militärdienste nicht überhoben werden. Diese gesetzliche Bestimmung ist auch durch die neueste Militär-Ersatz-Instruktion wieder bekräftigt worden. Jetzt ist abermals Veranlassung genommen worden, zu bestimmen, daß diese Anordnung allgemein in Erinnerung gebracht werde.

— Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält eine allgemeine Verfügung des Justiz-Ministers vom 11. d. M., wodurch die Gerichtsbehörden angewiesen werden, in Fällen, in denen sie Requisitionen an russische Behörden zu erlassen haben, diese direkt an die betreffende kaiserliche Behörde zu richten und das so abgefaßte Requisitionsschreiben dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten hierselbst zu übersenden, welcher dasselbe sodann dem preußischen Gesandten in Petersburg zur weiteren Veranlassung zugehen lassen wird.

— Aus Sprottau wird gemeldet: Vor einiger Zeit wurde bekanntlich der hiesige Rathsherr Haußner wegen seiner Abstimmung als Wahlmann vernommen und die Beschuldigung, als liberaler Wähler seine Amtspflicht verletzt zu haben, von ihm zurückgewiesen. Vor einigen Tagen ist genannter Herr Haußner seitens der k. Regierung zu Liegnitz wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit und der Ehrerbietung gegen die vorgesetzte Dienstbehörde in eine binnen acht Tagen zu zahlende Ordnungsstrafe von 10 Thalern genommen worden. Selbstverständlich hat sich der Verurtheilte dabei nicht beruhigt, sondern sich beschwerdeführend an den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien gewandt und in dem Schreiben ausgeführt, daß er als Wahlmann keine vorgesetzte Behörde habe, sondern in dieser Eigenschaft nur sein Gewissen als Richter anerkenne.

— Wie die „Königsb. Hart. Ztg.“ hört, soll bis zum Jahre 1866 auf der ganzen Ostbahn von Frankfurt bis Eydtkuhnen ein zweites Schienengeleise gelegt sein.

Breslau, 23. Januar. Heute früh ist der erste östreichische Militärextrazug hier eingetroffen. Derselbe brachte das Jägerbataillon Nr. 9 (steirische Jäger), in Stärke von 30 Offizieren, 1030 Mann, 39 Pferden und 10 Fahrzeugen. Ein preußisches Musikchor spielte zum Empfange auf dem Bahnhofe, der außerdem von einem zahlreichen Publikum belebt war. Das Bataillon ist theils in der Kürassierkaserne, theils in anderen Kasernen untergebracht. Morgen früh 8 Uhr fährt das Bataillon weiter. (Bresl. Z.)

Danzig, 23. Januar. Das Manifest der „versammelten Mitglieder des Preußischen Volksvereins", welches sich an die Bewohner der Provinz Preußen richtet, und wenn der Vorschlag eines der Versammelten Beachtung findet, in ganz Deutschland verbreitet werden wird, ist erschienen. Es heißt darin, nach einer kurzen Rekapitulation des Aufrufs des Provinzialkomités für Schleswig-Holstein, wie folgt:

„Gegenüber diesem Aufruf unserer fortschrittlichen Gegner und gegenüber seiner Begründung erklären wir hiermit Folgendes:

„Es ist nicht sowohl eine deutsche Ehrensache, aber es ist eine echt preußische Ehrensache, die vornehmste Ehrensache aller Angehörigen des Königreichs Preußen, als welche wir hier allein in Betracht kommen, — nicht gegen den Entschluß und gegen die Befehle unseres Königs und Herrn uns zu setzen und zu wirken, sondern mit Ihm vereint dorthin zu streben, wo Er das rechte Ziel erkannt hat;

„es ist gar keine Ehrensache, sondern eine Schmach für gute Preußen, den Vertrag, den ein mit Weisheit und Rechtssinn reich gesegneter Vorfahr und Bruder unseres Königs nach reiflicher Erwägung geschlossen hat, als eine mit der Ehre des Vaterlandes unvereinbare That öffentlich gleichsam zu brandmarken; denn je höher ein Preuße seinen König stellt, desto höher ehrt er sich selbst! —

„es ist ein Widerspruch in sich selbst, von der Bildung eines „nationalen Heeres unter einem (nirgends in Form Rechtens, sondern nur von demokratisch aufgeregter Seite anerkannten) „Herzog" Friedrich von Holstein zu reden, und gleichzeitig die milden Beiträge an den Ausschuß der Demokratie in Frankfurt zu weisen;

„es ist wahrhaft kindlich, von solchem nationalen Heere gestützt auf magere 100,000 Thaler, womit man kaum einen Monat lang gegen das Reich Koburg Krieg führen könnte, die kräftige Erkämpfung und Schirmung der Rechte Schleswigs und Holsteins gegenüber den Anmaßungen der Dänen zu erwarten, während die wohlgeschulten strammen Regimenter unseres Königs schon in festem Tritt auf dem Wege nach Schleswig sind, und das besser, schneller und gründlicher besorgen werden, als lose Haufen unter dem großprahlerischen Namen eines „nationalen Heeres"; —

„es ist nicht „patriotisch", den sechs fortschrittlichen Wortführern zu ihren Zwecken freiwillige Steuern zu zahlen:

„es ist keine Bewahrung des „alten preußischen Ruhmes", unsere Provinz mit solcher unköniglichen, in ihren Erbfolgen nichtigen, in ihren Zwecken demokratischen Sammlung an „der Spitze der Bewegung zu finden."

„Also: Wer ein guter Preuße, ein treuer Anhänger seines Königs, oder gar ein Mitglied unseres Vereins ist, gebe Nichts zu dieser Demokraten-Steuer. Danzig, den 21. Januar 1864.

Die heute versammelten Mitglieder des Preußischen Volksvereins."

Die Versammlung soll aus 158 Personen bestanden haben.

Bayern. München, 23. Jan. Ein Leitartikel der „Bayerischen Zeitung" sucht den Vorwürfen zu begegnen, welche die Presse der Regierung macht. Eine Mobilmachung, heißt es darin, werde vorerst nicht beabsichtigt und die Einberufung des Landtages sei bei der gegenwärtigen Lage nicht angemessen, weil ihm irgend welche Vorlage in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit noch nicht gemacht werden konnte.

Hannover, 22. Januar. Diese Nacht passirten wieder acht Züge mit preußischem Militär. Die Züge enthielten Artillerie, Kavallerie, Pontoniere und Infanterie.

Sachsen. Dresden, 23. Januar. Nach einem Telegramm des „Dresdner Journals" aus Frankfurt a. M. erfolgte in der gestrigen Bundestagssitzung die Beschlußfassung wegen Entlassung der östreichischen und preußischen Reserven vom holsteinschen Exekutionskorps unter dem Vorbehalt der Herbeiziehung neuer Reserven aus den Bundestruppen.

Es wurde auch beschlossen, dem General v. Hake für sein Verhalten in der Frage bezüglich der Besetzung Schleswigs die anerkennende Billigung des Bundestages auszusprechen.

Frankfurt a. M., 23. Januar. Heute früh um 2½ Uhr traf der durch Ovationen verspätete Eisenbahnzug mit der schleswig-holsteinschen Landesdeputation hier ein, wurde von dem Turnverein und dem Liederkranz und einer großen Volksmenge aus Stadt und Umgegend empfangen, von dem Dr. Sigismund Müller bewillkommnet und hielt unter den Klängen des schleswig-holsteinschen Volksliedes seinen Einzug in die Stadt.

Lübeck, 21. Januar. Se. königl. Hoheit Prinz Friedrich Karl von Preußen ist, in Begleitung des Prinzen Albrecht Sohn, heute Vormittag per Extrazug mit seinem Stabe und zahlreichem Gefolge hier eingetroffen. Kurz zuvor hatte die preußische Brigade, welche seit dem 26. v. M. in hiesiger Stadt und Umgegend kantonnirt hat, ihren Weitermarsch nach Holstein (heute bis Ahrensböck, morgen bis Plön) angetreten. — Gutem Vernehmen nach wird Prinz Friedrich Karl schon morgen wieder abreisen, um den Truppen zu folgen und vorläufig in Plön sein Hauptquartier aufzuschlagen. (Lüb. Z.)

Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig-Holstein, 22. Januar. Die heutige Nummer der „Schleswig-Holsteinschen Zeitung" theilt nachstehende Resolutionen mit, welche in Rendsburg von dem dortigen schleswig-holsteinschen Vereine einstimmig gefaßt worden sind und denen auch andre Vereine im Lande sich demnächst anschließen wollen. Die Resolutionen lauten wie folgt:

In dem Augenblicke, wo Preußen und Oestreich dem Bundesbeschlusse vom 14. entgegen die Herzogthümer Schleswig-Holstein besetzen, um das rechtsungültige schmachvolle Londoner Protokoll durchzuführen und die Deutschen, rechtlich frei gewordenen Herzogthümer von neuem dem dänischen Könige zu überliefern, erklärt der Schleswig-Holsteinsche Verein in Rendsburg: 1) Das schleswig-holsteinsche Volk besteht einmüthig und unbedingt auf seinem Rechte gänzlicher Lostrennung von Dänemark und wird sich niemals an Stelle seines rechtmäßigen Landesherrn Herzog Friedrichs VIII. einen Fremden und Feind als Herrscher aufdrängen lassen. 2) Die mit Gewalt und in der eingestandenen Absicht, das Londoner Protoll aufrecht zu erhalten, durchgeführte Besetzung unserer Herzogthümer durch die Preußen und Oestreicher gefährdet aufs äußerste die heiligsten Rechte und Interessen unseres Landes, wie Deutschlands; wir protestiren dagen als gegen einen Akt der Gewalt und mahnen dringend das deutsche Volk, in diesem gefährlichen Augenblicke mit uns alles aufzubieten, um die Durchführung dieser unheilvollen Absicht zu hindern. 3) Das schleswig-holsteinsche Volk wendet sich an die deutschen Fürsten und verlangt, daß sie jetzt aufs schleunigste am Bundestage unsern rechtmäßigen Landesherrn Friedrich VIII. als Herzog von Schleswig-Holstein und als Bundesmitglied anerkennen, dem sie gegen alle und jede Vergewaltigung beizustehen so berufen als verpflichtet sind.

Der Schanzenbau am diesseitigen Eiderufer in Rendsburg ist jetzt als vollendet anzusehen; die Schanzen im Westen der Altstadt sind von östreichischen, die im Norden von sächsischen Pionieren angelegt. — Heute rückte das Bataillon Hannoveraner aus, welches in Itzehoe fast drei Wochen gelegen hat. Sie waren dort angenehme Gäste, für Schleswig-Holstein begeistert. Gleichzeitig rückte der Stab mit dem General v. Schimpf ein. Morgen werden 800 Sachsen folgen.

Wandsbeck, 21. Januar. Als heute um 2 Uhr ein Bataillon des 13. Regiments, welches in Hamburg Tags vorher eingetroffen war und dort übernachtet hatte, als die ersten preußischen Truppen, hier einrückte und auf dem Marktplatze Halt machte, begaben sich der konstituirte Polizeiinspektor und die vier Fleckensvorsteher zum Kommandeur des Bataillons, Oberstlieutenant v. Zimmermann, um gegen den den Einmarsch preußischer Truppen Verwahrung einzulegen, die sofort dem Oberstlieutenant schriftlich behändigt wurde. Der Protest lautet: „Wir Endesunterzeichneten erklären hiermit, daß wir in Folge eines gestern gefaßten Beschlusses des hiesigen Fleckenskollegiums dem Herrn Oberstlieutenant v. Zimmermann als Kommandeur des eben hier eingerückten Bataillons des 13. königl. preußischen Regiments, für welches hier von der königl. preußischen Regierung Quartier bestellt war, öffentlich heute die Erklärung abgegeben haben, daß wir dies ohne Wissen der hohen, Bundeskommissare erfolgte Einrücken des Bataillons als einen Gewaltschritt ansehen und gegen die Quartierrequisition Verwahrung einlegen müssen. So geschehen Wandsbeck, den 21. Januar 1864, Unterz.: Witthoeft, konst. Polizeiinspektor. Schacht, Eybächer, Henning, Vorberg, Fleckensvorsteher." Hierauf erklärte der Oberstlieutenant, von diesem Proteste dem Prinzen Friedrich Karl Mittheilnng machen zu wollen, und das Bataillon rückte nach kurzer Rast in der Richtung auf Ahrensburg weiter.

Hamburg, 22. Januar. Der Durchmarsch der preußischen Truppen durch unsere Stadt dauert unausgesetzt fort. Infanterie, Artillerie und Pontontrains, Kavallerie, deren schöne Pferde bemerkenswerth, folgen aufeinander. (H. B. H.)

Hamburg, 23. Januar. Nach Berichten aus Kopenhagen vom 20. ist daselbst eine Kundmachung des Oberkommandos erschienen, welche sämmtlichen Militairpersonen verbietet, über militairische Operationen, Stellungen, Transporte und überhaupt über Alles, was dem Vaterlande schaden könnte, anderen Personen Mittheilungen zu machen. Den Zeitungen ist auf den Wunsch des Oberkommandos ebenfalls das Verbot zugegangen, über solche Begebenheiten, deren Bekanntwerden dem Feinde dienen könnte, Mittheilungen zu veröffentlichen. — Wie es heißt, soll wegen der holsteinischen Spionage in Süd-Schleswig und in Dänemark eine Feldpolizei eingerichtet werden.

Nach einem Telegramme „Dagbladets" aus Christiania vom 19. Abends ist zum 14. März ein außerordentliches Storthing einberufen worden. Im Skagerak will man drei preußische Kriegsschiffe gesehen haben.

Hamburg, 23. Januar, Mittags. [Telegr.] Die heutigen „Itzehoer Nachrichten" melden: Am 21. d. ist das sächsische Jäger-Bataillon sowie eine Munitionskolonne, die bisher in Neumünster und Umgegend kantonnirt hatten, von dort nach Itzehoe abmarschirt. Eben dahin ist auch der Stab des Generals v. Hake abgegangen. Das Lazareth soll nach Altona verlegt werden. Die sächsische Brigade wird um Itzehoe und Wilster concentrirt.

Am 22. hat die bisher in Hamburg kantonnirende östreichische Brigade in Neumünster und den nördlich gelegenen Dörfern Quartiere bezogen.

In Segeberg sind am 21. preuß. Truppen eingerückt.

Hamburg, Sonnabend 23. Januar, Abends. Nach dem „Kieler Wochenblatt" würde Prinz Friedrich Karl von Preußen in Kiel erwartet. Ist auch eine desfallsige Anmeldung noch nicht geschehen, so sind doch Intendantur-Beamte zur Besichtigung der Lokalitäten in Kiel gewesen.

Nach der „Flensburger Ztg." ist durch das anhaltend laue Regenwetter die Eisdecke der Föhrde größtentheils geschmolzen, so daß Dampfboote und Segelschiffe bis nahe an den Hafen gelangen können.

Hamburg, Sonntag 24. Jan., Vormittags. Das Barometer steigt; Wind südwest; Thermometer 3 Grad über Null. — Die Landesregierung in Kiel hat die Polizeibehörden auf telegraphischem Wege angewiesen, mit aller Sorgfalt unangenehme Berührungen zwischen der Bevölkerung und den einrückenden Truppen zu verhüten. In Flensburg heißt es, daß die Dänen die Baaken und andere Schifffahrtszeichen von der Eider, Bureauinventarium und anderes öffentliches Eigenthum auf der Eisenbahn nach Norden befördern.

Hamburg, Sonntag 24. Januar, Mittags. Wetter schön, zum Frost neigend.

In Altona wurde heute der Probst Nievert, als er in der übervollen Hauptkirche nach längerer Zeit zum ersten Male wieder die Kanzel betrat, mit Schreien und Pfeifen empfangen und die Kanzel wieder zu verlassen gezwungen. Ein hannöversches Jägerbataillon mußte ihn, als er die Kirche verließ, gegen die wüthend andrängende Volksmenge schützen, wobei der Bundeskommissär v. Könneritz ihn mit seiner Person zu decken bemüht war. Dem Herrn v. Könneritz brachte die Menge ein Lebehoch.

Altona, Sonntag 24. Januar, Abends. So eben wird durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht, daß Probst Nievert, nachdem er um seinen Abschied eingekommen, die Stadt verlassen hat. Das von dem Probste be-

---

Dr. Maron über die chinesische Revolution.

(Aus seinem Werke: „China und Japan".)

(Fortsetzung aus Nr. 19.)

Nun muß man in Rechnung stellen, daß der Verfasser jener Bücher, welche Hung zur Disposition standen, nicht ein Europäer, sondern ein chinesischer Convertit war, der, aus niedrigem Stand geboren, ohne sorgfältige Erziehung und Bildung, einige Jahre in der Missions-Druckerei zu Kanton als Arbeitsmann beschäftigt und getauft war In einem solchen Kopf konnte sich die neue Lehre nur unklar abspiegeln, und da seine Ausdrucks- und Schreibweise nach biblischen, oft so mystischen Mustern gebildet war, so ist nicht zu verwundern, wenn die Lehre in dritter oder vierter Hand als eine wesentlich verstümmelte zum Vorschein kam.

Hung studirte die neue Lehre nicht allein, sondern in Gemeinschrft mit seinem Freund Li; Beide bekannten sich nun zum Christenthum und verrichteten die Handlung der Tanfe gegenseitig an sich, so weit sie den Ritus aus ihren Büchern verstanden; dann begannen sie sogleich öffentlich zu predigen und zu bekehren.

Es fehlte der neuen Sekte selbst nicht an Wundern. Der Widerwille des Chinesen gegen sein Herscherhaus zog eine stille Quelle von Nahrung aus geheimen Gesellschaften, die seit der Mandschuregierung sich gebildet hatten. Zu dieser Zeit nun scheint es, daß diese geheimen Gesellschaften nachdrücklich verfolgt und oft aus ihren Heimathsorten verjagt wurden. Bis zu dieser Zeit hatten die Anbeter Gottes noch in keinerlei Verbindung zu diesen Gesellschaften gestanden, wie auch die kaiserl. Soldaten, welche die Räuber oder politisch Geächteten verfolgten, die Gemeinde vollständig unbelästigt ließen. Nun aber strömten aus zerstörten Städten und Dörfern ganze flüchtende Schaaren mit ihrer beweglichen Habe zu Hung und flehten um Schutz. Die Dinge näherten sich ihrer Krisis, die religiöse Gemeinde wurde dadurch mit in den Kampf hineingezogen. In dieser Zeit entwickelte Hung eine ungemeine Thätigkeit und Umsicht; er bekehrte und taufte die meisten der neuen Ankömmlinge, und gab seiner Gemeinde dadurch einen kriegerischen Hinterhalt; er ließ nun Worte fallen, daß die Zeit der Erfüllung gekommen sei. In Voraussicht der kommenden Dinge hatte er seine Gemeinde bereits vorher dazu bewogen, ihre unbewegliche Habe zu veräußern und den Erlös, sowie den Ueberschuß ihres beweglichen Vermögens in eine allgemeine Kasse abzuliefern, aus der jeder seine Nahrung und seine Kleidung bezog. Also auch die unklaren Regungen des Kommunismus blieben der Bewegung nicht fremd. Für die Staatsbehörden, welche wahrscheinlich schon längst nach einem ostensiblen Grund suchten, gegen die Gemeinde einzuschreiten, schien sich jetzt die Gelegenheit dazu darzubieten; sie beschlossen, Hung und Fung durch Ueberrumpelung gefangen zu nehmen; aber die Mandarinentruppen wurden überfallen und geschlagen, die geliebten Führer befreit und im Triumph herumgeführt. Es war dies das erste Mal, daß es zu einem wirklichen Kampf zwischen beiden Parteien gekommen war. Hung hatte sich wieder als begeisterter Seher und als ein geschickter militärischer Führer gezeigt. Er ist bis heutigen Tags der militärische Leiter der Insurrektion. Hung trug nun zunächst Sorge, alle Mitglieder des neuen Bekenntnisses auch aus anderen Gegenden heranzuziehen und seine Macht zu konzentriren. Es strömte von allen Seiten herbei, da die Verfolgung der Gottanbeter nun allgemein geworden war.

Hung erklärte nun offen, daß die neue Religion, die er lehre, nimmer von den Mandschu geduldet werden würde, und er stellte daher als nächstes großes Ziel die Vertreibung derselben hin; damit beginnt die Rebellion der Taiping, wie sie sich selbst nennen, oder der Anhänger des ewigen Friedens.

Wie er dann wuchs, und wie sein Werk der Liebe ein Werk vielfacher Zerstörung wurde, davon giebt eine Proklamation Kunde, die schon im Jahre 1851 von seinen Anhängern erlassen wurde. Es heißt darin: „Unser himmlischer Fürst hat die Botschaft empfangen, die Mandschu zu vernichten, sie zu vernichten bis aufs Aeußerste, Männer, Weiber und Kinder, desgleichen zu vernichten alle Bilderanbeter, und das Reich als sein wahrer Souverän in Besitz zu nehmen. Es selbst und alles was darin ist, seine Berge, seine Ströme, seine weiten Flächen und alle seine Schätze — Euch und alles was Euer ist; Eure Familie, männlich und weiblich, von Euch selbst abwärts bis zu Eurem jüngsten Kind, Euer Eigenthum, Euer väterliches Erbe bis auf das Band um Eures Kindes Arm. Wir gebieten über die Dienste aller, und wir nehmen alles. Wer sich uns widersetzt, ist ein Rebell und ein Bilderanbeter, und wir tödten ihn ohne Gnade; aber wer unsern himmlischen Fürsten anerkennt, soll reichlich belohnt werden mit Ehren und Stellen im Heer oder am Hofe unseres himmlischen Fürsten." Und sie haben Wort gehalten; als z. B. Nanking mit Sturm genommen wurde, schlachteten sie die 20—30,000 Tataren, die darin waren, erbarmungslos ab.

Nun thront der chinesische Hirtenjunge in dem goldstrahlenden Palast zu Nanking, der Hauptstadt des Südens, wie Peking die Hauptstadt des Nordens heißt, ist Herr über Leben und Tod von mehr als hundert Millionen Menschen, und seine Gebeine werden dereinst in der alten Kaisergruft in Nanking ruhen*). Dr. Maron kam in diesen Palast, als er den Yang-tse-kiang hinauffuhr nach Nanking, das etwa 300 Stunden den mächtigen Strom hinauf durch den englischen Vertrag der gesammten Welt als ein Hafen geöffnet ist und den Knotenpunkt des gesammten chinesischen Handels bildet. (Anfangs kostete die Reise auf dem Dampfboote hin und zurück nicht weniger als 1300 preuß. Thaler. Als Dr. Maron aber die Expedition machte, hatte die Konkurrenz in Zeit von einem Jahre die Passagierkosten bis auf 300 Thaler herabgedrückt, inklusive freie Verköstigung.) Der Yang-tse-kiang ist zunächst der Strom, an dessen Ufern die Rebellen und die Kaiserlichen sich bekriegen. Der Verfasser kam mitten durch den Kampf, bald durch Rebellenlager, dann durch Armeekorps der Kaiserlichen oder durch die Piraten, die sich zwischen beiden Heeren bilden. Nanking zeigt nichts von dem Fleiß in Feld und Garten, der die Umgebung großer Städte sonst zu Kultur-Idealen zu machen pflegt. Es ist Alles ringsum wüst und öde, halb unter Wasser, denn die Gräben sind verfallen, Sümpfe von Rohr- und Wasserpflanzen. Der Porzellanthurm ist gesprengt. Unser Paß (erzählt Dr. Maron) wird vor dem Thor sorgsam geprüft, die Thorflügel öffnen sich, wir wandern durch einen langen finsteren Gang, und als uns das Licht wieder empfangt, sind wir in Nanking. Am Ausgang des Thors ist eine große beschriebene oder besser bemalte Tafel ausgehängt, und unser Dolmetscher übersetzt: „Der himmlische Vater, Mein älterer Bruder Christus, Ich selbst und Mein Sohn sind Herren für immer. Das himmlische Königreich ist über die ganze Erde errichtet, und der Glanz des himmlischen Vaters, des Bruders, Meiner selbst und des jungen Herrn ist durch die ganze Welt verbreitet für tausendmal tausend Herbste."

(Schluß folgt.)

*) Werner sah in den Gefängnissen von Canton die Mutter des Rebellenkaisers. Sie befand sich schon seit zehn Jahren dort, und erzählte in Jammertönen ihre Leiden. Die unglückliche Greisin war sogar gefesselt, und es war ein Wunder, wie ein so gebrechliches siebenzigjähriges Mütterlein solche Qualen überleben konnte. Die chinesischen Behörden haben geglaubt, daß die im Volk so tief eingewurzelte kindliche Liebe den Rebellenhäuptling veranlassen werde, zur Befreiung seiner Mutter von der Leitung der Revolution abzustehen, haben sich aber darin getäuscht. Wer nach dem Kaiserthron des Reichs der Mitte strebt, und sich als jüngerer Bruder Christi erkennt, läßt sich nicht durch Familienbande zurückhalten.

wohnt gewesene Haus sei Eigenthum der Stadt und als solches zu respektiren.

Kopenhagen, 19. Januar. Die bereits erwähnte, vom Konseils-Präsidenten Monrad nach dem Ende der Ministerkrisis expedirte **dänische Note** trägt das Datum des 6. Januar. Die dänische Regierung macht in dieser Note auf die Opportunität einer Intervention der nichtdeutschen Mächte aufmerksam, kraft der im Protokoll des Pariser Kongresses vom 14. August 1856 formulirten Prinzipien und verlangt Aufrechthaltung des Status quo. In demselben Sinne hat sich die dänische Regierung gegen diejenigen Mächte geäußert, deren freundschaftliche Intervention von spezieller Wichtigkeit sein würde. Sie hofft, daß ihre Vorschläge von diesen Mächten angenommen werden und schmeichelt sich, dieselben Dispositionen bei den Kabinetten von Berlin und Wien anzutreffen. — Zu derselben Zeit ist eine **schwedische Note** an die verschieden Kabinette gerichtet worden. Sie spricht sich mit Nachdruck zu Gunsten einer Intervention aus und bietet die Schwedens an.

Kopenhagen, Sonntag 24. Jan., Abends. Nach „Berlingske Tidende“ ist Amtmann **Johannsen** unterm heutigen Tage zum Minister ad interim für Schleswig ernannt worden.

Frankreich.

Paris, 21. Januar. Der von Emil Ollivier über die **Suez-Kanalfrage** erstattete Bericht hat, wie die „Independance“ meldet, die französische Regierung bewogen, sich für die Aufhebung der Zwangsarbeit und dafür zu erklären, daß die Kompagnie alle längs des Kanals liegenden Ländereien, welche sie in Folge Konzession bisher bewirthschaftet hat, gegen Entschädigung wieder herausgebe, als Entgelt aber auch einen ihr bisher mangelnden Ferman der Pforte erhalte, der sie zu den Kanalarbeiten ermächtige. Um die neuen Verträge abschließen zu können, soll die der Kompagnie gestellte Frist, die Arbeiten einzustellen, vom 1. Februar bis zum 1. April hinausgeschoben werden.

— Bereits gestern Mittag waren die 300 Millionen der **neuen Anleihe** durch Subskription vollständig gedeckt.

— General Bazaine hat, wie die „France“ aus des **Havannah** vom 30. Dezember erfährt, die Stadt Guadalajara besetzt.

— In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers kam das Amendement über das **Sicherheitsgesetz** zur Berathung. Picard befürwortete das Amendement auf das Nachdrücklichste. Rouland vertheidigte das Gesetz, nicht allein als ein Werk der Nothwendigkeit, sondern auch als einen Akt der Achtung für alle Freiheiten. Die Regierung, setzte der Ministerpräsident des Staatsraths hinzu, könne nichts versprechen, sondern nur hoffen, daß sie nicht werde in die Nothwendigkeit versetzt werden, die Verlängerung der Bestimmungen des Gesetzes zu verlangen, die im Monat Februar 1865 abgelaufen sind. Nach einer Gegenrede Jules Favre's wurde das Amendement mit 200 gegen 36 Stimmen verworfen.

Paris, 22. Jan. Heute feierten die hiesigen Polen einen feierlichen Gottesdienst zum Andenken an den 22. Januar 1863, dem Tage des Beginnes des jetzigen Aufstandes. — Die Diskussion über die Petition des Herrn Darimon in Betreff der Presse, welche im Senat am nächsten Montag zur Diskussion kommen sollte, ist vertagt worden. Der Staatsminister Rouher will sich an der Diskussion betheiligen. — Die Regierung hat die Aufführung eines Stückes verboten, das unter dem Titel: „Faustin“, des Kaisers, der eine Zeit lang auf San Domingo herrschte und bekanntlich Napoleon sich zum Vorbilde genommen, gegeben werden sollte. Das Stück ist von Louis Bouilhet. — Der Kriegsminister hat durch Verfügung allen Divisionsgeneralen in Erinnerung gebracht, daß in Friedenszeiten die Thore von Festungen Tag und Nacht offen bleiben sollen, die Militärbehörde aber, und nur sie, das Recht hat, aus militärischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit eine zeitweilige Schließung der Thore zur Nachtzeit anzuordnen. Es war nämlich häufig vorgekommen, daß die Gemeindebehörden allein über die Festungsthore verfügten. — Wie die „France“ bestätigt, hat der Gemeinderath von Puebla auf dem großen Markte, der fortan Eugenienplatz heißen soll, die Statue der Kaiserin der Franzosen zu errichten beschlossen und dadurch einen Volksenthusiasmus hervorgebracht. Am 12. Dezbr. hat ganz Mexiko mit großer Feierlichkeit das Fest Unserer lieben Frau von Guadaloupe, der Schutzpatronin des Landes, begangen, und das französische Korps hat überall an dem kirchlichen Feste Theil genommen.

Italien.

— Das vom „Diritto“ veröffentlichte **Manifest Garibaldi's**, datirt „Caprera, im Januar 1864“, beginnt mit einem Hinweis auf die großen Ereignisse, welche das neue Jahr in seinem Schooße berge; auch Italiens heißeste Wünsche würden in Erfüllung gehen, wenn das liberale Element, statt sich trägen Hoffnungen auf eine bessere Zukunft hinzugeben, einig wäre und bereit zur That. Die italienische Demokratie müsse daher sich organisiren und disziplinirен. Zu diesem Zwecke habe er ein Central-Einheitskomité eingesetzt, nicht blos um finanzielle Mittel zu sammeln, sondern namentlich auch, um überall die Herzen zur Opferfreudigkeit und zur Hingabe an die Idee der nationalen Freiheit und Einheit zu mahnen. Wenn die Reaktion, ebenso zähe wie verschlagen in ihren Plänen, gegen die Einheit des Vaterlandes konspirirt, wenn letztere bedroht sei durch die Irrthümer der Regierungspolitik, gegen welche ich protestirt habe, weil sie mir der nationalen Interessen und des nationalen Willens zu vergessen schienen, so ist die Pflicht der Entsagung um so dringender und heiliger für die Liberalen.“ Nicht in fruchtlosen und gefahrvollen Agitationen dürfe der Patriotismus seine Kraft vergeuden; er müsse dieselbe ganz und ungebrochen für den Tag der Entscheidung bereit halten. Alle Italiener, die es verschmähen, passive Zuschauer des großen Drama's zu sein, das über die Geschicke ihrer Nation entscheiden werde, sind eingeladen, sich um dieses Einheitscentrum zu schaaren, seine Autorität anzuerkennen und die Anordnungen des Komité's so zu betrachten, als ob sie von Garibaldi selber ausgegangen wären; dergleichen Einladung ergeht an die liberale Presse. Zur Unterzeichnung aller Schriftstücke ist Benedetto Caïroli bevollmächtigt.

Rußland und Polen.

Warschau, 21. Januar. Unter den in diesen Tagen arretirten Personen befinden sich auch die Kaufleute Julius Hermann und Kleinadel (Firma Hermann, Kleinadel u. Co., eines unserer ersten Spediteurhäuser), wie man sagt, wegen Waffenbeförderung. Kleinadel galt bisher als russenfreundlich, weshalb seine Verhaftung um so mehr auffällt. — Gestern ist wieder ein Transport Gefangener nach Rußland abgegangen. Aus Rücksicht auf den strengen Frost waren dieselben 8 Tage zurückgehalten worden. Darunter befand sich ein junges Ehepaar, welches erst den Tag vorher getraut worden war, weil die Braut ihren Bräutigam nicht allein wollte reisen lassen. Graf Berg hatte die Erlaubniß zur Entlassung des Gefangenen auf 24 Stunden ertheilt. — Briefe von in Rußland internirten Personen an ihre Frauen und Verwandte äußern sich verhältnißmäßig zufrieden mit ihrer Lage, da sie billige Wohnung und Unterhalt, auch Nebenverdienst haben, so daß sie ohne Sorgen leben können. Einige lassen ihre Frauen und Kinder nachkommen. Es giebt aber auch im tieferen Rußland kleine Städte, wo die Internirten von dem fanatischen Hasse der Russen zu leiden haben, namentlich dort, von wo Soldaten in Polen verstümmelt oder ermordet wurden. Kein Mensch will etwas mit den „Empörern“ zu thun haben, und die armen Polen gerathen dort oft in Noth. — Der Mörder des Polizeibeamten Galinski, ein Arbeiter Puchalski, ist festgenommen worden. Dieser Tage wurde hier im Weinkeller des bereits deportirten Kaufmann J. Kijas die Leiche des bekannten hiesigen Bürgers Piotrowski, der die ersten revolutionairen Beiträge sammelte, gefunden. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Die Reste der Chmielinskischen Bande, welche sich wieder unter einem ehemaligen östreichischen Offizier, Namens Rosenbach, 200 Mann stark, gesammelt, sind bei Lagow im Radomschen geschlagen worden. Ferner wurde bei Kowal neulich eine kleine Insurgentenbande von 40 Mann vernichtet, unter denen, nach den Aussagen der Einwohner, wo sie vorher gerastet hatten, sich allein 18 Majore befanden! (Ostſ.-Z.)

— Die „Europa“ hatte gemeldet, die Gräfin Berg befindet sich seit Kurzem in Wien. Aus einer Zuschrift, die sie jetzt bringt, erfährt man, daß die Gemahlin des Statthalters schon seit Monaten mit ihrer Tochter und ihrem Schwiegersohne in Wien weile; dieser nämlich, ein Herr Lachnicki, sei nach Ausbruch des polnischen Aufstandes in russischen Diensten geblieben, sei jedoch, als sein Schwiegervater in Warschau anfing mit Murawiew zu wetteifern, wahnsinnig geworden und schrie, er wolle „in den Wald“ zu den Insurgenten. Frau Generalin Berg ging mit ihrer Tochter und ihrem wahnsinnigen Schwiegersohne nach Wien, um ihn dort wo möglich heilen zu lassen.

— Nach der „Chwila“ ist dieser Tage eine neuorganisirte Reiterschaar von 100 Mann unter **Wagener** glücklich in das Krakauische gelangt, wo sie sich mit Bosak verbunden hat.

Aus dem Augustowo'schen, 19. Januar. Die revolutionäre Partei macht alle Anstrengungen, um den im Plockischen, Augustowschen und Lithauen erloschenen Aufstand wieder zu neuem Leben anzufachen und denselben die größtmöglichsten Dimensionen zu geben. Sie hat diesmal namentlich ihr Augenmerk auf die ländliche Bevölkerung gerichtet, die sie durch alle möglichen Mittel gegen die Russen in Bewegung zu bringen sucht. Eine rege Thätigkeit in dieser Richtung entwickelt der von der National-Regierung zum bevollmächtigten Kommissar für die Woywodschaft Plock und Augustowo ernannte Emigrant Ignatz Czynski. Derselbe hat unterm 2. d. Mts. eine Proklamation in polnischer und lithauischer Sprache erlassen, in welcher die russische Regierung der Absicht, die polnische Nationalität und die katholische Religion auszurotten, beschuldigt wird und die Bauern zur Vertheidigung der Religion, des Lebens und Eigenthums aufgefordert werden, die Sensen, Heugabeln, und Dreschflegel zu ergreifen und die Russen aus dem Lande zu vertreiben. Am Schlusse wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Mutter Gottes von Czenstochau den rechtgläubigen Polen den Sieg über die schismatischen Russen verleihen werde. Czynsli hat als bevollmächtigter Kommissar die Aufgabe, neue Insurgenten-Abtheilungen zu organisiren. Die nöthigen Waffen werden ihm durch Vermittelung des für den preußischen Antheil neuerdings eingesetzten „Vollziehungsausschusses“, von dem eine Unter-Abtheilung in Westpreußen besteht, von dem Bewaffnungs-Komité in Lüttich geliefert, das für das Plockische, Augustowo'sche und Lithauen 10,000 Karabiner angekauft haben soll. — Im hiesigen Gouvernement sind neuerdings 14 Einwohnern, nicht Gutsbesitzern, wegen thätiger Betheiligung am Aufstande ihr gesammtes bewegliches und unbewegliches Vermögen theils konfiscirt, theils unter Sequester gestellt worden (Br. Z.)

Von der polnischen Grenze, 2. Januar. Der gestern Abend 9 Uhr fällige Personenzug der Warschau-Wiener Bahn ist in Sosnowice gar nicht angekommen, sondern von Radomsk nach Warschau zurückgefahren. Die Ursache war, daß circa 500 Insurgenten sich längs der Bahn in jener Gegend aufhielten und, um vom russischem Militär nicht überrascht zu werden, die Schienen an mehreren Stellen des Bahnplanums abgerissen, auch die Telegraphenleitung von Czenstochau nach Warschau zerstört hatten. Gegenwärtig ist die Bahn in der ganzen Länge wieder fahrbar. (Bresl. Ztg.)

Asien.

— Mit der Ueberlandpost am 23. Januar in **Triest** eingetroffene Nachrichten melden, daß Nanking von dem General des Kaisers von China hart bedrängt werde. Aus **Japan** wird mitgetheilt, daß die Regierung des Taikuns gegen die aufständischen Daimios rüste. Die den Handel mit Yokohama störenden Hindernisse sind beseitigt.

Amerika.

Newyork, 9. Januar. Die widersprechendsten Berichte über die Absichten der Konföderirten im **Shenandoah**-Thale haben dadurch ihre Lösung empfangen, daß jene Truppenabtheilung in drei Kolonnen eine Bewegung nach Norden begonnen hat; Petersburg in Virginien hat sich ihr gestern übergeben und die Generale Fitzhugh, Lee und Rosser sind auf dem Marsche nach New-Creek. Auch aus Burlington wurden die Bundestruppen gestern herausgedrängt und man befürchtet auf heute einen Angriff gegen Cumberland in Maryland. Dagegen wurde General Imboden gestern bei Winchester von den Bundestruppen angegriffen und zurückgeworfen. General **Joe Johnstone** hat sein Standquartier 35 Meilen weit von Chattanooga genommen und ist mit der Reorganisation seiner Armee beschäftigt. Der Staat Georgien ruft alle Weißen im Alter von 16—50 Jahren zum Milizdienste auf; die Weißen zwischen 50 und 60 Jahren bilden die Reserve.

Im Repräsentantenhause brachte Mr. Royers aus New-Jersey einen Antrag ein, die ausgeschiedenen Staaten auf deren Verlangen mit Beibehaltung ihrer ursprünglichen Verfassung wieder in die Union eintreten zu lassen. Der Antrag wurde auf den Tisch des Hauses gelegt. Eine Resolution des Herrn Myers aus Pennsylvanien, beim Kriege zu beharren, bis die Konföderirten zur Rückkehr in die Union gezwungen sein würden, und wenn das erreicht sei, alle hervorragenden Männer der Konföderirten dem Galgen zu überantworten (?), ward dem Komité überwiesen. — Im Senate stellte Herr Morrill den Antrag, den Präsidenten zu ersuchen, daß er der britischen Regierung seitens der Regierung der vereinigten Staaten den Wunsch notifiziren möge, den Reciprocitätsvertrag aufzuheben. Die Resolution ging zu dem Komitè für auswärtige Angelegenheiten.

— [**Neuestes.**] Der Postdampfer „Persia“ hat **Newyorker** Nachrichten vom 13. d. nach Cork gebracht. Die Konföderirten haben im Innern von Texas 20,000 Mann zusammengezogen in der Absicht, did von den Unionisten besetzten Küstenpunkte anzugreifen. Drei neue Kriegsdampfer der Konföderirten sind im Bau begriffen und werden binnen Kurzem den Hafen von Charleston verlassen, um die Flotte der Unionisten anzugreifen.

Berichte aus **Mexiko** vom 22. v. Mts. melden von ununterbrochenem Erfolge der Franzosen; alle Hauptstädte der bedeutenderen Staaten sind in ihren Händen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 23. Januar. [**Zehnte Sitzung.**] Präsident **Graf zu Stollberg** eröffnet die Sitzung kurz vor 10½ Uhr. Am Ministertisch: Graf Itzenplitz, Graf zur Lippe. Die Kommission für Eisenbahnvorlagen hat sich unter dem Vorsitz des Hrn. v. Rabe konstituirt. — Herr Arand ist für Nordhausen in das Haus eingetreten. — Mehrere Mitglieder des Herrenhauses haben durch Professor Drake eine Marmorbüste Stahls anfertigen lassen und dem Hause überreicht. Der Präsident theilt dies mit einigen Worten der Erinnerung an Stahl mit und zeigt an, daß die Büste vorläufig im Sitzungssaale zur Linken des Präsidentensitzes, entsprechend der Büste des Fürsten Pleß vor den Ministerplätzen, aufgestellt sei. — Zunächst erfolgt nach dem Eintritt in die Tagesordnung die nochmalige Abstimmung über die Verordnung, beteffend den Zusammenstoß von Seeschiffen auf offener See und das hierzu in erster Abstimmung bereits angenommene Amendement von Zander. Das Gesetz wird in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause angenommen. Es folgen Petitionen. Eine Petition aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen, dem die Unabhängigkeit des platten Landes gefährdenden und auch sonst ungeeigneten Wahlort Greifenhagen keinen andern zu substituiren, wird der Regierung überwiesen; ebenso eine Petition über Entschädigung für entzogene Jagdberechtigung. Andere Petitionen sind ohne Interesse. — Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats für 1864. Aus dem gedruckten Bericht ist Folgendes hervorzuheben. Da bekanntlich dem Herrenhause vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Etat nur in der Form, wie er aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ohne die Regierungs-Vorlage zugegangen ist, so hat die Kommission von der Staatsregierung die authentische Mittheilung der Regierungsvorlage erbeten und auch ein Exemplar sofort erhalten. Die Kommission spricht sich unter Anderm gegen die vom andern Hause beschlossene Streichung des für allgemeine politische Zwecke ausgeworfenen Dispositionsfonds von 31,000 Thlr. aus, hält dafür, daß wie diese Absetzung so auch die des mit 6000 Thlr. aufgeführten Gehalts eines Militärbevollmächtigten in Petersburg bei Beschlußfassung über den Etat ins Gewicht fallen müsse und empfiehlt, wenn auch nur mit 8 gegen 7 Stimmen, den Beschluß: die Staatsregierung zu ersuchen, künftig den Abgeordneten Diäten und Reisekosten bis zur gesetzlichen Erledigung dieser Frage nicht zu zahlen. Das Abgeordnetenhaus hatte ferner 300,000 Thlr in einem Titel für unvorhergesehene Ausgaben zwar bewilligt, aber beschlossen, daß diese Summe am Schluß der außerordentlichen Ausgaben als besonderes Kapitel unter einer besonderen Ueberschrift angeführt werde. Die Kommission hat hierin einen ungerechtfertigten Eingriff der Abgeordneten in die Exekutive der Regierung erblickt, weshalb jener Beschluß keine Gültigkeit erhalten könne. Die im Abgeordnetenhause beschlossene Absetzung von 5400 Thlr. für die Ritterakademie zu Brandenburg wird als eine schwere Verletzung bestehender Verpflichtungen erklärt und die Regierung aufgefordert, diese Summe auch ferner zu zahlen. In derselben Weise werden auch andere Absetzungen für ungerechtfertigt erklärt. Völlig unannehmbar aber mache den Etat nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die gänzliche Umwerfung des Militäretats. Da deshalb der Etat des Abgeordnetenhauses durchaus verwerflich sei, einen Entwurf aber die Regierung haben müsse, so müsse man ihr auch den von ihr selbst vorgelegten Entwurf genehmigen. Würde dieser beschlossen, so könnten die Verhandlungen fortgesetzt werden und bei einiger Bereitwilligkeit könnte ein übereinstimmender Beschluß beider Häuser mit der Regierung herbeigeführt werden. Der Finanzminister hat auf mehrseitige Anfragen anerkannt, daß für die Regierung es von hohem Interesse sei, wenn das Herrenhaus nicht etwa nur negativ, sondern auch positiv über den Staatshaushaltsetat sich erkläre, daß er aber über die zu wählende Form sich jeder Aeußerung enthalten und nur andeuten wolle, wie solcher Formen sich gewiß mehrere würden finden lassen. Das Resultat der Kommissionsverhandlungen war der Beschluß: das Haus wolle a) den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, betreffend den Staatshaushaltsetat im Ganzen, die Zustimmung versagen, und b) die Regierungsvorlage im Ganzen annehmen. Jener Beschluß wurde mit 13 gegen 1, dieser mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Zu diesen Anträgen haben die Herren v. Brünneck, Hasselbach und Graf York (unterstützt durch Baumstark, Berndt, v. Bernuth, Bloemer, v. Flemming, v. Gruner, Jaehnigen, Oudereyh und Schubert) den folgenden Verbesserungsantrag eingebracht: A. In Erwägung: 1) daß Art. 99 der Verfassung und das nach demselben der Landesvertretung zustehende Ausgabenbewilligungsrecht in seiner richtigen verfassungsmäßigen Bedeutung zu den wesentlichsten Grundlagen des durch die Verfassung geschaffenen Rechtszustandes gehört, und daß eine im Widerspruch mit demselben stattfindende Verlängerung des budgetlosen Zustandes nicht nur principiell bedenklich, sondern auch noch von mannigfaltigen und ernsten Nachtheilen für das Land und die Staatsverwaltung begleitet sein würde; 2) daß nach Art. 62 der Verfassung eine Detailannahme oder Ablehnung der einzelnen Titel des Budgets dem Herrenhause nicht zusteht; 3) daß aber in dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar d. J. das Budget für 1864 in den Einnahmen mit 141,271,695 Thlr. (unter Absetzung von 62,043 Thlr. in der Gesammtsumme) und in den Ausgaben mit 137,971,741 Thlr. festgestellt ist, und zwar in der Art, daß, abgesehen vom Kriegsministerium, in allen übrigen Zweigen der Verwaltung nur die, obgleich allerdings bedenkliche Absetzung in der Gesammtsumme von 113,642 Thlr. für die fortdauerde, und 92,300 Thlr. für die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben erfolgt ist; 4) daß endlich für die bei dem Etat des Kriegsministeriums abgesetzten Reorganisationskosten die Herbeiführung einer nachträglichen Genehmigung des Landesvertretung noch im Laufe dieses Jahres in der Möglichkeit steht: dem Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats pro 1864 (nach den Beschlüssen des andern Hauses) die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. B. In Erwägung: daß die nachträgliche Genehmigung der Reorganisationskosten der Armee eine durch die wichtigsten Interessen der Krone und des Landes, sowie durch die Gesammtlage des Staats unabweisbar gebotene geworden ist: der Regierung die Bereitwilligkeit des Herrenhauses auszusprechen, seinerseits die Zustimmung zu den Reorganisationskosten auf Grund einer nachträglichen verfassungsmäßigen Vorlage zu ertheilen.“

Referent v. Meding vertheidigt die beiden Kommissionsanträge, indem er sich auf die vorjährigen in dieser Angelegenheit vollständig geführten Deduktionen beruft; der Brünneckſche Antrag sei unzweckmäßig.

Herr v. **Zander**: Er befinde sich auf demselben Standpunkte wie im vorigen Jahre. Er sei namentlich gegen den Versuch einer Verständigung mit dem andern Hause, weil er keinen günstigen Erfolg erwarte und hierin eine Verzögerung der Frage sehe, die nur dem andern Hause angenehm sein würde. Das Budget des Abgeordnetenhauses müsse verworfen werden, das Haus übe in solcher Verwerfung ein Recht aus, und wenn hierus ein budgetloser Zustand sich ergebe, so liege die Schuld nicht an diesem Hause, sondern an der Verfassung. Weiter zu gehen aber, und, wie die Kommission vorschlägt, den Regierungsentwurf anzunehmen, sei äußerst bedenklich: denn ob das Haus hierzu berechtigt sei, sei höchst zweifelhaft, falls man nicht gradezu hierin eine Ueberschreitung der dem Hause zustehenden Befugnisse erkennen wolle. Die Erklärung des Finanzministers in der Kommission scheine ihm so gedeutet werden zu müssen, als ob auch die Regierung Berechtigung des Hauses zu dem zweiten Beschluß nicht anerkenne. Er werde deshalb für den ersten Antrag und gegen den zweiten stimmen.

Herr Dr. **Götze**: Für ihn würde es schon vollständig ausreichen, den Budgetentwufs des andern Hauses abzulehnen, wenn dasselbe auch nichts weiter gestrichen hätte, als die 31,000 Thaler für die geheimen Fonds. Hierin trete die tendenziöse Gesinnung des andern Hauses klar hervor, und mit einem solchen Hause könne die Regierung unmöglich fertig werden. Noch mehr aber machen die Beschlüsse des andern Hauses über den Militäretat einen Beitritt zu dem ganzen Etat unmöglich. Es würde sich also hieraus ergeben, daß kein Budget zu Stande komme und er meine, daß dies weder ein Unglück, noch gegen die Verfassung sei. Er stehe aber auch nicht an, der Regierungsvorlage zuzustimmen, da er bisher nicht überzeugt worden sei, daß dieses Haus hierzu nicht berechtigt sei.

Herr **Hasselbach**: Er betheilige sich nur ungern an der Debatte, weil

er sich einerseits im entschiedenen Widerspruch zu der Majorität des andern Hauses befinde, aber eben so entschieden sich auch entfernt fühle von der Majorität dieses Hauses. Er gebe zu, daß der Etat des Abgeordnetenhauses unannehmbar sei; er gebe auch zu, daß es für die Regierung unmöglich sei, mit einem Hause zu regieren, welches selbst bei Besetzung der Stelle eines Regierungsraths drein reden wolle. Die Armee-Reorganisation, dies gebe er ebenfalls zu, könne nicht rückgängig gemacht werden, am wenigsten in diesem Moment. Er stehe auch nicht an, es offen zu beklagen, daß die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause darauf ausgehe, die Macht des Königthums zu brechen. Das Königthum habe viel festere Wurzeln im Volke, als jene Partei glaube, und werde stark genug sein, diese vielmehr zu brechen. (Die bisherigen Ausführungen des Herrn Hasselbach werden von der Majorität mit fortwährendem Beifall begleitet.) Er habe soweit hier Zustimmung zu finden erwartet, werde aber hierauf verzichten müssen, wenn er zu seinem Schlußvotum komme. In dieser Beziehung frage es sich, ob man mit oder ohne Verfassung bestehen wolle, und da entscheide er sich für die Verfassung und insbesondere gegen den verfassungswidrigen zweiten Kommissionsantrag. Dieser sei ganz unzuläßig, weil überhaupt nur der Beschluß des andern Hauses diesem Hause rechtlich vorliege, weil eine Amendirung der Vorlage durch dieses Haus ungesetzlich sei. In dieser Ansicht habe ihn auch die Arnim'sche Broschüre nicht erschüttern können, da Herr v. Arnim im Wesentlichen nichts Anderes geltend mache, als daß, wenn seine (des Redners) Ansicht Platz greife, das Herrenhaus eine unwürdige Rolle spielen würde. Die Erklärung des Finanzministers in der Kommission erscheine ihm höchst dunkel; er halte es gar nicht für so leicht, einen Weg zu finden, wie das Haus den Abgeordnetenetat ablehnen und doch sich pontiv aussprechen solle. Wie die budgetlose Regierung für nicht verfassungswidrig mit Herrn Götze zu halten, sei unerklärlich; er seinerseits halte das budgetlose Regiment für verfassungswidrig und auch für sehr verderblich, weil dann zu wenig ausgegeben würde, viele nothwendigen Ausgaben unterbleiben müßten. Herr v. Zander, wenn er sich für die Budgetverweigerung erkläre, unterscheide sich nur durch die Motive von dem Abg. Jakoby und treibe das Land ebenfalls zur Steuerverweigerung. Um die budgetlose Regierung zu vermeiden und doch die wichtigsten Staatsinstitutionen zu erhalten, bleibe nichts anderes übrig, als der Brünneck'sche Antrag. Derselbe sei entstanden aus dem Gefühle, die Regierungsvorlage für die Zukunft zur Durchführung zu bringen und den Konflikt mit dem andern Hause zu vermeiden. Es gebe zwar Mitglieder in diesem Hause, die diesen Konflikt für ein Glück halten, er seinerseits aber glaube, dieser Konflikt verzehre das Mark des Landes, untergrabe die Liebe zum Königthum und rufe Erbitterung im Bürgerstande hervor, wie Redner, der in Mitten der Verwaltung einer großen Kommune stehe, am besten zu erfahren Gelegenheit gehabt habe. Zur Lösung des Konflikts gebe es zwei Mittel: außerhalb und innerhalb der Verfassung. Er erkläre sich für die letztere Alternative und gegen die Lösung durch Staatsreich. Die Regierung habe die Pflicht, den Konflikt zu lösen, und ein solcher Versuch könne es nicht genannt werden, wenn sie der Landesvertretung die Aufhebung des Artikels 99 der Verfassung zumuthe, wenn sie aus beschließenden Kammern berathende machen wolle. Die Regierung habe auch die Pflicht, ein Budget zu vereinbaren. Durch energisches Vorgehen, wie Herr v. Kleist-Retzow von der Regierung verlangt, haben sich, dies habe der Erfolg gezeigt, wahrlich die Herzen der Regierung nicht zugewendet, wie Herr von Kleist prophezeit habe. — Schließlich erklärt der Redner, daß die beiden Theile des Verbesserungsantrages untrennbar seien; würde aber gleichwohl eine getheilte Abstimmung beantragt, so möge man über den Antrag B., für den er unter allen Umständen stimmen würde, zuerst abstimmen.

Der Finanzminister: Er stimme dem Vorredner bei, wenn er den budgetlosen Zustand für bedauerlich halte; es komme nur auf die Mittel und Wege an, wie derselbe vermieden werden könne. In dieser Beziehung sei es ihm unbegreiflich, wie der Regierung die Verpflichtung obliegen könne, ein Budget herbeizuführen, da die Lösung dieser Aufgabe nicht allein in der Hand der Regierung liege, es vielmehr hierzu der Zustimmung beider Häuser bedürfe. Die Regierung aber habe keine Macht über die Vota der beiden Häuser und ein neuer Etat, welcher gleichmäßig beiden Häusern genüge, sei für die Regierung unmöglich. Was seine in der Kommission abgegebene und von dem Vorredner angegriffene Erklärung angehe, so habe er bei dem Wunsche nach einer positiven Erklärung an eine motivirte Ablehnung des Abgeordnetenetats gedacht, in der Art: das Haus lehne die Beschlüsse des andern Hauses ab, weil dies und dies in demselben unannehmbar erscheine. Dadurch würde das hohe Haus zu erkennen geben, wie es über die Streichungen des andern Hauses denke und dies würde der Regierung erwünscht sein.

Graf Rittberg: Die Staatsregierung sei allerdings nicht berechtigt gewesen, die Militärorganisation im Ordinarium des Etats aufzuführen, ehe dieselbe definitiv gesetzlich geregelt war. Aber das Abgeordnetenhaus theile die Schuld mit der Regierung durch die zweimalige Bewilligung der Reorganisationskosten. Das Budget des Abgeordnetenetats sei unannehmbar, das Nichtzustandekommen eines Etats, das sich daraus ergebe, ein großer aber nothwendiger Uebelstand. Der erste Antrag der Kommission müsse deshalb angenommen werden, für den zweiten Antrag fehle es aber dem Hause an der Berechtigung.

Hr. Baumstark: Er würde im Abgeordnetenhause in die meisten dort beschlossenen Absetzungen nicht gewilligt haben, auch nicht in die Absetzung der Reorganisationskosten aus specifischen, in der Sache selbst beruhenden Gründen. Er meine, es empfehle sich nicht, um kleine Summen mit der Staatsregierung zu mäkeln. Die Heeresreorganisation entspreche ihrem Ursprung und der Haupttendenz nach dem Bedürfniß des Landes und der Zeit. Es sei aber jetzt die Zeit der großen Konflikte, und da frage es sich, ob die Bedenken, die man bisher gehabt, noch am Orte seien. Er halte dafür, daß der eingebrachte Verbesserungsantrag der allein richtige Weg sei, um aus dem Konflikt zu kommen. Er acceptire das Zugeständniß des Finanzministers, daß dieses Haus den Etat nur annehmen oder ablehnen dürfe, und zwar in der Gestalt, wie er aus dem Abgeordnetenhause hierher gelange. Es sei aber nicht richtig, wenn der Finanzminister behaupte, durch Annahme des Etats des Abgeordnetenhauses billige man auch die dort vorgenommenen Absetzungen. Dies sei nicht die Ansicht der Amendementsteller; dieselben nehmen vielmehr, trotzdem sie die Absetzungen mißbilligen, den Etat an, weil sie sich hierzu rechtlich und sittlich für verpflichtet halten, rechtlich durch die Verfassung, sittlich, weil der Schaden der Absetzung minder groß sei, als die Ablehnung des ganzen Etats. Er müsse ferner weiter gehen, als der Finanzminister, und eine Verpflichtung der Staatsregierung anerkennen, ein Budget zu Stande zu bringen; die Regierung dürfe sogar vor dieses Haus überhaupt gar nicht treten ohne eine Verständigung mit dem andern Hause über einen Budgetentwurf. Das gegenwärtige Verfahren sei ein anomales und im Widerspruch mit Sinn und Geist der Verfassung. Die Regierung habe aus der Finanz- und Heeresfrage eine Verfassungsfrage, einen staatsrechtlichen Konflikt gemacht, über den namentlich der Justizminister sich auszulassen Ursache hätte. Im Lande herrsche der Konflikt nicht wegen einer Finanz- oder Heeresfrage, sondern darum, daß man mit Richtung und Maaßregeln der Regierung nicht einverstanden sei, weil man glaube, daß diese Regierung dem Lande und Staate nicht heilsam sei. Der Finanzminister habe eine Seite der Verpflichtung der Regierung zur Zustandebringung eines Etats nicht berücksichtigt. Wenn die Regierung Absetzungen an ihrem Etat erfahre, so bleibe ihr das Mittel der wiederholten Auflösung des Abgeordnetenhauses; sei dies erfolglos, so müsse das Ministerium zurücktreten, so fordere es der Geist der Verfassung, der ein Verständniß zwischen Regierung und Landesvertretung nothwendig erfordere. Die vorliegende Hauptfrage angehend, wolle Redner mit seinen Freunden Annahme der Vorlage, wie sie das Abgeordnetenhaus beschlossen, zugleich aber die Zusage, die Reorganisationskosten in Zukunft zu bewilligen. Das Abgeordnetenhaus habe für Kriegs- und Marineministerium 40 Millionen Thaler ungefähr bewilligt, damit sei die Regierung im Stande auszukommen, und wenn man wegen gestrichener 5 Millionen das ganze Budget verwerfe, so bringe dieses Haus selbst die Regierung in eine schlimme Lage, denn der Regierung würde es viel leichter sein, die nachträgliche Genehmigung für 5 Millionen, als 140 Millionen zu erhalten. Die Verwerfung des Budgets sei wider die Verfassung, treibe die Regierung zu Staatsstreichen und diene weder der Krone, noch dem Heere. Nur aus Parteihaß aber gegen die im andern Hause herrschende Richtung das Budget des anderen Hauses zu verwerfen, stehe doch zu allerletzt diesem Hause zu. Er warne vor Verwerfung aus dem Motive des Parteihasses, der, fortgesetzt, wie er auch in diesem Hause bisher gepflegt worden sei, nothwendig zu dem Ruin des Landes führen müsse. Die Lage des Landes lege der Regierung gebieterisch die Pflicht auf, eine Lösung des Konflikts zu versuchen und Koncessionen zu gewähren, welche gewiß im Lande bei den ihr bisher entgegenstehenden Richtungen Boden gewinnen würden.

Herr v. Kleist-Retzow: Wenn der Vorredner davon gesprochen, daß er und seine politischen Freunde sich grundsätzlich von den Berathungen fern halten, weil sie sich keinen Erfolg für ihre Bestrebungen versprechen, so bedaure ich das, und ich kann versichern, daß die Majorität ihnen nicht feindlich gesinnt ist, sondern im Gegentheil ihnen ein Gefühl der Liebe und der Zuneigung entgegenträgt. Wenn Sie es indeß vorziehen, zu schweigen und von dieser Tribüne aus ihre Meinung in das Land zu tragen, so muß ich annehmen, daß Ihnen der Glaube an Ihre Sache fehlt. Was sollten denn die wenigen konservativen Abgeordneten thun? Ich habe mich über manche antidemokratische Aeußerung des Hrn. Hasselbach gefreut, bin aber zugleich über den Widerspruch zwischen seinen Worten und Thaten schmerzlich betrübt. Er hat monarchisch angefangen und damit geschlossen, die Regierung solle nachgeben. Wir sehen auch nicht so trostlos in die Zukunft, wie er, denn wir haben Glauben an die Sache, die wir vertreten, und sind daher freudig gestimmt. Ich nehme noch den Standpunkt ein, den ich vor 2 Jahren eingenommen habe. — Das Herrenhaus hat durch die Lebenslänglichkeit seiner Mitglieder eine Kontinuität erlangt, die weit über die Lebensdauer der Legislaturperioden des anderen Hauses hinausgeht, und es ist daher verpflichtet, von einem einmal gefaßten Beschlusse nicht ohne genügende Gründe abzugehen. Es kommen aber materielle Gründe im vorliegenden Falle hinzu, um uns zur Aufrechthaltung des vorjährigen Beschlusses zu veranlassen. Es ist dies zunächst der verfassungswidrige Beschluß des Abgeordnetenhauses vom vorigen Jahre, daß die Annahme des Regierungsbudgets unsererseits null und nichtig sei, verfassungswidrig, weil es gegen Artikel 62 der Verfassung verstößt. Durch die Art der Uebersendung des Etatsgesetzes hat ferner der Präsident des anderen Hauses die Wiederholung unseres Beschlusses zu erschweren gesucht. Die Verfassung sagt allerdings, daß das andere Haus den ersten Beschluß über den Etat zu fassen habe, sagt aber nicht, das Herrenhaus habe den letzten Beschluß zu fassen. — Materiell ist allerdings seit dem vorigen Jahre der Konflikt verschärft worden, der von Anfang an kein militairischer Konflikt war. Niemals hat das Abgeordnetenhaus als solches die Rücknahme der Reorganisation verlangt. Diese hat sich bei der polnischen Grenzbesetzung, bei dem Ausrücken nach Schleswig vortrefflich bewährt, und ich stehe nicht an, das Verlangen der Rücknahme der Reorganisation offenen Landesverrath zu nennen. Redner geht nun auf die seiner Ansicht nach eigentlichen Motive der Streichung der Reorganisationskosten ein und verweist in dieser Beziehung auf den Beschluß des Abgeordnetentages zu Frankfurt, durch alle gesetzlichen Mittel, d. h. also durch Ausübung der ihnen zustehenden Rechte bei der Budgetberathung die Regierungen zu nöthigen, die dort beschlossene Politik zu befolgen. Preußische Abgeordnete hätten sich auch dabei betheiligt und so zur Demüthigung ihres eigenen Vaterlandes die Hand geboten. Man hat das Budgetrecht des Landtages so ausgelegt: das Abgeordnetenhaus spreche im Namen der Steuerzahler die Bewilligung aus, das Herrenhaus sage das fiat, und die Krone ertheile sodann ihre Sanktion. Auf diese Weise wird dem Herrenhause und der Krone die entwürdigende Stellung des Kopfnickens einer indischen Pagode zugewiesen. Dagegen müssen wir an unserer Ansicht festhalten. Wir gehen bei jedem Gesetz auf die Regierungsvorlage zurück, doppelt ist dies bei dem Staatshaushaltsetatgesetz unsere Pflicht. Kommt kein Etatsgesetz wegen Mangels der Uebereinstimmung der drei Faktoren zu Stande, dann tritt das alte Recht des Landes ein, daß der König als bonus pater familias für die Erhaltung des Staates allein zu sorgen hat. Ich betrachte diesen Zustand als einen abnormen, und daher halte ich es für Pflicht, auf die Regierungsvorlage zurückzugehen, um dadurch der Regierung eine Stütze zu geben. Auf diese Weise können wir den Konflikt durch Besiegung der Gegner beendigen. Ich bin gegen jede Beendigung des Konflikts durch Nachgiebigkeit; deshalb trete ich auch dem Antrage des Herrn Hasselbach entgegen. Derselbe bindet die Regierung an einen unvollständigen, von ihm selbst als nicht ausführbar anerkannten Staatshaushaltsetat; was er giebt, ist Wind, nichts als Wind, denn er kann keine Garantie von Seiten des anderen Hauses geben, daß dasselbe auch später die Reorganisationskosten bewilligen wird.

Nach einer weiteren Kritik der Ansicht des Abgeordnetenhauses über das Budgetrecht fährt der Redner fort: Es handelt sich jetzt nicht mehr um den Konstitutionalismus, sondern um die verführerische Lehre der Volkssouveränität, als deren Träger das andre Haus betrachtet wird. Man darf einem Parlamente nicht nachgeben, von dessen Tribüne aus Diener des Königs öffentlich zur Steuerverweigerung auffordern, das wegen Hochverraths inhaftirte Mitglieder freizulassen gewagt hat. (Bravo.) Wenn nicht die patriarchalische Gesinnung des Landes uns davor bewahrt hätte, dann ständen wir schon längst vor dem Abgrunde, wären wir dem Despotismus verfallen. (Bravo.) Ich kann auch nicht zugeben, daß nur, wie ebenfalls gesagt worden, die Wahl zwischen Nachgeben oder Verfassungsbruch noch vorhanden ist. Es giebt hier kein entweder — oder. Durch Nachgeben gerade würde die Verfassung gebrochen werden. Sie würde gebrochen werden, wenn wir zugeben, daß sich der König die Wahl seiner verantwortlichen Rathgeber vom andern Hause vorschreiben lassen soll. — Insofern ist allerdings die Lage schlimmer als 1848, weil die frühere Regierung selbst zur Herbeiführung derselben beigetragen hat. Deshalb muß aber eben die Regierung Geduld haben mit dem irre geleiteten Volke, bis dieses Glauben an die Regierung erlangt. Sie braucht nur im Innern so aktiv vorzugehen, wie sie seit einigen Jahren in der auswärtigen Politik vorgegangen ist, und alle geistigen Kräfte des Landes um sich zu sammeln, dann werden alle Schwierigkeiten schneller vergehen, als der Märzschnee schmilzt. Das Volk wird ihr zujauchzen. Unterstützen wir die Regierung auf diesem Wege der Pflicht und des Ruhmes durch Annahme der Kommissionsanträge. (Lebhaftes Bravo.)

Professor Schubert: Ich gehe von der Anerkennung aus, daß Preußen seine Größe und seinen Ruhm seinem Fürstenhause verdankt, aber ich erachte die von dem vorigen und dem gegenwärtigen Könige beschworene Verfassung, das Grundgesetz des Landes, für das Fundament unseres Staatslebens, gegen dessen einzelne Artikel ich so lange nicht sprechen und stimmen werde, als sie sich darin befinden. Damit ist meine Stellung zur Sache genügend bezeichnet. Ich schließe mich dem Antrage der Herren Baumstark und Hasselbach an, weil er geeignet ist, die Vermittlung mit dem andern Hause herbeizuführen. Dem zweiten Vorschlage der Budgetkommission beizutreten, fühle ich mich außer Stande, weil er meiner Ueberzeugung nach dem Art. 62 der Verfassungsurkunde widerspricht. Ich bin durchaus nicht mit allen Absetzungen des Abgeordnetenhauses, namentlich nicht der Kosten der Reorganisation, der ich durchaus nicht entgegen bin, einverstanden. Wenn aber das Abgeordnetenhaus $^{24}/_{25}$ der Ausgaben bewilligt und alle Verwaltungszweige reichlicher als je bedacht hat, dann will ich nicht die Verantwortung für die Verwerfung auch dieser $^{24}/_{25}$ übernehmen. Durch die Verwerfung genehmigen Sie nicht die Reorganisation; der budgetlose Zustand erstreckt sich dann über alles. Nichts ist der Art ein Agitationsmittel für die Fortsetzung dieses Konflikts, als dieser budgetlose Zustand. — Einer neuen Vorlage Seitens der Regierung steht nichts entgegen im Sinne des von meinen Freunden eingebrachten Antrages. Für die Anträge der Kommission kann ich nicht stimmen.

Herr Hasselbach berichtigt thatsächlich, daß er nicht, wie Hr. v. Kleist-Retzow meine, der Regierung Wind gebe, sondern er gebe ihr hundert und einige dreißig Millionen; Herr v. Kleist gebe ihr grade Wind dadurch, daß er das ganze Budget verwerfe. (Heiterkeit.)

Herr v. Kleist-Retzow: Der Wind habe sich nur auf die 5 Millionen bezogen.

Graf Arnim-Boytzenburg: Der Redner kritisirt sehr ausführlich das Verfahren des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, welcher die Beschlüsse jenes Hauses einfach hierher habe gelangen lassen, ohne sogar mitzutheilen, auf welche Weise diese Beschlüsse zu Stande gekommen seien. Das Haus wäre berechtigt gewesen, über diese Notifikation einfach zur Tagesordnung überzugehen, die Kommission habe dies aber nicht befürwortet, vielmehr die gehörige Regelung der Budgetberathung durch Verbindung mit der Staatsregierung ermöglicht, nur um dem andern Hause zu zeigen, wie es von jeder Animosität gegen dasselbe fern sei und auch nicht dadurch verletzt sei, daß man dort den Beschluß dieses Hauses über den vorjährigen Etat einen Streich in die Luft genannt hat, während es dem Redner doch scheine, als sei die Luft noch jetzt von diesem Streiche erschüttert. Der Abgeordnetenetat sei zweifellos unannehmbar auch für die Amendementssteller selbst; die Annahme jenes Etats, welche das Amendement empfehle, stehe im Widerspruche damit, daß man denselben für unannehmbar erkläre, und über diesen Widerspruch helfe die angehängte Resolution nicht fort. Der Finanzminister stelle eine motivirte Budgetablehnung als möglich hin, aber eine Budgetverwerfung bleibe es doch immer, und jede Budgetverwerfung sei ein revolutionärer Schritt, den das Herrenhaus nicht thun dürfe. Einem von Regierung und Abgeordnetenhaus acceptirten Budget würde das Herrenhaus sich nicht entgegenstellen dürfen, hier aber, wo das Abgeordnetenhaus der Regierung durch sein Budgetrecht das Regieren unmöglich machen wolle, dürfe man jenem Hause nicht zustimmen. Die Schuld des gegenwärtigen Konflikts beruhe bei dem Ministerium der neuen Aera; daß es damals die Armeeorerganisation geschaffen ohne gesetzliche Ordnung, sei ein gewagter, nicht zu rechtfertigender Schritt gewesen; rückgängig aber könne dieser Schritt nicht mehr gemacht werden. Die Reorganisation müsse erhalten werden, und werde diese Sache im Budget und Gesetz geregelt, so ist Redner überzeugt, die Regierung würde in Zukunft das Budgetrecht der Landesvertung gewissenhaft achten und sich ihm fügen. Eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhause müsse aufgegeben werden; nur das Land könne und müsse aufgeklärt werden. Schließlich kommt der Redner auf den Satz: „Recht vor Macht" und setzt demselben entgegen: „dem Mißbrauch des Rechts habe die Macht entgegenzutreten". So liege die Sache dem Abgeordnetenhause gegenüber, welches nur Mißbrauch seines Rechtes treibe. Das Land müsse dem Abgeordnetenhause diesen Mißbrauch untersagen. (Beifall.)

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Hr. v. Waldaw-Steinhöfel (persönlich): Wenn die Verfassung im Sinne des Hrn. Baumstark ausgeführt würde, so müßte er sich allerdings gegen die Verfassung und für die Erhaltung des Staats erklären.

Bei der Specialdiskussion befürwortet Graf Gröben mit Wärme den oben mitgetheilten Antrag wegen der Diäten der Abgeordneten. — Hr. v. Senfft-Pilsach findet, die Ausführungen des Vorredners hätten viel für sich, aber in der Verfassung stehe: „die Mitglieder des Abgeordnetenhauses erhalten Diäten"; der Kommissionsantrag sei daher eine Art Widerspruch gegen die Verfassung und man möge das Odium des Verfassungsbruches doch ausschließlich der Fortschrittspartei lassen.

Auch Hr. v. Bernuth und Graf Arnim sprechen sich mit Bezug auf die Verfassung gegen den Antrag aus: Letzterer hebt hervor, schicklicher Weise dürfe das Herrenhaus überhaupt in dieser Frage nicht die Institiative ergreifen. — Herr von Kleist-Retzow für den Antrag: Die Verfassung spreche nicht dagegen, denn nach den betreffenden Worten stehe der Zusatz: „nach Maßgabe des Gesetzes"; da nun ein die Diäten regelndes Gesetz nicht bestehe, so sei die Zahlung von Diäten ein Verfassungsbruch, den das Herrenhaus nicht billigen dürfe. Redner ergeht sich darauf in begeisterten Worten über die Blüthe einer selbstständigen Arristokratie und in Ausfällen gegen Herrn Hasselbach und das Abgeordnetenhaus, dem man es legen müsse, daß es sich hier jedes Jahr sechs Monate amisüren — Herr von Zander aus Rücksichten des Anstandes, der eine Einmischung in die interna des anderen Hauses verbiete, gegen den Antrag. — Hr. Götze: Es fehle an einem Gesetze über die Diäten, und der Antrag enthalte eine Nöthigung für die Regierung, ein solches Gesetz herbeizuführen. — Der Antrag wird darauf mit schwacher Majorität abgelehnt.

Ohne Diskussion wird ein Antrag der Kommission angenommen, der die Verbesserung der Löhne der Unteroffiziere und Soldaten als wünschenswerth anerkennt, aber diese Sache vertrauensvoll in die Hände der Regierung legt.

Endlich folgen die Hauptabstimmungen. Der Brünneck-Hasselbach'sche Antrag wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt. Gegen denselben stimmt der Herr Professor Tellkampf. Die Ablehnung des Etats des andern Hauses erfolgt mit großer Majorität. Vor der Abstimmung wegen Wiederherstellung des Regierungsetats erklärt der Herzog von Ujest unter Hinweisung auf seine Auslassung vom 11. Oktober 1862, daß er und seine politischen Freunde gegen diese Herstellung stimmen werden. Bei Namensaufruf wird dann die Herstellung des Regierungsetats mit 58 gegen 17 Stimmen beschlossen; dagegen stimmen der Herzog von Ratibor, Schubert, Tellkampf, Graf York, v. Zander, Baumstark, Berndt, v. Bernuth, Beier, Blömer, Brünneck, v. Gruner, Hasselbach, Herzog v. Ujest u. a. — Der Abstimmung enthalten sich sechs Mitglieder: Graf Rittberg, Fürst Radziwill, Heffter, Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen u. a. — Damit schließt die Sitzung um 4 Uhr. Nächste Sitzung wahrscheinlich Montag.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 23. Januar. [31. Sitzung.] Die Tribünen sind spärlich besetzt, am Ministertische befindet sich Niemand.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um $10^3/_4$ Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Es sind abermals Adressen in Betreff Schleswig-Holsteins eingegangen. — Demnächst theilt der Präsident ein Schreiben des Ministers des Innern, betreffend die vom Hause beanstandeer Wahl im Kreise Jüterbogk-Luckenwalde mit, woraus hervorgeht, daß der Minister in Folge wiederholter Anfrage des Präsidenten Beschleunigung der Sache angeordnet habe, dieselbe bis jetzt aber noch nicht erledigt sei. — Hinsichtlich der heutigen Tagesordnung hat der Kriegs- und Marineminister dem Präsidenten schriftlich angezeigt, daß er in Folge dienstlicher Abhaltung ersuchen müsse, den ersten Gegenstand derselben (Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienste), wenn nicht ganz abzusetzen, so doch auf eine spätere Stunde zu verlegen, indem er nicht vor 2 Uhr werde erscheinen können, und seine Anwesenheit bei der Behandlung dieses Gegenstandes doch wohl in beiderseitigem Interesse liege. Der Präsident hat in Folge dessen dem Kriegsminister mitgetheilt, daß er die außerdem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände zuerst zur Diskussion bringen und dem Hause anheimstellen werde, nach Beendigung derselben sich bis 1 Uhr zu vertagen, um alsdann den betreffenden Gesetzentwurf in Berathung zu nehmen; eine gleiche Anzeige ist dem Staatsministerium, dem Finanzminister und den Berichterstattern gemacht worden. Er stelle nunmehr dem Hause anheim, ob Nr. 1 der Tagesordnung für heut abzusetzen oder nur bis 1 Uhr zu vertagen sei, und ob sofort in die Berathung über die folgenden Gegenstände eingetreten werden solle. Meine Herren, fährt der Präsident fort, was diesen Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienste betrifft, so bin ich der Meinung, daß derselbe, nachdem er uns drei Jahre hindurch beschäftigt hat, endlich wirklich erledigt werden müsse. Dieser Gesetzentwurf ist das Alpha und Omega unseres Verfassungs-Konfliktes (sehr richtig), und ich meine, das Haus muß endlich einen Ausspruch in dieser Sache thun (sehr wahr). Der vorliegende Bericht ist der Art, daß er in den Händen jedes Urwählers sein sollte, damit Jedermann sehen könne, auf welche Weise diese Angelegenheit und wahrlich nicht zum Nachtheile des Abgeordnetenhauses verzögert und zu solchen Dimensionen angewachsen ist. Heut steht der Gegenstand auf der Tagesordnung, und wir wissen nicht, wie lange wir noch beisammen sein werden, um ihn noch berathen zu können. Es hat sich seit einigen Jahren die Sitte geltend gemacht, den Präsidenten dieses Hauses nicht vorher davon in Kenntniß zu setzen, wenn eine Versagung, Schließung oder Auflösung unsers Hauses stattfinden soll (hört! hört!) Daß der Herr Kriegsminister persönlich anwesend sein will, ist ein ganz gerechtfertigtes Verlangen, und ich schlage deshalb Vertagung bis 1 Uhr vor, wenn bis dahin die beiden anderen Gegenstände erledigt sein sollten. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die Abgd. Dr Waldeck, Osterrath, Graf Schwerin, v. Unruh, v. Rönne und v. Bockum-Dolffs betheiligten, beschließt das Haus, Nr. 1 der Tagesordnung bis 1 Uhr zu vertagen, und sofort in die Berathung der Nr. 2 und 3 einzutreten. In Bezug auf die späte Eröffnung der heutigen Sitzung bemerkt der Präsident, daß er so lange gezögert habe, weil kein Regierungskommissar anwesend sei und ihm die Anwesenheit derselben doch wünschenswerth erscheine.

Das Haus tritt nunmehr in die Berathung über den Kommissionsbericht in Betreff der Bemerkungen der Oberrechnungskammer zu den allgemeinen Rechnungen der Jahre 1859, 1860 und 1862 ein. — Bald nach Eröffnung der Verhandlung treten die Regierungskommissare Geh. Rath Hegel und Geh. Finanzrath Mölle ein. — Die Kommission hat folgenden Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die k. Staatsregierung aufzufordern, die Bemerkungen der Oberrechnungskammer zu den allgemeinen Rechnungen der Jahre 1859, 1860 und 1861 dahin ergänzen zu lassen, daß auch die Bemerkungen der Oberrechnungskammer über diejenigen erheblichen Mängel in der Verwaltung, welche aus Veranlassuag der Prüfung der Rechnungen entdeckt worden sind, sowie über diejenigen Abweichungen von den gesetzlich festgestellten Staatshaushaltsetats und von den denselben zu Grunde liegenden Etats und Nachweisungen, welche etwa durch Allerhöchste Ordres schon vor der Rechnungsrevision justifizirt worden sind, der Landesvertretung mitgetheilt werden."

Referent Abg. Dr. Virchow: Der vorliegende Gegenstand sei nicht von sekundärer Bedeutung, wie von einer Seite behauptet worden. Der Antrag der Kommission betreffe schwere Schäden unseres Staatslebens, die leicht zu bedeutenden Konflikten führen könnten, und bezwecke denselben abzuhelfen. Es handle sich hier um einen Punkt von primärer Wichtigkeit, der mit dem seiner Bedeutung entsprechenden Ernst zu behandeln ist; es handle sich darum, eine wirksame Kontrolle des Staatshaushalts herzustellen, und bitte er deshalb um Annahme des Kommissionsantrages. — Abg. Michaelis: Ein früher sehr verehrtes Mitglied des Abgeordnetenhauses (Kühne) habe gesagt, die ganze Rechnungsprüfung, wie sie bis jetzt geschehen, sei eigentlich nur

(Fortsetzung in der Beilage.)

Komödie, da die Oberrechnungskammer in vielen Fällen die Rechnungen für richtig erklären müsse, weil sie später durch eine Kabinetsordre justifizirt seien. Der Kommissionsantrag bezwecke, daß schon vor Erlaß eines Gesetzes über die Oberrechnungskammer eine Aenderung eintrete. Die Mittheilung der in dem Antrage verlangten Bemerkung sei die Kommission nach Artikel 104 der Verfassungsurkunde zu fordern berechtigt; erst durch Erfüllung dieses Antrages werde die Landesvertretung in der Lage sein, darüber zu urtheilen, ob sie vorläufige Decharge ertheilen könne, ehe noch das Gesetz über die Oberrechnungskammer erlassen sei. Eine wirkliche Decharge könne sie überhaupt vor Erlaß dieses Gesetzes gar nicht ertheilen. — Abg. Reichenheim: Er mache das Haus auf den Passus des Antrages aufmerksam, wo von den Etats und Nachweisungen, welche etwa durch Allerhöchste Ordres schon vor der Rechnungsrevision justifizirt worden sind, die Rede ist. Er verwahre sich auf Grund der Verfassung gegen eine derartige Justifikation, die einer Hineintragung des Absolutismus in den Konstitutionalismus gleichkomme. Die Instruktion vom 18. Dezember 1824 sei nur so weit in Geltung, als sie nicht der Verfassung widerspreche, wie Artikel 106 derselben lehre. — Abg. v. Benda motivirt seine Abstimmung gegen den Antrag damit, daß er die Resolution für unausführbar halte, so lange kein Gesetz über die Oberrechnungskammer zu Stande gekommen sei. — Abg. Osterrath glaubt, daß die Resolution nicht den beabsichtigten Zweck erreichen werde und würde es für besser halten, daß der Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes über die Oberrechnungskammer wiederholt werde. — Regierungskommissar Geh. Finanz-Rath v. Mölle erklärt die Ausführung der Resolution für unthunlich. Die Rechnungen von 1860 und 1861 seien bereits dechargirt und die Beläge zurückgegeben, so daß es schwer sein würde, auf dieselben zurückzukommen und der Oberrechnungskammer die Anweisung zur nochmaligen Durchsicht sämmtlicher Rechnungen zu ertheilen. Dem Abg. Reichenheim gegenüber bemerke er, daß die Regierung die Bestimmungen des Staatshaushaltsgesetzes wohl für maaßgebend und die Uebertragung von einem Titel zum andern nicht für zulässig halte. — Abg. Michaelis: Der Abg. Osterrath meine, daß das mit dem Antrage beabsichtigte Ziel nicht werde erreicht werden; thatsächlich aber stehe doch fest, daß die früheren Anträge des Hauses auf Vorlage des Gesetzes über die Oberrechnungskammer keinen Erfolg gehabt hätten, und deshalb solle man jetzt diese Forderung stellen. Die Landesvertretung müsse sich die Ueberzeugung zu verschaffen suchen, daß die Rechnungen richtig sind, um pflichtmäßig Decharge ertheilen zu können. Der Antrag bezwecke, diese Ueberzeugung zu verschaffen und die Regierung in die Lage zu versetzen, daß sie selbst das Zustandekommen eines Gesetzes über die Oberrechnungskammer wünschen muß.

Abg. Virchow: Von einem Tadel über die früheren Budgetkommissare sei keine Rede: es solle nur ein Beschluß gefaßt werden, der diese Angelegenheit endlich zur Erledigung bringen sollte. Es seien schon viele Resolutionen auf Erlaß von Gesetzen gefaßt, ohne Erfolg und deshalb müsse das Haus hier sein verfassungsmäßiges Recht üben, und die Decharge ertheilen. — Abg. Dr. Lette fragt, ob in den Jahren 1859 und 60 Abänderungen des Etats durch Kabinetsordre vorgekommen seien. In diesem Falle würde das Haus in seinem Rechte sein, wenn es den Kommissionsantrag genehmige. — Abg. v. Benda: Es würde consequent sein, wenn das Haus die Etats so lange verweigerte, bis das Oberrechnungskammergesetz zu Stande gekommen sei. Der Resolution könne er sich nicht anschließen, weil er sich keinen Erfolg von derselben verspreche. — Abg. Reichenheim: Grade die Ausführung des Vorredners spreche für den Kommissionsantrag. Die Decharge müsse verweigert werden, bis erreicht sei, was jetzt erreicht werden kann. Der Kommissiosantrag enthalte nichts Unmögliches; das Haus müsse dahin streben, daß die Rechnungen klar seien, damit es mit voller Gewissenhaftigkeit die Decharge ertheilen könne. — Regierungskommissar: Die Rechnungen 1859—61 träfen nicht das gegenwärtige Ministerium, und habe dasselbe somit auf die Verwaltung jener Jahre nicht den geringsten Einfluß gehabt. Ob und welche Justifizirung von Etatsüberschreitungen durch Allerhöchste Kabinetsordres vorgekommen seien, darüber könne er keine Auskunft ertheilen. — Die Diskussion wird geschlossen. — Der Berichterstatter Abg. Virchow warnt vor der vom Abg. v. Benda angerathenen Verweigerung des Etats, da dies ein ungesetzlicher Weg sei. Die Verfassung verpflichte das Haus zur Prüfung der Rechnungen und habe dasselbe auch das Recht, alle Aufklärung zu fordern. Seit 2 Jahren erhalte das Haus solche Bemerkungen der Oberrechnungskammer, aber jedermann könne sich überzeugen, ob dieselben ausreichten. Der größte Theil der Bemerkungen sei ganz werthlos. Bei dieser Gelegenheit lerne man, wie das Oberrechnungskammergesetz gemacht werden müsse und das Gesetz werde deshalb jetzt auch korrekter festgestellt werden können, als im Jahre 1862. Es werde keine so unendliche Mühe verursachen, aus den ministeriellen Akten die Fälle auszuziehen, um die es sich handle. Der Regierungskommissar habe auch nicht gesagt, daß die Ausführung des Antrages unmöglich sei, sondern er habe stets die Wendung gebraucht; sie sei fast unmöglich. Der Antrag wolle die Ordnung des Finanzwesens erhalten, welche so lange eine Zierde des preußischen Staates gewesen. Die Regierung habe nicht positiv erklärt, daß sie den Antrag nicht ausführen werde und der Ausspruch des Hauses werde wohl einigen Einfluß ausüben. — Bei der Abstimmung wird der Antrag mit großer Majorität angenommen und ist dieser Gegenstand der Tagesordnung damit erledigt.

Das Haus tritt in die Berathung des dritten Gegenstandes der Tagesordnung ein: Vorbericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über die Rechnung der Rendantur des Staatsschatzes pro 1860 und 61. Die Kommission beantragt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung auf Grund des Art 99 der Verfassung aufzufordern, bei Vorlegung des Staatshaushaltsetats vom Jahre 1865 ab den Voranschlag für die Rendantur des Staatsschatzes in den betreffenden Etats ersichtlich zu machen." — Abg. Dr. Lette für den Antrag; indeß leuchte ihm nicht ein, wie es möglich sein solle, hinsichtlich der Ueberschüsse und zufälligen Einnahmen, welche in den Staatsschatz fließen, einen Voranschlag aufzustellen. — Der Regierungskommissar bekämpft den Antrag. Ein Voranschlag, wie die Kommission ihn voraussetze, existire nicht, sondern es gebe da nur eine Autorisation, eine Anweisung für die Einnahmen und Ausgaben, welche in den Rechnungen vorgetragen werde; sämmtliche Einnahmen des Staatsschatzes fielen übrigens außerhalb des Staatshaushaltsetats, da man nie vorauszwissen könne, was aus den einzelnen Departements dem Schatze zufließen werde. — Abg. Virchow will aus diesen Erklärungen konstatiren, daß, was früher, selbst auf Grund königl. Verfügungen, als unzweifelhaftes Recht des Hauses gegolten, nunmehr, in Hrn. v. Bismarcks Namen, demselben in Abrede gestellt werde: „es habe mit den Spezialetats und den Nachweisungen nichts zu thun," — während die königl. Verfügung von 1862 noch anerkenne, daß alle Etats auch Gegenstand der Prüfung des Hauses sein können, bei den Rechnungen ebensowohl, wie schon vorher bei dem Budget. Hier zum ersten Male erkläre die Regierung, von einer Finanzkontrole stehe Nichts in der Verfassung. Es sei dies ein Zeichen, wie nunmehr auch in der Finanzverwaltung jene über alle verfassungsmäßigen Rechte hinausgehende Interpretationskunst Platz gegriffen habe.

Der Regierungskommissar erklärt, er vertrete nur die Verwaltung des Staatsschatzes; im Uebrigen erkenne die Regierung hinsichtlich dieses Antrages ihre Verpflichtung nach Art. 99 der Verf. Urkunde an, und weiche nur hinsichtlich des zweiten Antrages von den Ansichten der Kommission ab, wo sie aber ebenfalls der Landesvertretung nicht die Kontrole überhaupt weigere, sondern nur jede Art von Kontrole. — Abg. Stavenhagen gegen die Kommission: Absolute Korrektheit müßte einen Voranschlag fordern; da ein solcher doch nur Schein und etwas rein Formelles, also durchaus Unerhebliches sein könnte, so bitte er das Haus, gegen den Antrag zu stimmen, weil durch ihn doch Nichts erreicht werde. — Abg. v. Bockum-Dolffs für den Antrag: Die Landesrechte müssen nach allen Richtungen hin wahrgenommen werden, so lange das Haus beisammen sei; den Staatsschatz zu kontroliren, sei eine ganz bestimmte Aufgabe desselben. — Abg. Dr. Lette: Nur der zweite Antrag sei eigentlich von Wichtigkeit, weil unter einem Bestande von 20 Millionen im Staatsschatze sich vielleicht 10 Millionen faule Aktiva vorfinden möchten.

Der Regierungskommissar: Nur durch die Rechnungen, nicht durch die Etats könne das Haus sich die nöthige Einsicht verschaffen. Auch über die wahren Bestände des Staatsschatzes sei ja Seitens der Rendantur genügende Auskunft zugesagt.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Lette entgegnet der Berichterstatter, Abg. Reichenheim dem Abg. Stavenhagen, was durch den Antrag erreicht werde, sei dies, daß durch ihn Art. 99 der Verfassung zur Wahrheit gemacht werde. Uebrigens habe im Jahre 1849 der Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) und Viebahn dieselbe Forderung gestellt, und sei dieser Weg damals allseitig als konstitutionell anerkannt worden. — Einen hiergegen von dem Regierungskommissar erhobenen Widerspruch weist der Berichterstatter zurück, worauf das Haus bei der Abstimmung den Kommissionsantrag mit bedeutender Majorität annimmt.

Der nächste Antrag der Kommission lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, 1) die königl. Staatsregierung aufzufordern, für die Prüfung der Rechnungen der Rendantur des Staatsschatzes pro 1860 und 1861 eine spezielle Nachweisung der ultimo 1861 verbliebenen Aktivforderungen und zwar a) der exigibelen, α) der zinstragenden von 1,232,229 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf., β) der nicht zinstragenden von 2,640,063 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf., in Summa 3,872,292 Thlr. 24 Sgr. 2 Pf., b) der inexigibelen, vor der Linie befindlichen Beiträge von zusammen 2,744,814 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf., in Summa 6,617,107 Thlr. 6 Sgr. 5 Pf. der Budgetkommission des Hauses vorzulegen; 2) bis zur Vorlegung der ad 1 erforderten Nachweisung die Ertheilung der Entlastung rücksichtlich der allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1860 und 1861 vorzuenthalten."

Der Regierungskommissar Hegel bemerkt dazu, die Regierung bedaure, daß die Kommission auf ihr Anerbieten, den beiden Referenten vertrauliche Einsicht in die Aktivforderungen ꝛc. des Staatsschatzes zu geben, nicht eingegangen sei. Die Referenten würden sehr gut über die Beschaffenheit und den Charakter der Aktivforderungen einen allgemeinen Bericht haben erstatten können. Die Regierung würde gern bereit sein, eine Vorlage dem Hause zu machen, sie müsse sich dies aber versagen, weil sie eine Pflicht gegen die Schuldner, deren Namen aufgeführt seien, habe, und weil sie nicht verhindern könne, daß deren persönliche Verhältnisse erörtert würden. Deshalb könne die Regierung nur die Ablehnung des Kommissionsantrages empfehlen. — Der Referent erwidert, daß er sich nur auf den Kommissionsbericht berufen und möglichst einstimmige Annahme des Antrages empfehlen wolle. — Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen, womit auch dieser Gegenstand erledigt ist.

Obgleich noch kein Minister und kein Regierungskommissar erschienen ist, tritt das Haus in die Berathung des Gesetzentwurfes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Es wird zunächst die Generaldiskussion eröffnet. Der Berichterstatter Abg. Dr. Gneist verzichtet auf das Wort.

Abg. Dr. Wantrup: In einer der vorigen Sitzungen ist von der andern Seite ausgesprochen worden: Wir lieben die Armee! Dieser Ausdruck hat uns Vergnügen gemacht, und wenn wir auch nicht die Lieferung von Socken als vollgültigen Beweis betrachten, so acceptiren wir doch gern diese Libe. Aber man kann die Armee auf verschiedene Weise lieben: der König liebt sie wie ein Vater den Sohn, das Volk wie ein Bruder den Bruder, wie die Schwester den Bruder (Allgemeine Heiterkeit); man kann sie aber auch lieben wie der Verführer die Jungfrau (stürmische, mehrere Minuten anhaltende Heiterkeit.) So wird sie von Denen geliebt, welche das Heer zu einem Parlamentsheer machen wollen. Meine Stellung zu dieser Frage ist bekannt; ich glaube nicht, daß die Landesvertretung den Einfluß auf die Armee haben darf, den sie verlangt. Der König ist der erste Kriegsherr und als solcher ist seine Stellung eine andere, als in andern Fragen. Die Bezeichnung Kriegsherr ist keine neue, sondern schon Friedrich II. habe ihn als Kronprinz gebraucht, und die Stellung des Königs als Kriegsherr ist durch die Verfassung in keiner Weise geändert. Die Armeeorganisation geht vom Könige als Kriegsherr aus, und sie ist keine Neuerung, sondern nur eine Wiederherstellung des alten Gesetzes. Der Redner geht darauf auf eine Vergleichung der jetzigen Armeeverhältnisse und der Kosten zu den früheren über, ohne dabei irgend etwas Neues vorzubrigen; ebenso enthalten seine Ausführungen in Bezug auf die Dienstzeit nichts von Interesse, er ist der Ansicht, daß die Stellvertretung vielleicht einzuführen sei. Die bei der jetzigen Mobilmachung vorgekommenen Verwendungen von Landwehroffizieren bei der Reserve sei schon früher vorgekommen und enthalte keine Alteration der Landwehr. Die liberale Partei wolle nur die Armee ruiniren, weil sie den Thron schütze, wie schon gestern der Herr Minister gesagt habe; aber wie früher die Nationalversammlung an ihrem Antrage gegen die Armee zu Grunde gegangen sei (Stein'scher Antrag), so werde dies auch diesmal geschehen. (Der Regierungskommissar Oberst Rose tritt ein.) Der Redner schildert darauf, um die Vortheile der Reorganisation zu zeigen, die Unbequemlichkeiten früherer Mobilmachungen und sucht zu entwickeln, daß eine Agitation auf die Soldaten nicht wirke, der Soldat bleibe Soldat und werde nie begreifen, daß man ein liberaler Beamter und zugleich ein Demokrat sein könne. (Heiterkeit.) Der Soldat halte an seiner militärischen Ehre fest und diese würde in Preußen nicht erschüttert. Die Reorganisation sei nicht gegen die Verfassung und wenn sie es auch wäre, der König ist nicht erst durch die Verfassung König geworden, und er und seine Partei werde stets die Armee zu seiner Stütze haben. Es ist gefährlich, die Armee anzugreifen.

Der Kriegsminister ist eingetreten.

Abg. Stavenhagen: Der Vorredner scheine mehr in der ars amandi bewandert als in der Militärfrage (Große Heiterkeit.). Die Regierungsvorlage stehe ganz auf dem Standpunkt von 1860, von Koncessionen bringe sie nichts. Das Gesetz von 1814 sei fortdauernd Rechtsbasis, etwaige unpublizirte Kabinetsordres hätten nicht die Kraft, dasselbe zu alteriren. Die zweijährige Dienstzeit genüge überall in ganz Deutschland, nur in Preußen nicht. Der Wunsch nach Stellvertretung bekunde am stärksten die Nichtbefähigung des Vorredners, über die preußische Armee zu sprechen (Bravo.); die Stellvertretung würde das Wesen des preußischen Heeres alteriren; lieber eine vierjährige Dienstzeit und länger. Dem auch vom Vorredner wieder citirten Verse des Kriegsministers („Noch steht sein Thron" u. s. w.) stelle er das Lied entgegen: „Nicht Roß, nicht Reisige sichern die steile Höh'" (Beifall.). — Redner beleuchtet dann das Vorgehen der Regierung ohne gesetzliche Regelung gegen die Beschlüsse des Hauses und nach diesem Vorgehen der Regierung mache man nun dem Hause sein Nein zum Verbrechen (Beifall.). — Abg. Graf Wartensleben besteigt die Tribüne, während er sonst vom Platze spricht: So könne er seinen Gegnern besser in's Auge schauen; hinter sich habe er den gegnerischen Präsidenten, den Jupiter tonans mit dem Donnerkeil. Als er sich bei diesen Worten besorgt umsieht, lächelt ihn Präsident Grabow freundlichst an. (große Heiterkeit.) Redner versichert darauf sein Preußenthum, und theilt seine Ansicht von der dreijährigen Dienstzeit mit, unter fortdauernder großer Heiterkeit. Der Redner schließt mit den Worten: Meine Herren, wir werden bald auseinander; ich hoffe, Sie nicht wiederzusehen! (Allgemeine Heiterkeit!)

Kriegsminister v. Roon: Es dränge ihn, in dieser ernsten Sache einige ernste Worte zu sagen. Der Gneist'sche Bericht sei bei aller Ausführlichkeit doch nur unvollständig; die darin enthaltene pragmatische Darstellung des historischen Verlaufs der Militairfrage sei einseitig, nicht unparteiisch genug; dies im Einzelnen nachzuweisen, behalte er sich vor. — Der Kriegsminister giebt darauf vom Standpunkte der Regierung aus eine Rekapitulation des ganzen Verlaufs der Militairfrage seit 1860, in allen ihren so vielfach besprochenen Momenten und Stadien; nach dieser Darstellung hat die Regierung durchweg im guten Glauben gehandelt und ist bei der Aufrechterhaltung der Reorganisation durch verschiedene Vorgänge im Hause sogar bestärkt worden; gegenwärtig ist die Reorganisation in keiner Weise mehr rückgängig zu machen; eine Verständigung hält der Minister in diesem Augenblicke für unmöglich; seitdem die Majorität keinen anderen Zweck mehr habe, als den Sturz der Minister, habe er gar nicht das Vertrauen mehr, auch nur mit Vorschlägen zu einer Verständigung hervorzutreten. — Auf die eigentlichen Details gehe der Gneist'sche Bericht gar nicht ein; er brauche daher auch sich nicht näher darauf einzulassen. Ueber die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit wolle er nur bemerken, daß die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit eine seiner Lebensüberzeugungen sei. Man berufe sich in dieser Beziehung wiederholt auf die Gutachten der kommandirenden Generale vom Jahre 1832; diese Konferenz habe aber nur berathen sollen, ob man die zweijährige Dienstzeit versuchsweise, zur Abstellung eines damals vorliegenden Uebelstandes in der Armee, einführen könne, und diese Frage sei damals bejaht worden. Damals seien aber auch viel mehr Kapitulanten gewesen als jetzt. — Das Beispiel der anderen, kleineren deutschen Staaten könne doch, wie er gegen Stavenhagen bemerkt, für die preußische Armee nicht maßgebend sein. — Die Reorganisation sei nichts anderes, als unsere alte Militairverfassung, nur mit einigen Modifikationen. (Heiterkeit.) Der Standpunkt der Regierung sei der alte; die Regierung würde einen anderen Standpunkt einnehmen können, wenn sie andere Wahrnehmungen zu machen Gelegenheit gehabt hätte. Die Reorganisation sei keineswegs von der Regierung ausgeführt, um dem Landtage irgend ein ihm zustehendes Recht zu verkümmern; nachdem aber die Reorganisation einmal eingeführt sei, so könne die Regierung unmöglich einer Auffassung weichen, die lediglich eine einseitige sei, Spezielleres behalte er sich vor.

Abg. Dr. Waldeck: Die Ausführungen des Kriegsministers, deren ruhiger und gemessener Ton ihn erfreut, sollen die Staatsregierung besonders gegen den Vorwurf der mala fides verwahren, allein wenn man 1862 für definitiv erkläre, was 1860 blos für provisorisch galt, da könne kein „guter Glaube" sein. Die Regierung habe kein Gesetz vorgelegt und dadurch das Haus gezwungen, sich allein auf sein Budgetrecht zu stellen, und wenn von jener Seite immer nur wiederholt werde, da sei nichts mehr zu ändern, so trage die Regierung auch allein die Schuld an der Verschärfung des Konfliktes; denn das Haus sei, wie allgemein anerkannt, mit der äußersten Nachsicht zu Werke gegangen. Der Bericht weise in großen Zügen nach, daß das Haus nicht mehr thun könne, als es gethan habe, und auch er meine, daß es gut sein würde, wenn er unter das Volk verbreitet würde, dessen innigste Ueberzeugung dahin gehe, daß die Landwehr die beste Institution unseres Staates sei, diese Meinung sei nicht blos das Produkt der Agitation. Sogar Marschall Soult bedaure in seinem Testamente, daß er die Einrichtungen der preußischen Landwehr nicht habe in Frankreich einführen können, weil man dort an die Stellvertretung gewöhnt sei. Habe hier ein Vorredner dieser Stellvertretung das Wort geredet, so rühre wohl nur dies daher, daß seine Wähler Mennoniten seien, deren Sektenansichten hier jedoch keinerlei Motive abgeben könnten. Die von der Kommission beantragte Ablehnung bilde den Grundstein für alle Vota dieser Woche: hier liege der eigentliche Grund für alle Konflikte. Das Land müsse die Ueberzeugung gewinnen, daß seine Vertreter früher die Kosten der Reorganisation gestrichen haben, weil sie sie für gemeinverderblich gehalten haben, denn solche Armee, wie die Regierung sie fordere, sei nur geeignet, Kabinets- und Scheinkriege zu führen. Redner wendet sich hierauf gegen die „verdammlichen" Kriege, wie der Imperator in Frankreich sie führe, weist warnend auf Puebla und Mexiko hin, wo nur das rohe Soldatenthum gewaltet habe und richtet einen anerkennenden Blick über den Ocean hinaus, wo ein Krieg im Interesse der Civilisation geführt werde. „Wir aber," schließt Redner, „wollen die Erinnerung an das Jahr 1813 aufrecht erhalten, wir wollen uns unsere tüchtige Heeresorganisation erhalten, und deshalb können wir der Regierungsvorlage nicht zustimmen (Bravo).

Ein eingebrachter Schlußantrag wird verworfen, und auf Wunsch des Abg. Grafen Schwerin die Vertagung der Debatte angenommen. — Abg. Dr. Wantrup entgegnet in einer persönlichen Bemerkung dem Abg. Stavenhagen, daß er es zwar nicht bis zum General, sondern nur bis zum Premierlieutenant gebracht habe, aber dennoch glaube, fähig und berechtigt zu sein, seine Meinung in dieser Frage auszusprechen. Was seine Ansicht über die Stellvertretung betreffe, so sei diese nicht durch Rücksicht auf seine Wähler, die Mennoniten, begründet.

Schluß der Sitzung: 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Der Schlußtermin ist auch heute noch unsicher; es handelt sich dabei indeß nur um einen Unterschied von ein paar Tagen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. Januar. [Der hiesige israelitische Armenverein.] Es liegt uns die Uebersicht der Einnahmen nnd Ausgaben bei dem hiesigen israetischen Armenverein vom 24. März bis ult. Dezember 1863 vor.

Die Leistungen dieses Instituts sind im Vergleich mit der Kürze der Zeit wahrhaft überraschend. Es ist nicht allein die arge Plage der „Hausbettler" gänzlich beseitigt, es werden außerdem noch von dem Verein 150 verschämte Armen monatlich mit einem bestimmten Betrage unterstützt und auch an arme Handwerker Vorschüsse gereicht zur Anschaffung von Rohmaterial und fehlendem Handwerkzeug.

Das Hauptverdienst des zeitigen Vorstandes besteht jedoch darin, daß die früheren Hausbettler, welche auf eine Abscheu erregende Weise das Publikum belästigten, an Arbeitsamkeit gewöhnt worden; dieselben erhalten, wenn sie durch Bescheinigung von Arbeitgebern nachweisen, daß sie im Laufe des Monats thätig gewesen sind, außer der ihnen bestimmten Unterstützung, welche monatlich 3 Thlr. beträgt, noch eine Prämie. Auf diese Weise ist es dem Vorstande gelungen, fast sämmtliche hiesige Bettler zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu machen. Welche segensreiche Früchte für die späteren Generationen ein solches Wirken in sich trägt, ist leicht zu ermessen. Wir können daher diesen Verein allen Menschenfreunden nicht genug zur Nacheiferung empfehlen.

Die Einnahmen belaufen sich seit der Konstituirung vom 24. März bis ult. Dezember:

an Beiträgen	2089
au Spenden	900
Summa	2989
Die Ausgaben	2651

Hieraus läßt sich ein Schluß ziehen auf den Wohlthätigkeitssinn unserer israelitischen Gemeinde.

— [Seelöwin.] Im Mühlenteiche auf dem Sapiehaplatze wird jetzt eine, wie der Besitzer angiebt, in der See bei Holland gefangene Seelöwin gezeigt, die durch ihre Größe und Schönheit imponirt und daher wohl eines Besuches werth ist.

ḫ Birnbaum, 23. Januar. [Zur Warnung.] Am Dienstage Vormittags entstanden in der Stube eines herrschaftlichen Familienhauses in dem ⅛ Meile von hier entfernten Dorfe Bielsko Feuer, während die Bewohner derselben zur Arbeit waren. Ein in der Wohnung zurückgelassenes, circa 3 Jahr altes Kind erstickte und verbrannte theilweise.

Kreis Birnbaum, 24. Januar. [Eine Bitte.] Vom Vorstan des Preuß. Volksvereins hiesigen Kreises cirkulirt folgende Bitte: „Unsere Soldaten, unsere Söhne, unsere Brüder, — dem Rufe des Königs freudig folgend — stehen in den Nordmarken unter Waffen bereit: die Ehre Preußens, die Rechte Deutschlands und Schleswig-Holsteins zu sichern. Wenn auch für vorschriftsmäßige Bekleidung hinreichend gesorgt ist, so treten doch bei strenger Kälte Bedürfnisse hervor, welche dem jugendkräftigen Soldaten zwar entbehrlich, dennoch wesentlich zu dessen Wohlbehagen beitragen können." Der Vorstand bittet daher die Kreisinsassen: Geld zum Ankauf von warmen Jacken, Strümpfen, Unterbeinkleidern, Leibbinden u. dergl. zu spenden; die Frauen und Jungfrauen des Kreises: selbst derartiges zu fertigen und zu obigem Zwecke zu schenken. Diese Gaben können an den Vorstand oder an den Steuereinnehmer Müller in Birnbaum, so wie an alle übrigen Obmänner (die Vorsteher der Ortsabtheilungen) des Preußischen Volksvereins abgegeben werden.

□ Lissa, 23. Januar. [Vorschußverein.] Der Ausschuß des hiesigen Vorschußvereins erstattete seinen Bericht über die Wirksamkeit des Letztern in dem abgelaufenen Vereinsjahre, dem wir die nachfolgenden Notizen, als von allgemeinerem Interesse, entnehmen: Die Zahl der Vereins-Mitglieder betrug zu Anfang des Jahres 1863: 159, während sie zu Ende des Jahres die Höhe von 205 Mitgliedern erreicht hat. Es befinden sich unter demselben 123 Handwerker, 39 Kaufleute, 21 Beamte, Aerzte, Lehrer und 22 Landbesitzer. Freiwillig ausgeschieden sind 6, ausgeschlossen wurden 5 Mitglieder wegen Nichtzahlung ihrer monatlichen Beiträge; 34 Mitglieder sind in den umliegenden Ortschaften angesessen. — Vorschüsse wurden gewährt 21,174 Thlr. in 356 Posten, und zwar von 300 bis 200 Thlr, incl. an 29, von 200 bis 100 an 54, von 100 bis 49⅚ Thlr. an 57, von 49⅚ bis 25 Thlr. an 104, von 25 bis 10 an 72, von 10 bis 5 Thlr. an 40 Mitglieder; prolongirt 1864: 4761 Thlr. Die Vorschüsse sind mit wenigen Ausnahmen pünktlich zurückgezahlt worden; ein Verlust ist nicht vorgekommen. — Die Zinseinnhame betrug 418 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf., die Zinsausgabe und zwar: a) an die Vereinsgläubiger 184 Thlr. 1 Pf.; b) an die Spareinleger: 2 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf.; c) an Rückzinsen an die Vorschußentnehmer: 28 Sgr. 9 Pf., in Summa 187 Thlr. 20 Sgr. 7 Pf. — Die Verwaltungskosten incl. Tantieme an den Rendanten und den Rechtsanwalt betrugen 80 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf.

Der Reservefonds anfangs Januar 1863: 97 Thlr. 28 Sgr. ist durch die Eintrittsgelder auf 127 Thlr. 13 Sgr. gebracht. — Das Guthaben der Mitglieder, d. h. ihr gespartes Kapital, Anfangs Januar 1863: 618 Thlr. 25 Sgr., beträgt jetzt 1612 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. — Darlehne hat der Verein von 10 Gläubigern im Betrage von 3414 Thlr., ferner von 13 Spareinlagen nach Abzug zurückgezahlter 50 Thlr.: 567 Thlr. 15 Sgr., zusammen also auf die Höhe von 3981 Thlr. 15 Sgr. entnommen. — Die Bilanz stellt sich demnach am 1. Januar 1864 dahin, daß Activa 5870 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf.,

und zwar an baarem Kassenbestand 1109 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf., an ausstehenden Vorschüssen 4761 Thlr., Passiva 5721 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf., und zwar Reservefonds 127 Thlr. 13 Sgr., Monatseinlagen der Mitglieder 1612 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., aufgenommene Kapitalien 3981 Thlr. 15 Sgr. vorhanden waren, mithin ein Rheingewinn von 149 Thlr. 24 Sgr. sich ergebe. Demnach ist das Verhältniß des eigenen Vermögens zu den angeführten fremden Darlehnen im Betrage von 3981 Thlr. 15 Sgr. genau, wie 1:2, ein Verhältniß, zu dem der Verein sich Glück wünschen kann. Er wird auf einer solchen Basis zu überdauern und die Angriffe auf seine Solidität, wie sie im letzten Vierteljahr unerwartet versucht wurden, als unbegründet und tendenziös zurückzuweisen im Stande sein. — Auf den 22. Mai c. ist ein Ständetag für die sämmtlichen Vorschußvereine der hiesigen Provinz, etwa 16 an der Zahl, anberaumt; derselbe wird hier abgehalten werden.

// Pleschen, 24. Januar. [Sammlungen; Reserven; Exekution.] Nachdem die von Frau Landräthin Gregorovius in Anregung gebrachten Sammlungen zur Beschaffung einer wärmeren Bekleidung der preußischen Bundes Exekutionstruppen im hiesigen Kreise einen so freudigen Anklang gefunden haben, daß ihr die Gaben von allen Seiten sehr zahlreich zugehen, sammelt dieselbe gegenwärtig auch für die Truppen an der polnischen Grenze und hat bereits Herrn Oberst v. Hartmann einen Theil der erhaltenen Gegenstände zu diesem Zwecke überweisen können. Gleichzeitig sammelt Herr Bürgermeister Hautzinger in hiesiger Stadt für die Mannschaften der Grenzbesatzung. Herr Oberst v. Hartmann sieht sich daher auch veranlaßt, im letzten Wochenblatte das rege Interesse für das Wohlergehen unserer Soldaten, das ans diesen Sammlungen spricht, mit ganz besonderer Freude anzuerkennen und den wohlwollenden Gebern aus Stadt und Land im Namen der Truppen und ihrer Offiziere den verbindlichsten Dank auszusprechen. — Vorgestern bekamen die Reservisten der Garde Ordre sich bei ihren Truppentheilen einzustellen und mußten bereits gestern von hier nach Schrimm abgehen. Dagegen wurden vorgestern vom schlesischen Dragoner-Regiment Nr. 4 einige Reservisten in ihre Heimath entlassen. — Vor acht Tagen wurden bei Turek sieben Bauern von den „Hängegendsarmen" aufgeknüpt. Einem von diesen Unglücklichen schenkten die Henker das Leben, weil der Strick, an dem er aufgehangen wurde, zerriß und er wieder zur Erde fiel. Aus Schreck hat derselbe aber vollständig die Sprache verloren.

S Schrimm, 23. Januar. [Postalisches.] Der Aufsatz in Nr. 17 dieser Zeitung „Von der Warthe" ist hier vom Publikum mit vieler Freude begrüßt worden. Schrimm könnte in der That eine Handelsstadt werden, wegen seiner vorzüglichen Lage an einem schiffbaren Flusse, wenn die Einwohner ein lebhafteres Interesse dafür zeigten, die Regierung würde mit ihrer Unterstützung gewiß nicht ausbleiben. Allein es fehlt bis jetzt der rechte Impuls, und aller Handel und Verkehr bleibt dem gewöhnlichen Schlendrian treu. Eben so lassen auch die Behörden und das handeltreibende Publikum die so oft schon angeregte Postangelegenheit auf sich beruhen, obschon Jedermann den großen Nachtheil erkennt, der dadurch für die Stadt entsteht, daß die Post sich noch immer jenseits der Warthe befindet. Die Nachtheile liegen auf der Hand, und dennoch geschieht nichts um ihnen abzuhelfen. Daß die Oberpostbehörde, die bekanntlich gern die Wünsche des Publikums berücksichtigt, hierbei im Interesse des alten Posthalters verfährt, welcher schon sehr viele Jahre die Lokalitäten zur Postverwaltung gegen Miethe hergegeben hat, kann man nicht annehmen. Bei den vielen und zum Theil ziemlich großartigen Bauten innerhalb der Stadt dürfte ein geeignetes Lokal für die Post auch im Mittelpunkte der Stadt nicht schwer zu beschaffen sein, und würde ein solches Arrangement von Seiten des Publikums gewiß dankbar aufgenommen werden.

r Wollstein, 22. Jan. [Kindesmord.] Am 16. d. Mts. in der frühen Morgenstunde, also zur Zeit der strengsten diesjährigen Kälte, wurde durch die Tochter eines armen Tagelöhners in Rakwitz an der Thür des auf ihrem Gehöfte befindlichen Ziegenställchens ein Packet gefunden, in welchem der auf ihren Angstruf dazugekommene dortige Gendarm Bölke die Leiche eines neugeborenen Kindes entdeckte, welche ganz nackt und nur in ein einfaches Kattuntuch gewickelt, erst vor ganz kurzer Zeit dahin gelegt sein mußte, da trotz der großen Kälte die Glieder der Leiche noch beweglich und nicht steif gefroren waren. Die am 20. d. Mts. stattgehabte gerichtliche Sektion der Leiche hat ergeben, daß das Kind gelebt hat und wohl lebensfähig gewesen ist. Leider ist es der rastlosen Thätigkeit der betreffenden Behörden noch nicht gelungen, die unnatürliche Mutter des ausgesetzten Kindes und deren etwaige Gehülfen zu entdecken.

≈ Bromberg, 22. Januar. [Aus Polen; Drohung; zur Posen-Gnesen-Bromberger Eisenbahn; zur Warnung.] Ein Kaufmann aus Thorn theilte hier folgenden Fall aus Polen mit: Ein früherer Ziegeleibesitzer S. bei Bromberg kaufte vor etwa 3 bis 4 Jahren ein Vorwerk in Polen, ungefähr 2 Meilen von Thorn, und zog aus Preußen fort. Er sprach fast gar nicht polnisch, hatte auch im Ganzen wohl wenig Sympathien für die Polen. Im Monat November v. J. kam eine Abtheilung russischen Militairs nach seiner Besitzung, und der Führer desselben verlangte von ihm Auskunft über verschiedene Dinge, namentlich auch darüber, welche Richtung eine vor einigen Tagen jene Gegend passirende Insurgentenbande eingeschlagen hätte u. s. w. Herr S. nahm keinen Anstand, alles das, was er hierüber wußte, dem Führer mitzutheilen. Die Russen zogen ab; aber kurze Zeit darauf ging dem Manne eine Drohung seitens der sogenannten polnischen Nationalregierung zu, wenn er sich nicht zu einer bestimmten Stunde an einem in dem Schreiben bezeichneten Orte einfinden, sich rechtfertigen resp. eine gewisse Geldsumme zahlen würde 2c. S. stellte sich nicht, sondern verbarg sich vor den Augen der Späher. Namentlich brachte er die Nächte nicht in seiner Behausung zu, sondern schlief in der Regel in einer seiner Tagelöhner-Wohnungen. Zu verschiedenen Malen kamen während der Nachtzeit Hängegensd'armen, um ihn zu suchen. Unter Schimpfen und Toben verließen sie das Haus jedoch wieder, nachdem sie alle Winkel nach ihrem Opfer vergeblich durchsucht hatten. Unter fortwährender Angst und Unruhe vergingen dem S. etwa 3 Wochen. Da kam eines Tages ein zerlumpter polnischer Insurgent an, in welchem S. sofort einen seiner ehemaligen Ziegelstreicher erkannte, der bei ihm gearbeitet, als er die Ziegelei bei Bromberg besaß, und bat um ein Almosen. S. nahm den Menschen, der auch seinen einstmaligen Herrn sehr leicht wiedererkannte, sehr gastfreundlich auf, schenkte ihm gute Kleider, ließ ihn an seinem Tische essen und gab ihm Wein und Schnaps, so viel er nur irgend trinken wollte. S. hatte dem Subjekte nämlich mitgetheilt, daß er von den Polen verfolgt werde, was der Kerl übrigens, da er Spiondienste verrichtete, sehr wohl wußte, und ihn gebeten, bei den betreffenden Hängegensd'armen ein gutes Wort für ihn einzulegen, was der ehemalige Tagelöhner auch zu thun versprach. Nachdem er drei Tage in dem Hause des S. gelebt hatte, erklärte er, daß er fortgehen müsse. Das geschah am Nachmittage. Obwohl nun S. glaubte, der von ihm so freundlich bewirthete Insurgent sei nichts weiter als ein Hängegensd'arm, so war er doch der Meinung, daß er die nächste Nacht vor den Insurgenten Ruhe haben würde, und wagte es, einmal in seinem Hause zu schlafen. Um 12 Uhr in der Nacht wurde stark an das Fenster geklopft, S. sprang aus dem Bette und fragte, wer da sei. „Otwórz, hieß es, ty zdrajca, niemiec!" (Aufgemacht, du deutscher Verräther!) S. wußte, woran er war. Voller Schrecken stürzte er, nachdem er sich schnell in einen Schlafpelz gehüllt hatte, nach dem hinteren Zimmer und sprang aus einem Fenster in den Garten, wo er sich hinter einem Busche versteckte. Als die Frau in ihrer Todesangst den ungestümen Gästen, es waren deren 5 und darunter auch der ehemalige Tagelöhner des S., die Thür geöffnet, fragten sie zunächst nach S. und wollten den Versicherungen der Frau, daß ihr Mann nicht im Hause wäre, keinen Glauben schenken, da er, wie sie sagten, gesprochen hätte 2c. Als sie im Hause Alles durchsucht und S. natürlich nicht gefunden hatten, verlangten sie, wie das auch bei früheren Besuchen jedesmal geschehen, in rohester Weise Schnaps, Fleisch und Brot, was man ihnen gern verabreichte. Nachdem sie gesättigt waren, machte einer den Vorschlag, doch einmal den Hof und die Ställe 2c. zu durchsuchen. Sie kamen bei der Gelegenheit auch in den Garten, und S. wurde entdeckt. Er lief zwar davon, aber einer der Hängegensd'armen zog seinen Revolver und schoß nach ihm. Obgleich S. nicht tödtlich getroffen war, warf er sich, weil er auf diese Weise seine Rettung am Ende doch für möglich hielt, zu Boden und stellte sich schwer verletzt und mit dem Tode ringend. Die Henker kamen heran, und ein anderer Kerl versetzte ihm unter dem Ausrufe: „Szelma, bestia, niemiec!" noch einen Revolverschuß in die Brust. Den S. für todt haltend, zogen sie nunmehr ab. S. war indeß nicht todt, wohl aber schwer verletzt und schleppte sich mit vieler Mühe bis zu seiner Wohnung. In Betten gepackt, wurde er unter Begleitung seiner Frau noch in derselben Nacht nach Thorn gefahren, woselbst er sich gegenwärtig in ärztlicher Behandlung befindet.

Nach Gonsawa im Kreise Schubin ist auf Requisition des dortigen Bürgermeisters Busalski eine Kompagnie des 9. (Kolbergschen) Infanterie-Regiments gelegt worden, weil das Leben des 2c. Busalski bedroht erschien. Derselbe, obwohl Pole von Geburt, hat dennoch als preußischer Beamter stets pflichtgetreu gehandelt und ist den polnischen Agitationen immer mit Entschiedenheit entgegengetreten. In Folge dessen war ihm im vorigen Monate ein Schreiben von der sogenannten polnischen Nationalregierung zugegangen, worin ihm sein Todesurtheil verkündet wurde. Auch wurde in einer Nacht vor der Thür seines Hauses ein Galgen errichtet. Die Urheber sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden. — Morgen findet zu Barcin im Schubiner Kreise eine Versammlung der betr. Eisenbahn-Interessenten jener Gegend statt, um über die Bahnrichtung von Posen über Gnesen nach Bromberg zu berathen. Die hier vor längerer Zeit in der für uns äußerst wichtigen Eisenbahnfrage gewählte Kommission theilte in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mit, daß sie beschlossen habe, als Vertreter Brombergs den Stadtbaurath Müller und den Buchhändler Fischer dorthin abzuschicken. Die Stadtverordnetenversammlung war mit diesem Beschlusse einverstanden. — Zur Warnung möge folgender Fall dienen: Der 17jährige Sohn des Maurermeisters Sieg hierselbst, ein hoffnungsvoller Schüler einer der obern Klassen der Realschule, besaß ein eigenes Arbeitszimmer in dem Hause seines Vaters, worin er auch allein schlief. Am Mittwoch Nachmittag heizte er selbst den Ofen noch einmal, weil, wie er sich geäußert haben soll, er spät aufbleiben und arbeiten müsse. Nachdem er das Holz für ausgebrannt gehalten, hat er die Klappe geschlossen und ist noch etwa auf zwei Stunden Schlittschuh laufen gegangen. Gestern Morgen kam er nicht, wie er das sonst immer gethan, zum Frühstück. Man fand ihn todt, vom Kohlendampfe erstickt, im Zimmer neben seinem Arbeitstische liegend. Er war vollständig bis auf die Stiefel angekleidet. Wahrscheinlich hat er gearbeitet, ist dabei eingeschlafen und vom Tode überrascht worden. Wiederbelebungsversuche waren fruchtlos. Nach dem ärztlichen Gutachten war der Unglückliche schon vor 8 bis 10 Stunden verstorben. Bemerkenswerth ist noch, daß der Ofen ganz neu war und eine hermetisch verschließbare Thür, aber auch eine Klappe hatte; es muß der Kohlendampf also wohl durch die Fugen zwischen den Kacheln durchgedrungen sein.

* Gnesen, 21. Januar. Heute feierte der hiesige Feuer-Rettungs-Verein sein zwanzigjähriges Stiftungsfest durch ein gemeinschaftliches fröhliches Beisammensein in dem Restaurationslokale bei Paczkowski.

ν Gnesen, 23. Januar. [Versetzung; höhere Schulanstalt; Stadtverordneten.] Der Regierungs-Chefpräsident Freiherr v. Schleinitz ist, wie bekannt, nach Trier versetzt worden. Sein Scheiden aus seinem bisherigen Wirkungskreise wird gewiß im ganzen Regierungsbezirk Bromberg schmerzlich und tief empfunden werden. Ganz besonders aber ist dessen Abgang ein Verlust für die hiesige Kommune, denn derselbe hat bei allen Gelegenheiten das regste und lebhafteste Interesse für die hiesige Stadt bewiesen; er hat stets alle Anträge der städtischen Behörden, welche die Wohlfahrt unserer Kommune bezweckten, gewürdigt, und derselben volle Unterstützung gewährt. Insbesondere hat er durch sein leutseliges, liebenswürdiges Benehmen, durch sein freundliches, wohlwollendes Entgegenkommen die Herzen aller derjenigen für sich eingenommen, die mit ihm in nähere Berührung gekommen sind.

Es ist in der That ein großes Glück für einen Regierungsbezirk, wenn der oberste Chef der Verwaltung sich in seinen Ideen, in seinen Ansichten, in seinen Anschauungen mit den Einwohnern dieses Bezirks in ein freundliches Einvernehmen zu stellen versteht, wenn der leitende Grundgedanke seiner amtlichen Thätigkeit Milde und Humanität ist. Einen solchen Chef der Verwaltung verliert der Regierungsbezirk Bromberg in der Person des Herrn v. Schleinitz. — Um nun dem Scheidenden einen Beweis der großen Liebe, Hochachtung und Verehrung, von welcher die hiesige Bevölkerung für ihn beseelt ist, zu geben, haben die städtischen Behörden beschlossen, demselben das Ehrenbürgerrecht der Stadt Gnesen anzutragen.

Für unsere höhere Schulanstalt, die gegenwärtig 204 Schüler zählt und an welcher zu Ostern die Sekunda eröffnet werden soll, werden zwei Lehrkräfte, ein evangelischer und ein katholischer (polnischer) Lehrer gesucht, welche die Berechtigung zum Unterricht in den alten Sprachen, im Deutschen resp. Polnischen, in Geschichte und Geographie besitzen. Die Gehälter sind mit je 500 Thlr. normirt worden. Allem Anschein nach wird die Anstalt zu Ostern einen bedeutenden Zuwachs an Schülern erhalten. — Bei den im verflossenen Monat stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen wurden der Gutsbesitzer Fürnrohr und der Apotheker Rentier Brunner wieder, und der Kaufmann Emil Wollenberg und der Baumeister Häsner neu gewählt. Nachdem heute deren Einführung in öffentlicher Magistrats- und Stadtverordnetenversammlung stattfand, wurde Seitens der Letzteren der bisherige Vorsteher, Justizrath Kellermann, wieder als solcher, und ebenso der Rechnungsrath Müller zu dessen Stellvertreter gewählt.

Vermischtes.

* Berlin. Die „Tribüne" schreibt: Wir haben schon öfters auf das Treiben einer gewissen Art von Kommissionären aufmerksam gemacht, auf welche man den Ausdruck „Blutsauger" insofern nicht anwenden möchte, weil derselbe noch viel zu gelinde ist. In der jüngsten Zeit spielt nun ein Fall, welcher zu dem Stärksten gehört, was uns in dieser Hinsicht jemals vorgekommen. Es existirt hier nämlich ein Mann, Namens L., der früher Handlungsdiener gewesen sein soll, diesem Stande aber Valet gesagt hat, um Kommissionsgeschäfte zu treiben. Er selbst ist von Hause aus ohne Vermögen; es fanden sich jedoch bald saubere Geschäftsgenossen, die mit ihm in Verbindung traten und ihm die Mittel in die Hand gaben, das Gewerbe auf eine würdige Art zu treiben. Eines Tages wurde Herrn L. ein junger Mann zugeführt, dem wir insofern gerade nicht das Wort reden wollen, als er verschwenderisch und leichtsinnig in des Wortes verwegenster Bedeutung war. Er gehörte einer sehr reichen adelichen Familie an; die ihm von seiner Mutter gewährten Mittel reichten jedoch zu seinem luxuriösen Leben nicht hin; er nahm zum Schuldenmachen seine Zuflucht. Der Kommissionär L., dem er darauf bezügliche Anträge machte, zeigte sich durchaus nicht geneigt, dem jungen Mann auf das Accept, das er ihm bot Geld zu geben. „Wie kann ich ihre Wechsel nehmen, sagte er, Sie sind ja noch minorenn." Der junge Mann ging, um jedoch bald darauf seine Anträge um so dringlicher zu stellen, denn seine Verlegenheit war inzwischen noch höher gestiegen; er wollte unter allen Umständen 800 Thlr. haben. Der Kommissionär zeigte sich schließlich bereit, 750 Thlr. zu zahlen; der junge Mann aber sollte ihm drei in blanco ausgestellte Accepte geben, auf diese jedoch nicht seinen eignen, sondern den Namen seiner Mutter, einer sehr reichen Dame, setzen. Der Geldsuchende war unerfahren und leichtsinnig genug, auf diesen Handel einzugehen, dessen Folgen ihm jedoch nur allzubald klar werden sollten. Als nämlich die Sache zum Klappen kam, zeigte es sich, welchen Gebrauch der saubere Kommissionär von den Accepten in blanco gemacht hatte; er hatte dieselben ausgefüllt, und zwar in einer Höhe, daß die Gesammtsumme sich auf 23,000 Thlr. belief. Man denke! für die 750 Thlr., welche jener Mensch gezahlt hatte, hat er die Summe von 23,000 Thlr. auf die nach wenigen Monaten fälligen Wechsel geschrieben. Man kann sich das Erstaunen des jungen Mannes und seiner Mutter, auf deren Namen die Wechsel lauteten, vorstellen. Freilich wurde die Zahlung verweigert; der Kommissionär war aber nicht der Mann, von seiner Forderung abzulassen; er wußte recht gut, welche Daumschrauben er anlegen konnte. Sobald die Unterschrift des Wechsels als eine richtige anerkannt wurde, mußte im Wege des Civilprozesses Zahlung geleistet werden; daß die Wechsel in blanco ausgestellt und erst später ausgefüllt worden, konnte der Forderung zunächst keinen Eintrag thun; wurde die Unterschrift aber als eine nicht richtige anerkannt, so konnten für denjenigen, von dem sie herrührte, leicht Unannehmlichkeiten entstehen, die für sein ganzes Lebensglück verderblich waren. Die Mutter des jungen Mannes hat zunächst den Weg der Unterhandlung eingeschlagen; zur Vermittelung der Angelegenheit hat sie einen Mann gewählt, der in dergleichen Geschäften eine gewisse Routine haben soll, den wir ihr aber freilich nicht zum Vermittler würden vorgeschlagen haben. Wie die Sache jetzt liegt, sind dem saubern Herrn Kommissionär 8000 Thaler für die 3 Accepte geboten worden; er aber weigert sich, dieselben für jene Summe herauszugeben, und sagt mit Shylock; Ich steh' auf meinen Schein.

* Einst war Göthe zu Voß eingeladen. Als sie bei Tisch saßen, wird Voß herausgerufen und führt verabredetermaßen einen jungen Dichter, Kunz mit Namen, der für Almanachs gearbeitet hatte, herein, stellt ihn vor und setzt ihn neben Göthe. Dieser Kunz war aus irgend einem kleinen Staate. Göthe ergriff das Wort und sagte: „Nun, Ihr Fürst ist ein strenger Herr; es soll schwer halten, dort einen Paß zu bekommen. Könnten Sie mir wohl einen solchen zeigen?" „„O, ja wohl! Sehr gern!"" Und damit holte Kunz aus der Seitentasche seines Rockes den Paß. „Bitte, leihen Sie ihn mir bis morgen", sprach Göthe, „es ist doch ein merkwürdiges Stück; das muß ich ein wenig sorgfältiger mir anschauen." Wer war glücklicher, als der junge Dichter; er sah sich schon bei Göthe, eingeladen von ihm, und seines Schutzes theilhaftig. „Wissen Sie", sagte später Göthe zu einigen seiner Gäste, die sich über diese Paßliebhaberei wunderten, „warum ich mir das Papier geben ließ? Ich sah aus Kunz' anderer Rocktasche ein Paket Gedichte gucken, und lieber wollte ich den Paß lesen, als die!"

* Von Sebastopol kommen einige interessante Details über das Heben der Schiffe der im Krimkriege versenkten russischen Kriegsflotte. Gehoben wären darnach die Korvette Pilad, die Fregatte Flora, die Linienschiffe Grawril und Silistria und ³/₄ des Linienschiffes Warna. Vom Linienschiffe Ariel sind zwei Decks abgehoben. Das Linienschiff 12 Apostel ist durch Sprengung mitten durchgerissen und wird erst im Sommer 1864 gehoben; eben so das Linienschiff Tschesma. Vom Linienschiff Sewastopel ist das Deck abgehoben, von Kaiserin Marie ebenfalls und ³/₄ vom Jagudil gereinigt. Von der Fregatte Kagul sind die Decks abgenommen und die Ketten untergelegt. In Angriff zur Hebung sollen genommen werden: die Linienschiffe Tri-Swiatitela und Selafoil, die Fregatte Sisopol, das Lienienschiff Rostislaw, die Fregatten Midia und Messemwria, die Linienschiffe Chrabri, Paris und Konstantin.

Telegramme.

Berlin, 25. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Budgetkommission beauftragt, über den Beschluß des Herrenhauses vom Sonnabend zu berichten; das Haus nahm darauf die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution an, welche den Beschluß des Herrenhauses für null und nichtig erklärt. Graf Eulenburg verliest die königliche Botschaft, daß der Landtag heute um 3 Uhr durch den Ministerpräsidenten geschlossen wird.

London, 25. Januar. Die heutige „Times" hofft auf die Erhaltung des Friedens. Die „Morning Post" schreibt: Die deutschen Großmächte verwürfen Dänemarks auf sechswöchentlichen Aufschub gerüsteten Vorschlag, der Ausbruch des Krieges sei damit drohend und England dürfte kaum neutral bleiben, sondern in Gemeinschaft mit Frankreich, Rußland und Schweden Dänemarks Integrität vertheidigen.

(Eingesandt.)

Vor einigen Jahren wurde für Posen die Begründung einer Aktienbäckerei in Aussicht gestellt, die Ausführung dieses Projektes aber ist deshalb noch aufgeschoben, weil die Bildung eines größeren Vereins beabsichtigt wurde, welcher die Beschaffung billigerer Lebensmittel 2c. überhaupt zum Zweck hatte. In Folge eingetretener politischer Verhältnisse mußten diese Vorsätze einstweilen bei Seite gelegt werden, es dürfte aber jetzt um so mehr an der Zeit sein, diese Angelegenheit wieder in Anregung zu bringen, als gerade in diesem Jahre Getreide jeglicher Art, Mehl 2c. sehr billig ist und der Vortheil davon allein den Bäckern zu Gute kommt. Da indessen Handel und Gewerbe jetzt stocken, auch Unternehmungen anderer Art geringere Sicherheit auf Gewinn in Aussicht stellen, als eine Aktienbäckerei, von welcher der Reinertrag mindestens 15 bis 20 Prozent wäre, so dürfte gegenwärtig der günstigste Zeitpunkt zur Ausführung sein.

Angekommene Fremde.

Vom 24. Januar.

SCHWARZER ADLER. Die Rentiers Müller aus Breslau und v. Raczynski aus Chocicza.

HOTEL DE BERLIN. Die Rentiers Gebrüder v. Schachtmeyer aus Ladenberg und Kaufmann Zadig aus Breslau.

KRUG'S HOTEL. Frau Czajkowska aus Zegowo.

Vom 25. Januar.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Dąbrowski nebst Frau aus Winnagora, Gebrüder v. Mukulowski aus Kotlin, v. Mlicki aus Ossowiec und v. Trzciaski aus Warschau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Assekuranz-Inspektor Amerlau aus Schwedt, die Kaufleute Haas aus Frankfurt a./M., Nehring aus Leipzig, Jäger aus Crefeld, Spoerel aus Genthin, Dockhorn aus Breslau, Teussaiat, Gold, Goldschmidt, Koch und Pincus aus Berlin, Gutsbesitzer Martini aus Lukowo.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Gottliebsen und die Kaufleute Fuchs aus Berlin, Kohnheim aus Hamburg, Meusch aus Frankfurt a./M., Werner aus Stettin, Engel aus Dresden, Hoffmann aus Nürnberg, Wichmann aus Apolda, Dittmar aus Saalfelde und Heppner aus Stettin, die Gutsbesitzer Wendland aus Neuvorwerk und Frau Iffland aus Marwitz, Assekuranz-Inspektor Heider aus Berlin, Assessor Habisch aus Lüben und Opernsängerin Fräulein Tewes aus Lippstadt.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsbesitzer v. Trąpczynski aus Polwica, Distrikts-Kommissarius Dietrich aus Buk, Strumpffabrikant Linke aus Friedeberg, Fabrikant Weidner aus Breslau, Landwirth Mangelsdorff aus Magdeburg, die Kaufleute Reinert aus Bromberg und Gacde aus Dresden.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzerin Gräfin Kwilecka aus Goslawie und Gräfin Tyszkiewicz aus Kl. Jeziory, Lieutenant im 12. Inf. Regt. v. Bosse aus Pleschen, die Gutsbesitzer v. Jarcewski aus Schrimm und Heinze aus Breslau, die Kaufleute Scheidt aus Crefeldt und Koenig nebst Frau aus Stettin.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Nawrocki aus Urbanie und Schwanke aus Wola, die Bürger Parczewski aus Osiek und Frau Kaczkowska aus Gnesen, Bürgermeister und Distrikts-Kommissarius Gropler aus Miloslaw, Agronom Schulz aus Strzalkowo, Maurermeister Steinbach aus Schroda, Kaufmann Sello aus Elberfeld.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Mudrack aus Markowice, Wirthschafts-Inspektor v. Laskowski aus Bagrowo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Koszutski aus Modliszewko, v. Prądzynski aus Biskupice, v. Niegolewski aus Wloscijewki, v. Chelmski aus Polen, Graf Mycielski aus Chociszewice, v. Radonski aus Dominowo, v. Moraczewski aus Lennagora, v. Łącki aus Posadowo und Frau v. Rekowska aus Gorazdowo, Domherr Dorszewski aus Gnesen, Bevollmächtigter Zawadzki aus Wierzenica.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Partikulier Kowalewski aus Breslau, Gutsbesitzer Szymanski aus Bielawy, Gasthofsbesitzerin Wittwe Silberstein, die Kaufleute Bajonski und Roeschke aus Buk, Plasterek, Streusand und Matzke aus Grätz und Moegelin sen. und jun. aus Lissa.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Auf das

Landwirthschaftliche Wochenblatt

für die Provinz Posen werden auf allen Postanstalten noch fortwährend Bestellungen angenommen. Die Nummern vom 1. Januar an können nachgeliefert werden. Wir ersuchen die Herren Landwirthe, ihre Abonnements zu beschleunigen, damit die Höhe der Auflage festgestellt werden kann.

Die Expedition.

Bekanntmachung,

betreffend das Militär-Ersatzgeschäft in Posen.

Die Musterung der Militärpflichtigen in der **Stadt Posen** findet statt im **König**'schen Lokal, vor dem Eichwaldsthor links:

am 27. Januar für das I. Polizeirevier,
„ 28. „ „ „ II. „
„ 29. „ „ „ III. „
„ 30. „ „ „ IV. „
„ 1. Februar „ „ V. „
„ 2. „ Loosung der 20jährigen.

Verpflichtet zur Musterung sind und müssen um 7½ Uhr früh, reinlich gekleidet, im Lokal anwesend sein:

1) alle, die im Jahre 1864 ihr 20. Lebensjahr erreichen, also 1844 geboren sind,
2) alle älteren Militärpflichtigen im 21. bis 25. Lebensjahre (mithin die 1843, 1842, 1841, 1840 und 1839 Geborenen):
a) die zum Militärdienst tüchtig, aber noch nicht eingestellt sind;
b) die als zeitig untüchtig vorläufig zurückgestellt sind;
3) alle früher Uebergegangenen, ohne Unterschied, ob sie in Posen geboren und ansäßig sind oder nur vorübergehend hier verweilen.

Befreit von der Gestellung ist:

1) wer die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst besitzt, sofern die Ausstandsfrist nicht abgelaufen ist,
2) wer von der Departements-Ersatzkommission endgültig ausgemustert oder zur Ersatz-Reserve bestimmt ist. Atteste und Ausweise über frühere Gestellungen sind zur Musterung mitzubringen und vorzuzeigen.

Heerespflichtige, die zur Gestellung verpflichtet sind, die Meldung zur Stammrolle aber noch nicht bewirkten, haben bis

spätestens zum 20. Jan. cr.

beim Polizeikommissarius des Reviers, in welchem sie wohnen, sich persönlich einzufinden.

Reklamation. Heerespflichtige, die wegen häuslicher Verhältnisse Befreiung vom Militärdienst beanspruchen, haben dies bei dem Polizeikommissarius, bei dem sie zur Stammrolle angemeldet sind, rechtzeitig anzuzeigen und die zur Rechtfertigung ihres Anspruchs nöthigen Beweise beizubringen. Auf zu späte und unvollständige Reklamationen wird nicht gerücksichtigt.

Folgen der Nichtmeldung oder Nichtgestellung:

Heerespflichtige, welche die Meldung versäumen oder bei der Musterung fehlen, werden laut Verordnung vom 15. Dezember 1859 und des §. 168 der Militär-Ersatz-Instruktion mit Geldbuße bis zu 10 Thlr. oder Gefängniß bis zu 8 Tagen bestraft. Niemand kann sich mit dem Einwande schützen, daß er nicht vorgeladen oder daß der Musterungstermin ihm unbekannt geblieben sei.

Reserve- und Wehrmänner 1. Aufgebots, welche in Posen wohnen, und für den Fall einer Mobilmachung wegen häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse Zurückstellung beanspruchen, haben ihre Gesuche mit Angabe der Gründe **bis zum 24. d. Mts.** bei dem Magistrat einzureichen. Außerdem haben sie am Tage der Musterung der Heerespflichtigen des Reviers, in dem auch sie wohnen, im oben genannten Musterungslokal persönlich sich einzufinden. Spätere Gesuche bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 8. Januar 1864.

Königl. Polizeipräsident v. **Baerensprung**.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 27. Januar 1864 Vormittags 10 Uhr soll eine Quantität **Roggenkleie** u. s. w. in dem hiesigen königlichen Magazin öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 21. Januar 1864.

Königliches Proviantamt.

Durch die seit Kurzem bei dem hiesigen königlichen Kreisgericht veränderte Geschäfts-Eintheilung ist es mir unmöglich gemacht, die Gerichtstage zu besuchen, ich bin daher außer Stande, während der Gerichtstage nach **Pinne** und **Duszník** zu kommen. Dies meinen resp. Klienten zur gefälligen Kenntnißnahme.

Samter, den 9. Januar 1864.

Der königl. Rechtsanwalt und Notar
Ahlemann.

Es wird ein Gut von 1000 bis 2000 Morgen, in der Provinz, zu kaufen gesucht. Selbstverkäufer werden ersucht, einen genauen Anschlag, Preis, Anzahlung, Stand der Hypotheken, Angabe der Gebäude in der Expedition dieser Zeitung niederlegen zu wollen unter der Chiffre ***H. Z.***

Unterhändler werden verbeten. Diskretion zugesichert.

Ein einstöckiges, noch in gutem Zustande befindliches Fachwerkhaus ist zum 1. April d. J. zu verkaufen. Zu erfragen auf der Posthalterei in Posen.

P. P. **Posen**, den 7. Januar 1864.

Hiermit beehre ich mich Ihnen die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Platze ein

Eisen- und Eisenwaaren-Engros-Geschäft

unter meiner Firma **Julius Kirschner** etablirt habe. Indem ich Sie bitte, mir Ihre schätzbaren Aufträge zuzuwenden, versichere Ihnen eine stets prompte und reelle Bedienung, sowie die Notirungen billigster Preise.

Lager und Comptoir: **Schuhmacherstraße Nr. 20.**

Hochachtungsvoll und ergebenst
Julius Kirschner.

Ohne Medizin,

also durch die Kräfte der Natur, wird mittelst eines neuen Heilverfahrens allen Denen schnelle und sichere Heilung gewährt, die entweder in Folge zu frühen oder zu häufigen Geschlechtsgenusses, durch unnatürliche Abschwächung (Onanie) oder auf sonst irgend eine Weise gelitten haben.

Franko-Briefe mit Angabe des Alters und dem Auftreten des Leidens: Herzklopfen, Kurzsichtigkeit, schlechte Verdauung, schwaches Gedächtniß, Schmerzen am Hinterkopf, dem Rüngrat ꝛc. ꝛc. werden unter Chiffre ***D. K.*** post. rest. ***Liegnitz*** entgegengenommen. — Das Honorar ist unbedeutend, die strengste Diskretion selbstverständlich.

Drainage.

Zur Anfertigung von Drainplänen und Ausführung von Drainanlagen empfiehlt sich

E. Heuduk, Draintechniker.

Gleiwitz O. S., im Januar 1864.

Die neue Raffinirmethode

ohne Anwendung irgend einer Säure, zur Herstellung von **Fabrik- und Lampenöl.**

Reflektanten erhalten auf frankirte Anfragen näheren Ausweis nebst chemischem Prüfungsbericht und wird die vollständige Mittheilung oder Methode gegen ein mäßiges Honorar abgegeben vom **Büreau für Handel, Gewerbe und Landwirthschaft in Leipzig.**

Topfgewächse,

sowohl blühende, wie auch Blattpflanzen, Blumenbouquets, Kränze ꝛc. aller Art werden auf Bestellung geschmackvoll angefertigt. Gleichzeitig empfeble auch **gute Speise-Kartoffeln.**

Albert Krause, St. Adalbert Nr. 40.

Steinkohlen.

Beste oberschlesische Steinkohlen in Waggons zu 30 Tonnen offerirt billigst ab Bahnhof sowie frei ins Haus

Wilhelm Mewes,
Komtoir: Schuhmacherstr. 20.

---

6 Schock Birnbäume,

5—7 Fuß hoch, nur durch die besten Arten vertreten, hat das Dom. ***Lutogniewo*** bei **Krotoschin** zum Verkauf. Offerten werden franko erbeten. Preis 7½ Sgr. pro Stück

---

Riesen-Runkelrüben-Samen

von anerkannt guter Gattung (gelber Pohlscher) à Scheffel 5 Thlr., à Metze 10 Sgr., verkauft ***Carl Heinze*** in **Klecko.**

Zu ***Orla*** bei **Kozmin** stehen **10 fette Ochsen** zum Verkauf.



Donnerstag den 28. Januar bringe ich mit dem Nachmittagszuge einen Transport **Netzbrücher Kühe nebst Kälbern** zum Verkauf in „Keiler's Hotel zum englischen Hof". ***J. Klakow,*** Viehhändler.

Einige wenig gebrauchte **Plüschsophas** und **Fauteuils,** eben so **ein Sopha** und **zwei Fauteuils in braunem wollenen Damast** billigst bei

S. Kronthal & Söhne.

Nur echte Waldwoll-Fabrikate

gegen Gicht und Rheumatismus, von H. Schmidt aus Remda am Thüringer Walde, sind zu haben in dem **alleinigen Hauptdepot** von

S. Tucholski,
Wilhelmsstr. 10.

NB. Sowohl bei den Fabrikaten, als auch bei den Präparaten ist jedes einzelne Stück mit Etikett, die Fabrikfirma führend, versehen, und **liegen Atteste bedeutender Persönlichkeiten** über die **Wirksamkeit** obiger Fabrikate zur Ansicht.

Das Neueste

in Teppichen jeder Art, Teppich- und Läuferstoffen, Cocusmatten,
empfiehlt

Robert Schmidt
vorm. **Anton Schmidt,**
Markt Nr. 63.

Mein **großes Lager** von **Strickwolle,** namentlich einige Sorten, die sich durch **Haltbarkeit** und **Wärme** zu **Militair-Socken** eignen, empfiehlt zu billigen Preisen

M. Zadek jun., Neuestraße **4.**

Alte Schiebelampen werden mit **Patent-Sparbrennern** versehen, dadurch wie neu,



so wie **Moderateur - Lampen** in Porzellan, Glas und Bronce in reichster Auswahl, ferner **Petroleum-** und Schiebe-Lampen.

Friedrichsstrasse 33. **H. Klug.**

Hierdurch erlaube mir meine **Strohhut-Wäscherei, Färberei u. Modernisiranstalt** mit dem Bemerken in Erinnerung zu bringen, daß jetzt, nach dem Eintreffen der neuesten Formen, bei weniger Zudrang der geehrten Bestellerinnen, die geeignetste Zeit ist, recht saubere Ausführung zu erlangen. ***P. Hahn,*** St. Martin 78.

Beste Stralsunder Spielkarten

aus der Fabrik von L. **Heidborn** empfiehlt

H. Cassriel
in Schrimm.

Zwei neue feste **Arbeitswagen** stehen zu verkaufen **Bergstraße 2.**

Eine vorzügliche **Konzert-Violine** ist billig zu haben bei ***C. Mann.*** Sapiehaplatz 7.

Zwei alte Kreuzthüren mit Futter sind zum Verkauf **Ziegenstraße Nr 23.**

Ein doppeltes Komptoirpult wird zu kaufen gesucht von ***J. Blumenthal,*** Krämerstraße 15.

Schönes **Landbrot** empfiehlt
H. Kirsten Wwe., Bergstr. 14.

Chinesisches Haarfärbemittel,

à Flacon 25 Sgr.
Die vorzüglichste Komposition, Haare, Bart und Augenbraunen in jeder für das Gesicht passenden, beliebigen Nuance sofort echt zu färben. Das Flacon ist mit der Firma gesiegelt, welches sehr zu beachten bitten.

Orientalisches Enthaarungsmittel,

à Flacon 25 Sgr.,
entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil selbst von den zartesten Hautstellen Haare, die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem schönen Geschlecht bisweilen vorkommenden Bartspuren, zusammengewachsenen Augenbraunen, tiefes Scheitelhaar, werden dadurch binnen 15 Minuten beseitigt.

Fabrik von **Rothe & Co.** in Berlin, Kommandantenstraße Nr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet sich in **Posen bei Herrn Herrm. Moegelin, Bergstraße 9, Ecke der Wilhelmsstraße.**

30—40 Quart **Milch** sind täglich abzulassen. Wo sagt die Exped. d. Ztg.

Frische Perigord-Trüffeln

in großen und kleinen Flaschen bei

W. F. Meyer & Co.,
Wilhelmsplatz Nr. 2.

Die erste Sendung vorzüglichen **Bock-Biers** ist angelangt und wird dem geehrten Publikum bestens empfohlen. ***M. W. Falk,*** Schloßstraße Nr. 4.

Täglich frische Austern bei **Carl Schipmann Nachf.**

Großkörnigen frischen **Astrach. Kaviar, Trüffelleber-, Charlottenburger** und **Braunschweiger Cervelat** und **Sardellenwurst,** Bajonner **Schinken,** marinirten **Lachs** und **Elb. Neunaugen** empfehlen

W. F. Meyer & Co.
Wilhelmsplatz Nr. 2.

Nur noch 1000 Pack

Stearin-Lichte,

schwere Packung
in bekannter Güte à 5¼ Sgr. pro Pack,
12 Pack für 2 Thlr.,
offerirt

J. Blumenthal,
Krämerstraße 15,
vis-à-vis der neuen Brothalle.

Bestes gereinigtes **Petroleum,** das Quart mit 9 Sgr., bei

H. Cassriel
in Schrimm.

Feinste Paraffinkerzen

a 7 Sgr. pro Pack bei
10 Pack 6¾ Sgr.
offerirt

J. Blumenthal,
Krämerstr. 15,
vis-à-vis der neuen Brothalle.

Raps- und Leinkuchen,

bester Qualität, offerirt billigst

Wilhelm Mewes,
Komtoir: Schuhmacherstr. 20.

Billigste, reellste, **Lotterie-Loose** versendet im Original
Sutor, Klosterstr. 37 in Berlin.
prompteste Bedienung.

Eine Wohnung von drei tapezierten Zimmern, nebst Küche, Gesindegelaß ꝛc. ist vom 1. April d. J. zu vermiethen Wallischei 73.

Pferdeställe gr. Ritterstr. 14 z. v.

Ein möblirtes Zimmer ist Berlinerstraße 15 c. Parterre sofort zu vermiethen.

Der Besitzer einer bei Berlin gelegenen **Dampfbrennerei und Mahlmühle** sucht einen umsichtigen sicheren Mann als **Rechnungsführer und Lagerverwalter** zu engagiren. Die Stellung bedingt keine Fachkenntnisse und ist einem verheiratheten Mann als dauernd und selbstständig zu empfehlen. Jahresgehalt 700 Thlr., freie Wohnung ꝛc. Näheres durch ***E Kamps* in Berlin,** Heiligegeistgasse Nr. 4.

Ein **zuverlässiger Feldmessergehilfe** findet **sofort Beschäftigung** in **Pleschen.**

Hegner.

Ein unverheiratheter, wo möglich militärfr. **Gärtner,** findet sofort ein Unterkommen.

Näheres in der Saamen- und Blumenhandlung von **A. Fleißig,**
Berlinerstraße No. 13. und 31.

Ein unverheiratheter tüchtiger Koch wird für das **Hotel zum schwarzen Adler in Birnbaum** gesucht.

Ein evangel. Hauslehrer sucht bis zum 1. April c. eine anderweite Stelle. Nähere Auskunft ertheilt der Kantor und Lehrer **Schmidt** in Schwersenz.

Ein im Polizeifache routinirter, beider Landessprachen vollkommen mächtiger und mit guten Zeugnissen versehener **Bureaugehülfe** sucht vom 1. Maerz c. ein Unterkommen. Offerten sub R. E. W. per **Wreschen.**

Stellengesuch.

Ein tüchtiger Schäfer, 40 Jahr alt, welcher einer großen Schäferei 14 Jahr vorgestanden, die besten Zeugnisse besitzt, jetzt noch aktiv, sucht zu Johanni oder Urban (25. Mai) eine anderweitige Stellung. Gefällige Offerten bittet man franko an die Expedition dieser Zeitung unter ***V. W. 99.*** abzugeben.

Ein unverheiratheter **Wirthschafts-Inspektor,** 34 Jahr, der deutsch und polnisch spricht, gegenwärtig in Kondition, sucht von Johanni d. J. eine neue Stellung. Gefällige Offerten unter der Adresse ***B. N.*** übernimmt zu Weiterbeförderung die Exped. dieser Ztg.

Ein gut empfohlener, verheiratheter
Ober-Inspektor,
in die Dreißiger alt, der mehrere Jahre größere Güter in Preußen selbstständig bewirthschaftet hat und zuletzt die in Polen im Kreise **Lipno** gelegenen gräflichen Güter **Kikol** acht Jahre hindurch ebenfalls selbstständig verwaltet, der Unruhen wegen seine Stellung aufgegeben hat, sucht gleich oder vom 1. April, oder auch von Johanni c. ab ein ähnliches Engagement. Nähere Auskunft ertheilt ***R. Segers.***

Thorn, Brückenstraße Nr. 16.

Ein prakt. Wirthsch. Beamter, der zuverläsſig, treu und moralisch, 12 Jahre beim Fach, auch ziemlich polnisch spricht, sucht von Joh. c. ein Engagement. Offerten werden erbeten unter Adr. ***Y. Z.*** fr. **Gnadenberg** poste rest. Kommissionäre verbeten.

Am 23. ist ein brauner fleckiger Hühnerhund mit weißer Brust, auf den Namen Blunder hörend, entlaufen, wer ihn nach **Golenczewo** bringt, erhält eine angemessene Belohnung.

---

27. Auflage.

Motto: „Manneskraft erzeugt Muth und Selbstvertrauen!"

DER PERSŒNLICHE SCHUTZ. 27. Auflage. In Umschlag versiegelt.

Aerztlicher Rathgeber in allen geschlechtlichen Krankheiten, namentlich in

Schwächezuständen etc. etc.

Herausgegeben von **Laurentius** in Leipzig. 27. Auflage. **Ein starker Band von 232 Seiten mit 60 anatomischen Abbildungen in Stahlstich.** — Dieses Buch, besonders nützlich für junge Männer, wird auch Eltern, Lehrern und Erziehern anempfohlen, und ist fortwährend in allen namhaften Buchhandlungen vorräthig. (Ausserdem bei dem Verfasser, Hohestrasse Nr. 26 in Leipzig.

27. Aufl. — Der persönliche Schutz von Laurentius. Thlr. 1⅓. = fl. 2. 24 kr.

WARNUNG. — Da neuerdings wieder unter ähnlich lautendem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches (die übrigens an ihrem geringeren Umfange schon zu erkennen sind), in öffentlichen Blättern ausgeboten werden, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, das von **Laurentius** herausgegebene Werk bestellen und bei Empfang darauf sehen, dass es mit dessen vollen Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das Aechte nicht.**

☐ M. 27. I. A. 7. J. u. B. III.

Verein gegen Hausbettelei

in der Stadt Posen.

Nach §§. 5 und 12 des Statuts werden die Mitglieder zu einer Generalversammlung auf

Montag den 25. Januar
Abends 7 Uhr

in den **Magistrats-Sitzungssaal** ergebenst eingeladen. **Der Vorstand.**

Familien-Nachrichten.

Todesanzeige.

Am 23. d. M. starb mein Vater, der Bürger **Aug. Dietrich** in Posen, nach vollendetem 76. Lebensjahre. Solches theile ich Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebenst mit.

Buk, den 25. Januar 1864.

Max Emilian Dietrich,
königlicher Justizkommissarius.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. A. Ulrich mit Kurschnermstr. Fr. W. Zibell in Neustadt E.-W., Frl. W. Roll mit Mühlenmstr. A Rabe in Herzfelde, Frl. L. v. Krackewitz mit Oberstabs- u. Regimensarzt Dr. Krulle, Frl. H. Grolke mit Hrn. G. Dobrick in Berlin.

Verbindungen. Hr. J. Günther mit Frl. A. Voigt in Moabit, Lieut. J. v. Morstein mit Frl. M. Würtz, Hauptm. Treumann mit Frl. B. Bleck, Maj. C. v. Cranach mit Frl. M. v. Schoening-Megow in Berlin, Landrath Werner v. Gustedt mit Frl. v. Pappenheim in Halberstadt.

Geburten. Berlin: ein Sohn dem Herrn Geh. expedir. Sekretär Arndt; Warnow: dem Hrn. Haupt-Zollamtskontroleur Troje; Stettin: dem Herrn Hauptmann v. Petersdorff; Wittenberg: dem Hrn. Amtsverwalter Engel; Berlin: dem Hrn. Lieut. v. Hauteville-Termignon und dem Hrn. Uhrmacher Francois. — Schloß Walbourg: eine Tochter dem Herrn Kammerherrn R. Graf v. Hompesch-Rurich.

Todesfälle. Kaufmann C. L. Petsch, Rentier A. Erfurt, Geh. Archivrath a. D. C. F. Klaatsch in Berlin. Frau verw Hauptmann von Krottnaurer in Teltow. Oberprediger J. Magnus Tochter Martha in Lychen. Frau verw. Steueraufseher W. Peltzer in Berlin. Rentmeister Major C. Scheibel in Harburg. Dr. med Chr. C. Tr. Burdach in Luckau.

Stadttheater in Posen.

Montag: **Die Marquise von Villette, oder: Ein Ball unter Ludwig XIV.** Original-Schauspiel in 5 Akten von Charl. Birch-Pfeiffer.

Dienstag, zum Benefiz für Hrn. **Heller: Die weiße Dame.** Große Oper in 3 Akten von Boieldieu.

Mittwoch: Zu einem wohlthätigen Zwecke (Beschaffung wollener Unterkleider für preußische Truppen): **Die Anne Lise.** Historisches Lustspiel in 5 Akten von Hersch.

Im Saale Hôtel de Saxe.

Heute Montag den 25. Jan.: ***Grande soirée*** indianischer Hexenspiele.

Lamberts Salon.

Mittwoch um 7 Uhr **Konzert.** Es-dur-Sinfonie von Mozart. ***Radeck.***

Posener Marktbericht vom 25. Januar 1864.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, Scheffel zu 16 Metzen	1	25	—	1	27	6
Mittel-Weizen	1	21	3	1	22	6
Ordinärer Weizen	1	17	6	1	18	9
Roggen, schwere Sorte	1	5	—	1	6	6
Roggen, leichte Sorte	1	3	9	1	4	—
Große Gerste	1	2	6	1	3	9
Kleine Gerste	1	—	—	1	1	3
Hafer	—	23	—	—	24	—
Kocherbsen	1	7	6	1	8	9
Futtererbsen	1	3	9	1	5	—
Winterrübsen, Scheffel zu 16 Metzen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	11	—	—	13	—
Butter, 1 Faß (4 Berliner Quart)	2	15	—	2	20	—
Rother Klee, per Centner 100 Pfd. Z. G.	10	—	—	11	—	—
Weißer Klee dito	9	—	—	13	—	—
Heu, per 100 Pfund Zollgewicht	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfund Zollgewicht	—	—	—	—	—	—
Rüböl, per Centner zu 100 Pfund Z. G.	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles
am 23. Januar 1864 . . . . 12 Thl. 25 Sgr — 13 Thl. — Sgr
= 25. = ... 12 = 26¼ = — 13 = 1¼ =
Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 25. Januar 1864.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 93⅞ Br., do. Rentenbriefe 94 Br., polnische Banknoten 86 Gd.

Wetter: regnig.

Roggen fester, p. Jan. 27¼ Br. u. Gd., Jan.-Febr. 27¼ Br. u. Gd., Febr.-März 27½ Br., 5/12 Gd., März-April 28¼ Br., ⅛ Gd., Frühjahr 28 7/12 Br., ½ Gd., April-Mai 29 Br., 28 11/12 Gd.

Spiritus (mit Faß) behauptet, gekündigt 9000 Quart, p. Jan. 13 1/24 Br. u. Gd., Febr. 13⅛ Br., 1/12 Gd., März 13¼ Br., 5/24 Gd., April 13 11/24 bis ½ bz., Mai 13¾—⅝ bz., Juni 14 1/12 Br., 14 Gd.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 25. Januar 1864. **(Wolff's telegr. Büreau.)**

		Not. v. 23.			Not. v. 23.
Roggen, fester.			Loko	10 11/12	10¾
Loko	35	35	Januar	10⅞	10¾
Januar	34	33⅝	Frühjahr	11	10⅞
Frühjahr	34	33⅝	Fondsbörse: fest.		
Spiritus, fester.			Staatsschuldscheine	88⅛	88
Loko	14⅛	14	Neue Posener 4%		
Januar	14⅛	14 1/12	Pfandbriefe	93¾	94⅝
Frühjahr	14 11/24	14⅜	Polnische Banknoten	86⅛	86⅛
Rüböl, besser.					

Stettin, den 25. Januar 1864. **(Marcuse & Maass.)**

		Not. v. 23.			Not. v. 23.
Weizen, unverändert.			Mai-Juni	33¾	33½
Loko	53	53	**Rüböl**, matt.		
Januar	53	54	Januar-Februar	10¾	10⅔
Frühjahr	53¾	53¾	April-Mai	10¾	10⅚
Roggen, unverändert.			**Spiritus**, unverändert.		
Loko	33	33	Januar	13⅝	13⅝
Januar	32¾	33	Frühjahr	14⅛	14⅛
Frühjahr	32⅝	32¾	Mai-Juni	14⅓	14⅓

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Januar. Wind: SW. Barometer: 28½. Thermometer: früh 4° +. Witterung: milde Luft.

Das Geschäft in **Roggen** bewegte sich heute in engen Grenzen. Preise haben sich behauptet, da Anerbietungen weniger reichlich waren, auch keine Dringlichkeit zeigten; zu einer Besserung konnte es aber auch nicht kommen, denn der Begehr war schwach und zurückhaltend. Effektive Waare fand zu alten Preisen schwerfällig ein Unterkommen, zu billigeren Verkäufen wollten sich Eigner nicht entschließen, daher ist wenig umgesetzt worden. Gekündigt 4000 Ctr.

Rüböl verharrte in gedrückter Haltung und wurde neuerdings billiger verkauft. Die Umsätze waren nicht lebhaft, weil Verkäufer sich den gedrückten Kursen nicht willig fügten.

Spiritus flau einsetzend, fand im Laufe des Marktes mehr Beachtung und schließt zu etwas besseren Preisen fest, daß hierin mehr als eine Reaktion gegen den durchgemachten erheblichen Rückgang zu erblicken, erscheint mindestens zweifelhaft. Eine Besserung in der Lage des Geschäfts ist nicht zu bemerken gewesen. Gekündigt 10,000 Quart.

Weizen: zu unveränderten Preisen einiger Umsatz.

Hafer: loko flau, Termine matt und niedriger.

Weizen (p. 2100 Pfd.) loko 50 a 57 Rt. nach Qualität, feinen hochbunt. poln. 56 Rt., weiß. bunt. poln. 54½ a 55 Rt., fein. bunt. poln. 54 Rt. ab Bahn bz., gelb. märker 51 Rt. do.

Roggen (p. 2000 Pfd.) loko 81/83pfd. 35 a 35¾ Rt. ab Bahn bz., eine Kleinigkeit exquisit 35¾ Rt. do., Jan. 33⅝ a 33¾ a 33⅞ Rt. bz., 34 Br., 33¾ Gd., Jan.-Febr. 33¾ a 33⅝ a 33¾ bz., Br. u. Gd., Febr.-März do., Frühjahr 33½ a 33¾ a 33⅝ a 33¾ bz. u. Gd., 33⅞ Br., Mai-Juni 34¼ a 34⅜ a 34¼ a 34½ bz. u. Gd., 34⅝ Br., Juni-Juli 35½ a 35⅝ bz., Juni allein 35½ a 35⅝ bz., Juli-Aug. 36¼ bz.

Gerste (p. 1750 Pfd.) große 30 a 34 Rt., kleine do.

Hafer (p. 1200 Pfd.) loko 22 a 23½ Rt. nach Qualität, fein. pomm. 22 7/12 Rt. ab Bahn bz., Jan. 22 Rt. Br., Jan.-Febr. do., Frühjahr 22⅝ a 22½ bz. u. Gd., 22⅝ Br., Mai-Juni 22⅞ Br., Juni-Juli 23 bz., Juli-August 23¾ Br.

Erbsen (p. 2250 Pfd.) Kochwaare 35 a 48 Rt., Futterwaare 35½ Rt. ab Bahn bz.

Winterraps 83 a 85 Rt., **Winterrübsen** 82 a 83 Rt.

Rüböl (p. 100 Pfd. ohne Faß) loko flüssiges 10 11/12 Rt. Br., gefrorenes 10⅝ Rt. Br., Jan. 10¾ a 10 19/24 bz. u. Br., 10¾ Gd., Jan.-Febr. 10¾ Rt., Febr.-März 10⅚ Br., April-Mai 10⅞ a 10⅚ a 10 11/12 bz. u. Br., 10⅞ Gd., Mai-Juni 10 11/12 a 11 bz. u. Br., 10 11/12 Gd., Septbr.-Oktbr. 11¼ a 11⅓ bz. u. Br., 11¼ Gd.

Leinöl loko 13⅔ Rt. Br.

Spiritus (p. 8000 %) loko ohne Faß ohne Geschäft, Januar 14 1/12 a 14⅛ Rt. bz., Br. u. Gd., Jan.-Febr. do., Febr.-März do., April-Mai 14⅓ a 14 5/12 bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 14 7/12 a 14 17/24 bz. u. Br., 14⅔ Gd., Juni-Juli 14 11/12 a 15 bz., Br. u. Gd., Juli-Aug. 15 1/24 a 15⅓ bz. u. Br., 15¼ Gd., Aug.-Septbr. 15½ a 15 7/12 bz.

Mehl. Wir notiren: **Weizenmehl** 0. 3¾ a 3 7/12, 0. u. 1. 3½ a 3⅓ Rt., **Roggenmehl** 0. 3 a 2⅔, 0. und 1. 2 7/12 a 2½ Rt. p. Ctr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

Stettin, 23. Januar. Wetter: neblig, Vormittags Regen, + 4° R. Wind: SW.

Weizen matter, loko p. 85pfd. gelber nach Qualität 50—53¼ Rt., 83/85pfd. gelber Jan.-Febr. 54 Br., Frühjahr 53¾ bz., 54 Br., Mai-Juni 55 Rt. bz.

Roggen wenig verändert, p. 2000pfd. loko 32—33 Rt. bz., Jan. 33 Br., Frühjahr 32½, 32¾ bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 33¾ Br., ½ Gd.

Gerste, märk. loko p. 70pfd. 30 Rt. bz.

Rüböl matt, loko 10¾ Rt. bz., Jan. u. Jan.-Febr. 10⅔ bz., April-Mai 10⅞ bz.

Spiritus unverändert, loko ohne Faß 13¾ Rt. bz., Jan.-Febr. 13⅞ Br., Febr.-März 13⅞ Gd., Frühjahr 14 1/12 Gd., Mai-Juni 14⅓ Gd.

Leinöl loko inkl. Faß 13 7/12, ⅔, ¾ Rt. bz., April-Mai 12¾ Rt. Br.

Baumöl, Malaga Kleinigkeiten 18 11/12, 19 Rt. tr. bz. u. gef.

Astrachan. **Robbenthran** 15¾ Rt. p. Ctr. bz., finnmärkischer **Thran** 35 Rt. p. To. verst. bz. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 23. Januar. [**Tagesbericht.**] Thauwetter, bewölkt, früh 2° Wärme. Barometer: 27" 8½'''. Bei sehr schwachem Begehr blieb am heutigen Markte entschieden flaue Stimmung vorherrschend.

Weizen lustlos, wir notiren: p. 84pfd. weiß. schles. 52—66 Sgr., gelb. 50—57 Sgr., feinste Sorten über Notiz bz.

Roggen flau, p. 84pfd. 37—40 Sgr.

Gerste ruhig, p. 70pfd. 30—32 Sgr., feinste bis 38 Sgr.

Hafer stilles Geschäft, p. 50pfd. 25—28 Sgr.

Kocherbsen stark offerirt, 48—50 Sgr., **Futter-** 42—45 Sgr. p. 90pfd.

Bohnen, galiz. 56—60 Sgr., schles. 63—68 Sgr. p. 90pfd.

Wicken 44—48 Sgr.

Oelsaaten still, Winterraps 172—182—192 Sgr., Winterrübsen 162—172—182 Sgr., Sommerrübsen 136—146—156 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto bz.

Rapskuchen 46—49 Sgr. p. Ctr.

Schlaglein nur in feinster Waare beachtet, wir notiren: 5—5⅓ Rt., für feinste Sorten 6 und darüber zu bedingen, p. 150 Pfd. Brutto.

Kleesaat ruhiger, roth ordin. 10—10½, mittel 11—12, fein 12⅔—13⅓, hochfein bis 13⅔ Rt.; weiß ord. 10¼—13½, mittel 15¼—16¼, fein 17¼—18, hochfein 19 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 13⅔ Rt. Gd.

Breslau, 23. Januar. [**Amtlicher Produkten-Börsenbericht.**] **Kleesaat** roth ruhiger, ord. 10¼—10⅔, mittel 11¼—12¼, fein 12⅔—13⅙, hochfein 13⅓—13⅔ Rt. **Kleesaat** weiß unverändert, ord. 10½—13, mittel 13¾—16, fein 17—18, hochfein 18½—19 Rt.

Roggen (p. 2000pfd.) fester, gek. 3000 Ctr., p. Jan. u. Jan.-Febr. 30 Br., Febr.-März 30¼ Br., April-Mai 30¾ bz. u. Br., Mai-Juni 31¾ bz. u. Br., Juni allein 32¾ bz.

Weizen p. Januar 47 Br.

Gerste p. Januar 32½ Br.

Hafer p. Januar 35¼ Rt. Br., April-Mai 36 Br.

Raps p. Januar 88½ Br.

Rüböl flau, loko 10 5/12 Br., p. Jan. 10¼ Gd., Jan.-Febr. 10¼ bz., Febr.-März 10¼ Br., März-April 10¼ Br., April-Mai 10¼ bz., Mai-Juni 10⅓ bz. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 11 Br.

Spiritus unverändert, gek. 3000 Qrt., loko 13⅝—13 17/24 Br., p. Jan. u. Jan.-Febr. 13⅔ Br., Febr.-März 13¾ Br., April-Mai 14 Br., Mai-Juni 14¼ Br.

Zink fest, Preis unverändert.

Preise der Cerealien.
(Amtlich.)
Breslau, den 23. Januar 1864.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weißer Weizen	64—66	62	53—59 Sgr.	p. Scheffel.
Gelber dito	58—60	56	52—54 =	
Roggen	39—40	38	36—37 =	
Gerste	35—37	33	30—31 =	
Hafer	28—29	27	25—26 =	
Erbsen	45—48	42	38—40 =	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 23. Januar. **Weizen** 48—50 Thlr., **Roggen** 38—40½ Thlr., **Gerste** 32—36 Thlr., **Hafer** 23½—25 Thlr.

Kartoffelspiritus. (Herm. Gerson.) Lokowaare fast unverkäuflich, Termine flau. Loko 14, per Jan. 14⅛, Febr.—März 14 5/12 Thlr. ohne Faß, Jan., Jan.—Febr., Febr.—März 14 Thlr., März—April 14¼ Thlr., April—Mai 14 7/12 Thlr., Mai—Juni 14⅝ Thlr. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Thlr. pr. 100 Qrt. **Rübenspiritus** flau, loko u. Febr. 13½ Thlr. (Magdeb. Ztg.)

Bromberg, 23. Januar. Wind: SW. Witterung: trübe. Morgens 2° Wärme. Mittags 5° Wärme.

Weizen 125/128pfd. holl. (81 Pfund 25 Loth bis 83 Pfund 24 Loth Zollgewicht) 42—44 Thlr., 128/130pfd. 45—47 Thlr., 130/134pfd. 47—50 Thlr. Blau- und schwarzspitzige Sorten 5—8 Thlr. billiger.

Roggen 120/125pfd. (78 Pfund 17 Loth bis 81 Pfund 25 Loth) 26—28 Thlr.

Kocherbsen 28—30 Thlr. — **Futtererbsen** 26—28 Thlr.

Gerste, große 25—27 Thlr., kleine 20—22 Thlr.

Spiritus 13 Thlr. pr. 8000 %. (Bromb. Ztg.)

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 23. Januar. **Getreidemarkt** leblos, flau. Frühjahrs-**Weizen** ab Dänemark 2 Thlr. billiger erhältlich. **Roggen**, Danzig, Königsberg Frühjahr, nachdem einzeln 56 bezahlt, bleibt dazu dringend offerirt. **Oel** loko 24, Mai 24⅜, Oktober 24¼. **Kaffee**, Markt fest, ruhig. **Zink** umsatzlos.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. Januar 1864 Vormittags 8 Uhr 1 Fuß 10 Zoll.
= = 25. = = = = = 1 = 9 =

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 23. Januar 1864.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99¾ bz
Staats-Anl. 1859	5	104⅝ G
do. 50, 52 konv.	4	94½ bz
do. 54, 55, 57, 59	4½	99¾ bz
do. 1856	4½	99¾ bz
do. 1853	4	94¾ B [1862]
Präm.St.Anl. 1855	3½	119 B [94½ bz]
Staats-Schuldsch.	3½	88 bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	87 bz
Oder-Deichb.-Obl.	4½	— —
Berl. Stadt-Obl.	4½	101 bz
do. do	3½	— —
Berl. Börsenh. Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-Märkische	3½	88¼ B
do.	4	98¾ bz
Ostpreußische	3½	84 bz
do.	4	93 bz
Pommersche	3½	87¾ G
do. neue	4	98 bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	93¾ bz
Schlesische	3½	— —
do. B. garant.	3½	— —
Westpreußische	3½	83¾ G
do.	4	94 bz
do. neue	4	92 G
Rentenbriefe: Kur- u Neumärk.	4	96⅞ bz
Pommersche	4	96½ bz
Posensche	4	93⅞ bz
Preußische	4	96¼ bz
Rhein.-Westf.	4	96½ bz
Sächsische	4	97½ bz
Schlesische	4	96¾ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	59½ B
do. National-Anl.	5	66 Anf.-65¾ bz
do. 250fl.Präm.Ob.	4	74½ B
do. 100fl.Kred.Loose	—	72¼ bz
do.5prz.Loose(1860)	5	76½-¼ bz
Italienische Anleihe	5	67½ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	79¾ bz
6. do.	5	91½ G
Englische Anl.	5	87¾ etw bz
N.Russ.Egl.Anl	3	54½ bz
do.	4½	— —
do. v. J. 1862	5	86½ etw bz u B
Poln. Schatz-O.	4	72 B
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	90½ G
do. B. 200 Fl.	—	— —
Pfdbr. n. i. SR.	4	79½ bz u G
Part. O. 500 Fl.	4	86¼ B
Hamb.Pr. 100BM.	—	— —
Kurh. 40 Thlr.Loose	—	52¾ G
NeueBad.35fl.Loos.	—	30 B
DessauerPräm.Anl.	3½	101 B (St.
LübeckerPräm.Anl.	3½	49¾ Rt. bz (p.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	113 G
Berl. Handels-Ges.	4	102⅝ etw bz
Braunschwg. Bank-	4	64 G
Bremer do.	4	106¼ G
Coburger Kredit-do.	4	89¼ B
Danzig. Priv. Bk.	4	98 G
Darmstädter Kred.	4	82½ bz
do. Zettel-Bank	4	100 etw bz
Dessauer Kredit-B.	4	7 B
Dessauer Landesbk.	4	30¼ bz
Disk. Komm. Anth.	4	93⅞ bz u G
Genfer Kreditbank	4	46½ bz u G
Geraer Bank	4	91½ B
Gothaer Privat do.	4	88 etw bz
Hannoversche do.	4	95½ etw bz u G
Königsb. Privatbk.	4	98½ etw bz
Leipziger Kreditbk.	4	70 B
Luxemburger Bank	4	99½ B
Magdeb. Privatbk.	4	90 etw bz
Meininger Kreditbk.	4	89⅝ bz
Moldau. Land. Bk.	4	31 G
Norddeutsche do.	4	100½ G
Oestr. Kredit- do.	5	74-73½ bz
Pomm. Ritter- do.	4	90 G
Posener Prov. Bank	4	90 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	122¾ bz u G
do. Hypoth.-Vers.	4	105½ etw bz
do. do. Certific.	4½	101 B
do. do. (Henkel)	4	105 G
Schles. Bankverein	4	98½ G
Thüring. Bank	4	68⅝ G
Vereinsbnk. Hamb.	4	102½ G
Weimar. Bank	4	85½ bz

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	90 B
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	62½ bz
Bergisch-Märkische	4½	100 B
do. II. Ser. (conv.)	4½	98 G
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	79¾ bz
do. Lit. B.	3½	79¾ bz
do. IV. Ser.	4½	96¾ G V. 95½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	90 B
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	96¾ G
do.	4½	99¾ bz
Berlin-Hamburg	4	99 G
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	96 G
do. Litt. C.	4	94 bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	92½ B
Berl.-Stet. III. Em.	4	92½ B
do. IV. S. v. St. gar.	4½	98¾ B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101¼ B
do. II. Em.	5	103 B
do.	4	— —
do. III. Em.	4	89¾ bz
do.	4½	98½ bz
do. IV. Em.	4	89¼ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	87½ G
do. III. Em.	4½	97 B
Magdeb. Halberst.	4½	100½ bz
Magdeb. Wittenb.	4½	100¼ G
Mosco-Rjäsan S. g.	5	84 bz
Niederschles. Märk.	4	93¾ B
do. conv.	4	94½ B
do. conv. III. Ser.	4	93¼ B
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	100½ bz
Nordb., Fried. Wilh.	4½	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	84¾ B
do. Litt. C.	4	94 G
do. Litt. D.	4	93 bz
do. Litt. E.	3½	81 B
do. Litt. F.	4½	98¾ B
Oestr. Französ. St.	3	248 bz u B
Oestr. südl. Staatsb.	3	252 B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	85 B
do. Prior. Obl.	4½	96 B
do. 1862	4½	96 B
do. v. Staat garant.	4½	— —
Rhein-Nahe v. St. g.	4½	98 B
do. II. Em.	4½	98 B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Stargard-Posen	4	— —
Starg.-Posen II Em	4½	97½ B
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	97 B
do II. Ser.	4½	100 G
do. III. Ser.	4	97 B
do. IV. Ser.	4½	100 G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	92 G
Aachen-Mastricht	4	23 B
Amsterd. Rotterd.	4	101½ G
Berg. Märk. Lt. A.	4	104⅛ bz
Berlin-Anhalt	4	148½ bz
Berlin-Hamburg	4	120 B
Berl. Potsd. Magd.	4	179 G
Berlin-Stettin	4	128 bz
Böhm. Westbahn	5	63 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	124¾ G
Brieg-Neiße	4	80⅝ B
Cöln-Minden	3½	167¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	49½ B
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	136 B
Magdeb. Halberst.	4	278 G
Magdeb. Leipzig	4	— —
Magdeb. Wittenb.	4	67 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	117¾ bz
Mecklenburger	4	60¾ bz
Münster-Hammer	4	95¾ G
Niederschles. Märk.	4	94⅜ bz
Niederschl. Zweigb.	4	58 bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	55¼-½ Gd bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	145 bz
Oest. Franz. Staat.	5	103½-¾ bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	136 bz u B
Oppeln-Tarnowitz	4	55 bz
Pr. Wilh. (Steel-V)	4	— —
Rheinische	4	93½ bz
do. Stamm-Pr.	4	105½ bz
Rhein-Nahebahn	4	25 B
Ruhrort-Crefeld	3½	95 B
Russ. Eisenbahnen	5	104¾ bz u G
Stargard-Posen	3½	98 G
Thüringer	4	120½ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 5/12 bz
Gold-Kronen	—	9. 6⅜ G
Louisd'or	—	110⅛ bz
Sovereigns	—	6. 20½ bz
Napoleonsd'or	—	5. 9⅜ B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458¾ bz
Dollars	—	1. 11¼ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 25 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G
Fremde Noten	—	99⅔ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ G
Oestr. Banknoten	—	82 bz
Poln. Bankbillets	—	86⅛ G
Russische do.	—	86⅜ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	130½ G
Berl. Eisenb. Fab.	5	95½ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	95 G
Minerva, Brgw. A.	5	23⅝ etw bz
Neustädt. Hüttenv.	4	2⅞ Rt. G [fr. Zins.
Concordia	4	340 B p. Stck.

Wechsel-Kurse vom 23. Januar.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	3	142 bz
do. 2 M.	3	141 bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	151¾ bz
do. do. 2 M.	3	150⅝ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 18½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	4	78 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	—	81⅞ bz
do. do. 2 M.	5	81¼ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	2½	56. 20 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	2¾	56. 20 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4½	99¾ G
do. do. 2 M.	4½	99⅛ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95 bz
do. do. 3 M.	6	93½ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4½	109¾ G
Warschau 90 R. 8 T.	5	85⅞ bz

Die Börse trat anfänglich mit etwas höheren Kursen als gestern auf. Geschäftsumfang sehr eingeschränkt. Preußische Fonds behauptet, aber still.

Breslau, 23. Januar. Bei etwas matterer Stimmung und sehr beschränktem Geschäft stellten sich die Kurse der Spekulationspapiere eine Kleinigkeit niedriger als gestern. Preuß. Fonds unverändert, Eisenbahn-Aktien behauptet.

Schlußkurse. Disk.-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bankakt. 74 bz. Oestr. Loose 1860 76¼ B. Schles. Bankverein 98 G. Breslau-Schweidnitz-Freiburg. Aktien 124¾ B. dito Prior. Oblig. 94¼ B. dito Prior.-Oblig. Lit. D. — —. dito Prior. Oblig. Lit. E. — —. Köln-Mindener Prior. 89¾ Br. Neiße-Brieger 81¾ B. Oberschles. Lit. A. u. C. 144½ B, 144 G. dito Lit. B. 131¾ G. dito Prior.-Oblig. 93¼ B, 92¾ G. dito Prior. Obligationen 99 B. dito Prior. Oblig. Lit. E. 81 1/12 B. Rheinische —. Oppeln-Tarnowitzer 55¼ B. Kosel-Oderberger 49¾ B. do. Prior. Oblig. —. do. Prior. Oblig. —. do. Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Sonnabend 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Still und wenig verändert. Finnländ. Anleihe 84⅞.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preußische Kassenscheine 104⅞. Ludwigshafen-Bexbach 135⅛. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburger Wechsel 88¼. Londoner Wechsel 117½. Pariser Wechsel 92⅞. Wiener Wechsel 95½. Darmstädter Bankakt. 210½. Darmstädter Zettelbank 250½. Meininger Kreditaktien 90½. Luxemburger Kreditbank 106½. 3% Spanier 50⅜ B. 1% Spanier 46½ B. Span. Kreditb. Pereira —. Span. Kreditb. v. Rothschild —. Kurhessische Loose 53⅜ B. Badische Loose 52⅞ B. 5% Metalliques 58 B. 4½% Metalliques 50¼. 1854r Loose 71¼. Oestr. National-Anlehen 63½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oestr. Bankantheile 755 B. Oestr. Kreditaktien 173. Oestr. Elisabethbahn 109½. Rhein-Nahebahn 25¼ B. Hess. Ludwigsb. 122. Neueste öftr. Anl. 76⅛.

Hamburg, Sonnabend 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Matte Stimmung, geschäftslos. Geld knapper. Anhaltender feiner Regen.

Schlußkurse. National-Anleihe 64¾. Oestr. Kreditaktien 73½. Oestr. 1860er Loose 75⅜. 3% Spanier —. 2½% Spanier —. Mexikaner 33¾. Vereinsbank 103¾. Norddeutsche Bank 101¾. Rheinische 92¾. Nordbahn 54. Finnländ. Anleihe 84 B. Diskonto 4.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.